#8

# autonomes Blättchen

Solidarität mit dem Widerstand gegen die ägyptische Militärdiktatur!

# Hallo,

2012 – wir sind gespannt, was das neue Jahr bringen wird. Euch bringt es erstmal eine pralle achte Ausgabe des Autonomen Blättchen. Wir haben einiges geschrieben, rausgesucht, übersetzt und in Auftrag gegeben. Zum Beispiel drei exklusive Interviews über die Situation in Tunesien, den NSU und die Kampagne Ahoi!

Diesmal hat unser hannöversches Blättchen relativ wenig Lokalorientierung. Das macht uns nichts. Dafür ist uns eine interessante internationale Ausgabe gelungen. Neben Tunesien geht es um Ägypten, Ungarn und Großbritannien. Allerdings sind auch Texte dabei, die an anderer Stelle bereits veröffentlicht worden sind. Größtenteils in den Weiten des Internets. Wir denken, dass sie es verdient haben, (nochmal) abgedruckt zu werden und dass die viele von euch die meisten Texte noch nicht kennen.
Das deutsche Elend wird vor allem mit Einschätzungen zur NSU und den Kampagnen „Krieg beginnt hier!" und „Ahoi!" beleuchtet.

Der Castor ist Ende letzten Jahres vorbeigeschlichen und deswegen haben wir auch einen Auswertungstext dazu in dieser Ausgabe. Antworten auf den Castortext der letzten Nummer, findet ihr hier nicht. Ist ja Schnee von gestern. Wer will, kann diese zum Beispiel in der Interim Nr. 733 oder auf www.castor2011.org nachlesen.
Auch in dem Text zu einem Buch über die Grünen von Jutta Ditfurth geht es um Castor und Schottern.
Positive Nachrichten haben wir auch noch für euch. Im Prozess wegen Verunglimpfung des toten Kriegsverbrechers Lettow-Vorbeck (siehe letzte Ausgabe) hat es einen Freispruch gegeben. Der nach Mottenkugeln müffelnde, aber sehr reiche Landadel war anwesend und not very amused.

Auch zwei von drei, in Hannover wegen schweren Landfriedensbruch, angeklagten Antifaschisten sind freigesprochen worden. Der Dritte wurde leider zu 180 Tagessätzen und der Verlängerung einer bestehenden Bewährungsstrafe verurteilt.

Gerne hätten wir noch Schlaues zur Finanz- und anstehenden Wirtschaftskrise gefunden oder selbst geschrieben. Das haben wir aber nicht (geschafft). Und so bleibt vorerst auch bei uns die Verwunderung darüber, dass die radikale deutsche Linke den bevorstehenden krisenhaften Ereignissen erstarrt und meinungslos gegenüber zu stehen scheint. Wir würden uns jedenfalls sehr freuen wenn uns dazu Texte erreichen würden.

Vielleicht ist es euch schon aufgefallen, diese Ausgabe ist so dick wie nie zuvor. Gerne würden wir immer so viel Platz haben. Gerne würden wir die Auflage erhöhen, weil es reges bundesweites Interesse gibt und die Exemplare schnell vergriffen sind – aber ohne mehr Geld geht das nicht. Gerne würden wir mal Platz haben, um ein großes Bild abzudrucken – aber ohne mehr Geld geht das nicht. Gerne würden wir mal Champagner schlürfen, aber... In Wirklichkeit müssen wir ständig um die Finanzierung der Zeitschrift bangen. Scheißdreck.
Also bitte dringend spenden! Und am besten regelmäßig die großen Scheine. In den kommenden Wochen werden allerdings hier und da auch Spendendosen auftauchen. Kleinvieh macht auch Mist.

Und damit es nicht vergessen wird nochmal: Ihr dürft auch selber Texte schicken, die wir dann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch veröffentlichen. Nur zu!

Diskutiert die Texte, organisiert euch und haltet die Ohren steif - es stehen stürmische Zeiten bevor.

***euer Redaktionskollektiv***

PS: Gedichtchen und schlaue Zitate sind vorerst wegrationalisiert und

## Inhaltsverzeichnis ist auf der Rückseite.

**Impressum:**
autonomes Blättchen Nr. 8 - Januar 2012

**Kontakt für Kritik und eigene Artikel:**

**E-Mail:**
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarimus.blogsport.de

**Post:**
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1,
30167 Hannover

**Einsendeschluss für 8. Ausgabe:**
31.03.2012

**Im Internet zu Gast bei:**
antimilitarismus.blogsport.de

**ViSdP:**
Uwe Binias,
Waterloostr. 9,
Hannover

**Eigentumsvorbehalt:**
Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

**Spenden:**
Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

# autonomes Blättchen

## Inhaltsverzeichnis


Seite 0: - Hallo und Impressum

Seite 1: - Castor: „So gewaltfrei wie möglich“

Seite 3: - Kolonialverbrecher Lettow-Vorbeck
„the same procedure as last year, miss sophy“

Seite 6: - Interview zur Revolte in Tunesien

Seite 16: - Solidaritätsbekundung aus Kairo an die Occupy-Bewegung

Seite 18: - Kairo, Mitte Dezember

Seite 21: - Neonazistischer Terror und Staatsterrorismus oder
Was wäre die NSU ohne den Verfassungsschutz?

Seite 26: - Interview mit einem Mitglied einer Antifa-Recherche-Gruppe

Seite 30: - Dresden, Berlin, Stuttgart, Hannover: Soko 19/2 on Tour

Seite 32: - Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun:
DIE GRÜNEN. Eine etwas andere Buchpräsentation

Seite 37: - Doku: Farbe für Burschis

Seite 38: - War starts here! Krieg beginnt hier! Krig börjar här!

Seite 45: - Doku: Brandanschlag auf Rolls-Royce in Hamburg

Seite 47: - war starts here: Militärtagung in Berlin Januar 2012

Seite 50: - Gegen jeden Krieg. Für eine emanzipatorische
antimilitaristische Perspektive

Seite 56: - Freiheit für Sonja und Christian!

Seite 57: - Redebeitrag Gesellschaft für Reaktorsicherheit:
Von unabhängiger Wissenschaft und ungewöhnlichem Widerstand

Seite 59: - Plünderer geben selten Pressekonferenzen / Riots GB

Seite 60: - Strafbefehle verweigern – Staatsanwalt ins Klo

Seite 62: - Ausstieg in Fahrtrichtung Links! VS-Hotline

Seite 63: - Achtung Staatsschutz Hannover

- Rosenpavillon/Raubkopien Verfahren eingestellt

Seite 64: - Ungarn auf dem Weg zum „wahren Ungarntum“

Seite 67: - Ein Gespräch mit der Kampagne Ahoi!
für ein autonomes Zentrum in Linden

Seite 73: - Verfahren gegen hannoveraner Antifas

# „So gewaltfrei wie möglich“

*Die diesjährigen Auseinandersetzungen um den Castortransport waren die heftigsten seit langem. Und das zu einem Zeitpunkt, wo viele die Anti-Atom-Bewegung für ähnlich marginalisiert wie 2001 gehalten haben, als der erste „Ausstiegskonsens“ suggerieren sollte, dass sich nun nur noch sture Wendländer_innen und gesellschaftlich isolierte Krawalltourist_innen dem Atommüll-Transport in den Weg stellen. Trotz erneutem „Ausstiegskonsens“ konnte der Widerstand 2011 eine enorme Breite an Aktionen nebeneinander stellen und war so international und erfolgreich wie nie zuvor.*

*Die Kampagne „Castor Schottern“ ist 2011 mit dem Versuch eines erweiterten „zivilen Ungehorsams“ leider abermals an der Selbstbeschränkung der Mittel in Verbindung mit der starken Polizeipräsenz in der Göhrde gescheitert. Durch Besonnenheit der Aktivist_innen konnten zumindest massenhafte Verletzungen vermieden werden. Was also tun, wenn Handlungsspielräume bedingt durch ein ungünstiges Kräfteverhältnis beklemmend eng sind? Ist es möglich, die Autonomie des Widerstands auch im Falle angekündigter Sabotage trotz massiver Polizeipräsenz zu erhalten, ohne die eigenen Erfolgskriterien nachträglich zurecht zu rücken? Wir meinen: Ja!*

*Eine militante Mitmachaktion in der Göhrde westlich von Harlingen fand zeitgleich zu „Castor Schottern“ ähnliche Bedingungen vor: keine Lücke in der Polizeikette auf dem Gleis. Dennoch konnten sich rund 350 Leute mehr als 20 Minuten Freiraum verschaffen und diesen zum Verbiegen eines Schienenstrangs und zur Demontage eines Polizei-Beobachtungspunktes nutzen. Die anschließende Sitzblockade der Gruppe „Widersetzen“ am selben Ort verhinderte das Eintreffen des Schienenreparaturzuges. Die mehrstündige Reparatur der Gleise konnte erst nach Räumung der Sitzblockade am nächsten Morgen erfolgen.*

**Mut zur (fehlenden) Lücke**

Das Rahmenkonzept „Ende im Gelände“ war darauf ausgerichtet, ohne zentrale Organisation und ohne festgelegtes „Aktionsbild“ einen Raum offener Assoziation zur Schienenblockade und -sabotage zu bieten. Das Angebot bestand in der Bereitstellung von Orientierungspunkten im Wald, an denen sich kleine und große Aktionsgruppen frei formieren und reformieren konnten. Das Fehlen einer zentralen Organisation war jedoch nicht gleichbedeutend mit allgemeiner Planlosigkeit. Im Gegenteil - der Plan einiger vorbereiteter Gruppen schien 2011 besser als die letzten Jahre zuvor aufgegangen zu sein. Wir tragen hier beispielhaft die Schilderungen einzelner zusammen, die am Samstag, dem 26. November um 11:20 Uhr an einer Großgruppen-Sabotage in der Nähe von Harlingen teilgenommen haben.

Ausgehend von zwei Punkten kommen in der Göhrde etwa 350 Leute zusammen, die bei Bahnkilometer 187,7 zwar keine Lücke an Polizeikräften vorfinden, aber durch beherztes und zügiges auf die Gleise Strömen (inklusive lautem und hellem Feuerwerks-TamTam) eine solche Lücke auf den Gleisen freimachen und verbreitern. Die Polizei zieht sich eilig zurück und fährt ihre Fahrzeuge weg. Zwei Angriffsversuche der später erheblich verstärkten Polizeikräfte können militant zurückgewiesen werden. Damit ergibt sich ein über 20-minütiger Spielraum für eine Gruppe von Leuten, die mit LKW-Wagenhebern (> 12t-Hubkraft) die Schiene auf einer Seite um 40 cm nach oben verbiegt. In dieser Zeit wird geschottert, und Schienenschuhe (massive Klammern, die für den Castor von der Polizei weggeflext werden müssen) werden gesetzt. Andere nutzen die von der Bundespolizei an diesem Beobachtungspunkt zurückgelassenen 80 Liter Benzin, um die aufgestellten Lichtmasten samt Generatoren dauerhaft unbrauchbar zu machen. Danach ziehen sich die Aktivist_innen zurück.

Dieses Beispiel zeigt, dass ein massentaugliches Mitmach-Konzept auch offen militant sein kann und sich nicht auf „berechenbaren zivilen Ungehorsam“ beschränken muss. Ein derart offensives Vorgehen, das Polizeieinheiten verscheucht und auf Abstand hält, war in diesem Fall sogar für alle! Beteiligten vorteilhaft, um verletzungsträchtige Knüppel- und Pfefferorgien zu vermeiden.

**Unabgesprochenes Zusammenspiel**
Gegen 14 Uhr ging die Gruppe Widersetzen mit mehren hundert Menschen vom Camp Hitzacker aus an die Schienen bei Harlingen. Ohne ernsthaft aufgehalten zu werden, erklommen sie aus verschiedenen Richtungen das Gleisbett und setzten sich auf die Schienen. Die Polizei versuchte den nachfolgenden Zustrom an Blockierer_innen zu behindern, ergab sich dann aber den Massen. Die beiden (zunächst voneinander getrennten) Sitzblockaden dehnten sich mit über 2500 Personen bis über die Stelle der vorherigen Schienensabotage aus. Wir freuen uns über die Gelassenheit der Sitzblockierer_innen, die sich unabhängig von der Vorgeschichte dort betten, wo es ihnen sinnvoll erscheint und im Radio davon berichten, dass sie auf einer Baustelle mit ungewöhnlich verformten Gleisen sitzen. Uns beflügelt das großartige Zusammenspiel militant verteidigter Sabotage und einer Sitzblockade, die bis zur Räumung am Sonntag-Morgen das Vorrücken des Schienenreparaturzuges verhindert hat.

Rückblickend war es die Unkalkulierbarkeit unterschiedlicher Widerstandsaktivitäten und deren unberechenbares Zusammenspiel (zahlreiche Blockade- und Sabotage-aktionen am Rande oder inmitten von größeren Sitzblockaden), die Bahn- und Polizeidirektion zum (heiklen) Strategiewechsel gezwungen haben: in Maschen (Zwischenhalt im Güterbahnhof nähe Hamburg) mit dem Castorzug loszufahren, ohne die Bahnstrecke Lüneburg – Dannenberg wirklich frei zu haben. Es war eine Kapitulation und ein eingestandener Kontrollverlust der Polizei, sich jeden Kilometer einzeln vorzuwagen, trotz erheblichem Sicherheitsrisiko eines auf freier Strecke stehenden Zuges.

**Die Wahl der Mittel**
Die bäuerliche Notgemeinschaft distanzierte sich dieses Jahr (seit langem zum ersten Mal) von gewalttätigen Übergriffen auf die Polizei. In einer Pressemitteilung vom 29.11.2011 (die mittlerweile vom Netz genommen wurde) erklärte sie, *„Die Bäuerliche Notgemeinschaft distanziert sich von gewalttätigen Angriffen auf Polizist/innen. Aus Sicht der Notgemeinschaft handelt es sich um eine sehr kleine Minderheit, die derart militant vorgeht. Die weitaus größte Zahl der Demonstrant/innen bei diesem Castortransport hat hat freidlich und gewaltfrei demonstriert. (...)"*

Andere kritisierten im wendländischen Radio ZuSa: *„Die Wichtigkeit und die Richtigkeit des Ziels stehen außer Frage: Atommüll ist hoch gefährlich und gehört nicht an einen Ort wie Gorleben. Darüber müssen wir nicht mehr reden. Die Art aber, wie manche Atomkraftgegner ihrem Ärger darüber Luft machen, hat nichts mehr mit dem vielzitierten „kreativen Widerstand" zu tun. Molotow-Cocktails, Steine, angesägte Bäume, Krähenfüße und aufgespannte Metallketten zum Stoppen von Einsatzfahrzeugen. Das können nicht mal mehr Grüne und die Linke als Protest „in bester Tradition des zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen Staatswillkür" bezeichnen. Hier sind keine friedlichen Demonstranten mehr zugange, sondern ein Haufen Hooligans, die gerne mal Krieg spielen wollen."*

Wenn Militanz zum Militarismus (Fetischisierung von Zerstörung und Gewalt) verkommt, sind wir unter den lautstärksten Kritiker_innen. Diese Tendenz sehen wir jedoch weder bei der oben beschriebenen militant verteidigten Schienensabotage am Samstag noch bei den uns bekannten militanten Aktionen im Rahmen der Rally Monte Göhrde am Freitag. Wir wissen, dass sich bei der Symbolik und der befürchteten Unkontrollierbarkeit von gelegtem Feuer die Geister scheiden, aber wir bewerten das in Brand setzen einer mobilen Funkstation der Polizei nicht als „Krieg spielen" sondern als gezieltes (Zer-)Stören der Polizei-Infrastruktur, exakt wie in der Kampagne „Atomstaat Stilllegen" angekündigt.

Wenn große Barrikaden auf Waldwegen (gut sichtbar!) mit Metallketten verstärkt werden, können wir darin keinen „gefährlichen Hinterhalt", sondern lediglich eine temporär unüberwindbare Blockade erkennen. Wenn auf den Bundesstraßen dutzende Reifen zu einer

brennenden Barrikade aufgeschichtet werden, dann ist diese (für sehr lange Zeit) weithin gut sichtbar und damit verkehrstechnisch besser abgesichert, als so mancher Sandhaufen, der einfach abgekippt wurde und ohne Beleuchtung die Straße versperrte.

Das von der Polizei beschriebene „Werfen von mit Nägeln gespickten Golfbällen" klingt tatsächlich nach einer erschreckend mittelalterlichen Auseinandersetzung mit Hellebarde und Morgenstern. Real gefunden wurden diese Gebilde bei mehreren Barrikaden. Offenbar also ein „Krähenfuß"-Ersatz für Leute, die sich das Schweißen ersparen wollen, aber wohl kaum ein (unhandliches) Wurfgeschoss.

Wie jedes Jahr drängt sich also für alle Beteiligten die Frage auf, welche Aktionsformen verantwortbar, zielgenau und angemessen sind. In einem Schreiben zum „Kurz.Schluss" von Signalkabeln der Deutschen Bahn durch Kabelbrand am Berliner Ostkreuz im Mai 2011 erläuterten die Aktivist_innen ihren Eingriff und umschrieben ihr Vorgehen als „so gewaltfrei wie möglich". Eine treffende Maxime auch für den Widerstand im Wendland, wie wir meinen. Eine festschreibende und trennende Zweiteilung der aktuellen Widerstandswelt in „zivil ungehorsam" oder „militant" (entlang der Gewaltfrage) erscheint uns unzureichend und wenig hilfreich, wenn wir die Perspektive der Weiterentwicklung von emanzipativem Widerstand einnehmen. Wir begreifen uns auf unserer experimentellen Suche nach neuen Widerstandsformen weiterhin als EIN Widerstand mit verschiedenen „Vorlieben" oder „Neigungen", so wie es ein Genosse von „Widersetzen" auf dem Eröffnungsplenum am Donnerstag Abend in Metzingen ausdrückte. Wir freuen und daher über die beispielhaft praktisch-solidarische Bezugnahme der Sitzblockierer_innen und den militanten Saboteur_innen von Harlingen. Besser können verschiedene Aktionen kaum ineinander greifen. Auf ein neues!

***Einige Militante – so gewaltfrei wie möglich***

# „the same procedure as last year, miss sophy"

***Wie auch der 3. Versuch, einen Straßennamen zu Ehren eines Kolonialkriegsverbrechers zu erhalten, scheiterte***

**Vorgeschichte**

Bereits seit 2007 zieht sich die Umbenennung der bisherigen Lettow-Vorbeck-Allee im Stadtteil Badenstedt. Nachdem der Stadtrat ein Gutachten des Historikers Helmut Bley, mittlerweile emeritierter Professor am Historischen Institut der Theodor Lessing-Uni Hannover[1], erstellen ließ, dass im März 2008 vorlag, wurden die Anwohnenden über die geplante Umbenennung informiert. Im Oktober wurde sich für den zukünftigen Namen „Namibia-Allee" entschieden.

> ***„Es gibt eine Familientradition, die Verherrlichung des Vaters [Lettow-Vorbeck, d.V.] fortzuführen."***
> ***(Bley auf die Frage der von ihm vermuteten Klagemotivation der Töchter)***

Bley hatte in seinem Gutachten unter anderem festgestellt, dass Lettow-Vorbeck 1904 am Genozid an den Herero beteiligt war, während des ersten Weltkrieges Kommandant der „Deutschen Schutztruppen" war und hier zu „rücksichtslosem Vorgehen" aufrief, das geschätzt 500.000 Menschen das Leben kosteten. In Deutschland war er 1919/1920 an der Niederschlagung des Spartakusaufstandes und am Kapp-Putsch beteiligt. Außerdem stellte Bley dringende Hinweise bezüglich einer beteiligung Lettow-Vorbecks an Menschenrechtsverbrechen im Zuge des so genannten Boxer-Aufstandes in China fest[2].

Bley schrieb Lettow-Vorbeck nicht nur naheliegenderweise „eine völlig amoralische Position gegenüber Menschenrechten und Menschenwürde" zu, sondern attestierte ihm auch ein „radikal gestörtes Verhältnis zu Politik im

1 Über mehrere Jahre versuchten linke Fachschaften, Fachschaftsräte, Wahllisten und der AstA, eine Umbenennung der Uni Hannover in Theodor Lessing-Uni zu erreichen. Der jüdische Gelehrte Theodor Lessing war Schriftsteller, Philosoph, Mediziner und Hochschullehrer an der damaligen TU Hannover sowie Mitbegründer der freien Volkshochschule Linden. Er wandte sich gegen den deutschen Nationalismus, Sexismus und Elitarismus, kritisierte Hindenburg und die Rolle der Polizei bezüglich der Morde des Polizeispitzels Fritz Haarmann. Ab 1925 wurde er von zumeist korporierten Studierenden und Lehrenden („Verbindungsstudenten") zunächst beleidigt, bedroht, seine Lehrveranstaltungen blockiert und seine Entlassung gefordert, später wurde er wiederholt angegriffen und schließlich entlassen. 1933 wurde er nach seiner Flucht ins tschechische Exil im Auftrag der SA ermordet (vgl. Michael Soboll: Lessing raus – Jude raus. In: Eliten und Untertanen. Studentische Verbindungen in Hannover und anderswo. Kostenlos erhältlich beim AStA

2 Zu einer genaueren Zusammenfassung des Gutachtens siehe Autonomes Blättchen Nr.7

Interesse des Militärischen". Lettow-Vorbecks Primat des (real ja keineswegs unpolitischen) Militärischen vor der Politik bzw. einer (konservativ/reaktinären) Politiierung des Militärischen sowie eine späte Autobiographie ohne erkennbare Reue sind sicherlich zwei der Gründe dafür, dass Lettow-Vorbeck bis heute rechtsaußen-Burschenschaftern, Militarist_innen und Revisionist_innen als Idol gilt.

***„Herr Doktor Goebel, ein Sachverständiger liest nicht [nur] vier oder fünf Bücher"***
***(Richterin zur Ablehnung eines „Sachverständigen Zeugen" als Sachverständigen. Der konservative Wiener Militärhistoriker Wenning hatte zuvor ausgesagt, während seiner Vorbereitung auf den Prozess innerhalb von ca. 6 Monaten 2 Hauptwerke und etwas zeitgenössische Literatur gelesen zu haben.)***

**Niederlage 1. Akt:**
Im Oktober 2010 stellte ein Nachfahre Lettow-Vorbecks Strafanzeige gegen Bley wegen der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, dieses Verfahren wurde jedoch mangels hinreichendem Tatverdacht eingestellt.

**Niederlage 2. Akt:**
Obwohl die Stadt gegenüber den Anwohnenden nicht nur ankündigte, Kosten für die Neuausstellung von Ausweispapieren etc. zu übernehmen, sondern auch eine Zusammenfassung des Gutachtens Bleys mitschickte, sammelten erboste Anwohnende 2008 etwa 200 Unterschriften gegen die Straßenumbenennung und die ihrer Meinung nach unverhältnismäßig großen Umstände, die ihnen dadurch entstünden.Da die Stadt signalisierte, bei der Umbenennung zu bleiben, zog Anwohner Malermeister Andreas Langlott

***„Die Leugnung des Genozids an den Herero ist eine krasse Geschichtsfälschung ihrerseits. Lothar von Trotha war da ehrlicher [als er sagte]: „Ich glaube, dass diese Nation als solche vernichtet werden muss. (…) Im Gegensatz zu ihnen (…) sind mir die 500.000 toten Afrikaner wichtig. (…) Auch dort [Südafrika] gab es Rassisten und Lettow-Vorbeck war auch so einer."***
***(Bley in seinem Letzten Wort)***

vor das Verwaltungsgericht Hannover. Dieses hatte im März 2011 die Frage zu klären, ob die Straße umzubenennen sei, da die Person Lettow-Vorbeck „im Nachhinein Bedenken auslöst, weil sie Ziele und Wertvorstellungen verkörpert, die mit der Verfassung, den Menschenrechten oder wesentlicher Gesetze nicht im Einklang stehen, und dieser Person schwerwiegende persönliche Handlungen zuzuschreiben sind."[3] Dann würde eine vom Rat der Stadt selbstgegebene kommunale Richtlinie greifen, die in diesem Fall eine Umbenennung vorsieht.
Hierzu sei – so die Klagevertreter – das von Bley erstellte Gutachten jedoch nicht aussagefähig, da es tendenziös sei und die Person Lettow-Vorbeck nicht ausreichend zeitgeschichtlich kontextualisiere. Die Klagenden ließen vom Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgerichts a.D. Arndt ein eigenes Gutachten erstellen, dass zu dem Ergebnis kam, dass eine Umbenennung nicht notwendig sei. Lettow-Vorbeck habe, so Anwalt Siegfried Reszat „Nichts anderes getan als andere Soldaten auch".[4] Das Gericht folgte dieser Argumentation nicht, da mehrere Historiker Bleys Aussagen bezüglichen menschenunwürdigen Verhaltens Lettow-Vorbecks stützen. Ohnehin dürfte in Frage stehen, ob beide Aussagen überhaupt in Widerspruch zueinander stehen.
Ob das Oberverwaltungsgericht Lüneburg eine Berufung zulässt, steht noch nicht fest.

***„Es war alles gar nicht so schlimm und wenn doch, waren die anderen genauso schlimm. (…) Und wenn was passiert, hats die Führung nicht gewusst. Das erinnert mich an die Argumentation gegen die Wehrmachtsausstellung."***
***(Bleys Verteidiger Buschmann im Plädoyer)***

**Niederlage 3. Akt**
Nachdem bereits im 1. Akt die Staatsanwaltschaft die Klage eines Nachfahren Lettow-Vorbecks zurückgewiesen hatte, reichten nun zwei Töchter, Ursula und Heloise Gräfinnen zu Rantzau mit entsprechend elitärem Habitus, Privatklage vorm Strafgericht ein. Bei dieser fällt ein_e Strafrichter_in ein Urteil, ohne, dass die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben hat.
Vertreten wurden sie, wie bereits im Autonomen Blättchen Nr. 7 beschrieben, von Rechtsanwalt Klaus Goebel, der laut Süddeutscher Zeitung enge Kontakte zur Stillen Hilfe pflegt und den Holocaust-Leugner David Irving verteidigte.[5] Ihm wird die Mitgliedschaft in der kolonialrassistischen „Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft" und im „Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen" nachgesagt, auf der Seite des letzteren veröffentlichte er auch eigene Beiträge.[6] Seine Bearbeitung des

3 http://www.verwaltungsgericht-hannover.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=19421&article_id=94596&_psmand=126

4 http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Lettow-Vorbeck-Allee-in-Hannover-darf-umbenannt-werden

5 http://www.sueddeutsche.de/muenchen/anwalt-von-josef-s-kontakte-zu-einer-nazi-organisation-1.594467

6 http://www.traditionsverband.de/doa.html, http://www.traditionsverband.de/urithi.html

„Befehlsbuchs deutscher Schutztruppen" wurde in den Burschenschaftlichen Blättern, dem Verbandsorgan der Deutschen Burschenschaft (DB) empfohlen, vielleicht auch deshalb, weil er Alter Herr zweier DB-Burschenschaften ist. Dabei ist nicht nur die DB der rechteste Dachverband von Studentenverbindungen, auch Goebels Burschenschaften konkret fielen durch antisemitische Flugblätter, „rechtsterroristische" und sonstige rechte Referenten und Verbindungen zu den Republikanern (Normannia Heidelberg)[7] sowie der Kameradschaftsszene, Blood and Honour-Kontakten und einem Konzert mit „Liedermacher" Frank Rennecke („Mit Rudolf Hess ist uns ein Held geboren")[8] auf.

***„In diesem Krieg wurden immer die Gesetze der Sitte und Menschlichkeit eingehalten. (...)Lettow-Vorbeck war ritterlich." (Goebel im Plädoyer)***

Nachdem in einem ersten Verhandlungstermin die Richterin diverse formaljuristische Bedenken gegen die Anklageformulierungen geäußert bzw. Goebel augenscheinlich über seinen Job innerhalb einer Privatklage belehrt hatte, fand am 6.12. der zweite Versuch einer Verhandlung statt.
Auch hier gerieten Richterin und Goebel schnell aneinander, da die Richterin offensichtlich der Meinung war, Goebel mißbrauche das Gericht. Augenscheinlich ging es der Anklageseite auch nicht um eine Prozessführung mit dem Ziel, den Prozess zu gewinnen, sondern darum, den Gerichtssaal als Bühne für revisionistische, rassistische und zynische Behauptungen zu verwenden. Die süffisant lächelnden Privatklägerinnen und ihren Anhang im Publikum schien das für die vermeintlich durch das Gutachten Bleys erlitte Schmach zu entschädigen. Sie nickten zustimmend, fielen ihm bestätigend ins Wort, im Publikum wurden Beleidigungen gegen die Richterinnen laut.
Juristisch war die Sache innerhalb einer Stunde klar: Bley war weder ein vorsätzlich falsches Gutachten noch eine Verletzung von Sorgfaltspflichen nachzuweisen, was die Grundlage für eine Verurteilung bezüglich einer Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener gewesen wäre. Die Richterin weigerte sich daher auch, den Prozess zur „Feststellung von historischer Wahrheit" oder zur Frage, ob das Gutachten wie von der Privatklage behauptet, tendenziös gewesen sei, zu nutzen, zumal auch ein von der Klägerinnenseite benannter „Experte für Militärgeschichte" dies Bley nicht unterstellen wollte, da er nur vier bis fünf Bücher zu der Thematik gelesen habe, während Bley sich quer durch mehrere relevante Archive geforscht hatte.

***„Lettow-Vorbeck (…) wurde wegen Hochverrat angeklagt und nur wegen einer Amnestie freigesprochen. Wenn sie das als legal bezeichnen, ist das ein Schönreden des Staatsstreiches gegen die Weimarer Republik." (Bley in seinem letzten Wort)***

***„Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um" (Zeuge Wenning in Bezug auf laut Gutachten „Wie die Hasen abgeknallte Askari", die sich seiner Meinung nach dummerweise nicht ergeben hatten)***

Da Goebel wiederholt lange massiv revisionistische und menschenverachtende Monologe hielt und sich permanent wiederholte, wurde der Ton schnell schärfer. Ob Goebel so einen Berufungs- oder Revisionsgrund provozieren wollte, bleibt unklar. Schon vor dem 6.12. durfte ihm aufgrund der Aussagen der Richterin deutlich gewesen sein, dass er hier außer einer Bühne für sich und die Privatklägerinnen nichts gewinnen konnte.
Während die Richterin auf Goebel ob der ständigen Wiederholungen und der Ignoranz ihrer juristischen Hinweise sehr gereizt reagierte und während des Plädoyers, in dem Goebel Lettow-Vorbeck als ritterlich bezeichnete, zeitweise entsetzt aussah, brachte sie den Privatklägerinnen großes Verständnis gegenüber („Auch ich bin Tochter und mein Vater ist für mich der Größte, egal was er tut."). Dass sie sich im mündlichen Urteil (Freispruch) inhaltlich explizit nicht äußern wollte, war daher vielleicht die beste Lösung.
Ob gegen dieses Urteil Rechtsmittel eingelegt wurden, ist noch unklar, viel Erfolgsaussichten hätten sie jedoch aus weiteren formaljuristischen Gründen nicht.

***eine antikoloniale Prozessbeobachterin***

*mehr zu Lettow-Vorbeck, den ersten Prozesstag und das gekürzte Gutachten des Historikers Bley findet ihr im Blättchen Nr. 7*

***„Hahahahaha" (Fans und Angehörige der Klägerinnen zu Schilderungen von in Ketten gelegten afrikanischen Kriegsgefangenen und der Äußerung Goebels, Sklaverei sei im Krieg notwendig.)***

7 http://www.autonomes-zentrum.org/ai/texte/20050623_normannia.html
8 http://antifa.uni-halle.de/Studentenverbindungen/intellektuellerueberbau.htm

# Interview zur Revolte in Tunesien

**Frage: Etwas mehr als ein halbes Jahr nach dem Sturz Ben Alis hatten tunesische Aktivist_innen Ende September 2011 zu einem Kongress nach Tunis eingeladen. Ihr habt an dem Kongress teilgenommen und seid auch sonst noch in Tunesien herum gereist und habt verschiedene Leute getroffen.**
**Wie ist die Idee zu diesem Kongress entstanden und was war die inhaltliche Ausrichtung?**
**Was war für euch die Motivation nach Tunesien zu reisen?**

Sven: Also die grundsätzliche Idee von dem Kongress war die Gründung eines transnationalen Widerstandsnetzwerkes. So wie wir das verstanden haben, ist die Idee von Menschen und Gruppen entwickelt worden, die aus Tunesien kommend in Uniproteste und Unizusammenhänge in Frankreich involviert waren. Zusammen mit Student_innen und in der Revolte aktiven Leuten aus Tunis aber später auch in Verbindung mit Gruppen aus Deutschland und den Niederlanden wurde dann für die Idee geworben.

Die Motivation von uns dahin zu fahren war dem Aufruf folgend einen Austausch über die verschiedenen Kämpfe in den verschiedenen Ländern zu haben. Der Kongress wurde in Tunis organisiert weil dort die Möglichkeit besteht, dass Leute aus verschiedenen Ländern dort hinkommen. Dies wäre nicht möglich gewesen wenn es in Europa stattgefunden hätte. Außerdem ist Tunesien als Ausgangspunkt verschiedener Revolten und nun in einer Zeit vieler Umbrüche ein guter Ort.

Wir haben uns dann überlegt, dass wir dahin fahren wollen, aber eigentlich nicht nur auf den Kongress. Stattdessen wollten wir auch wieder was mit hierher bringen, was wir auch mit anderen teilen können und haben dann beschlossen, dass wir ein Filmprojekt machen. Für dieses Dokufilmprojekt hatten wir schon im Vorfeld Kontakte über Leute, die bereits im Mai 2011 nach Tunesien gereist waren. Wir hatten also Kontakte zu verschiedenen Aktivist_innen aus verschiedenen Bereichen vor Ort. Wir sind eine Woche vor dem Kongress dahin gefahren und haben dann noch mal viele weitere Leute kennengelernt.

**F:Wie wurde der Kongress auf tunesischer Seite vorbereitet? Gibt es da feste Gruppen und Organisationen, die das übernommen haben oder ist diese Vorstellung von zivilgesellschaftlicher Organisation so gar nicht zutreffend und der Kongress wurde eher von Strukturen getragen, die aus der Revolte entstanden sind und noch gar keinen festen Organisationsrahmen haben?**

S: Konkret wurde der Kongress von zwei Gruppen vorbereitet: von der FLPT, der Front de Libération Populaire de la Tunisie und der MLJ, Mouvement des jeunes Tunisiens Libres. Die FLPT ist eine etwas größere Gruppe aus Studizusammenhängen, die sich kurz nach oder in der Revolte gegründet hat. Auf der Homepage des Kongress gibt es eine Selbstdarstellung, in der sie auch sagen, sie gründen sich um diesen Kongress vorzubereiten und um revolutionäre Infrastruktur zu stellen und wenn ihre Ziele erreicht sind, dann lösen sie sich wieder auf. Die MLJ ist eine viel kleinere Gruppe von Leuten aus Tunis und ich glaube auch noch aus einer weiteren Stadt südlich von Tunis. Ansonsten war das eher ein loser Zusammenhang von Freundinnen und Freunden oder Leuten, die sich von der Uni kannten, die den Kongress dann zusammen vorbereitet haben.

Das ist aber auf jeden Fall nicht vergleichbar mit zivilgesellschaftlichen Gruppen oder auch linken oder autonomen Gruppen, wie wir sie hier in Deutschland oder auch aus vielen anderen europäischen Ländern kennen. Man muss sich den Kontext anschauen in dem das entstanden ist. Unter der Diktatur Ben Alis war es schlicht verboten sich in irgendeiner Weise zu organisieren. Deshalb gibt es auch keine gewachsenen Strukturen auf die zurückgegriffen werden kann oder Erfahrungen mit potenziellen Bündnispartner_innen. Genauso gibt es nur sehr beschränkt Ressourcen und Infrastruktur wie z.B. Räumlichkeiten oder finanzielle Mittel. Dies hat auch dazu geführt, dass es nötig war den Kongress anzumelden um überhaupt Räumlichkeiten und Schlafplätze in entsprechender Größe zu bekommen.

So haben sie dann mit dem Ministerium für Jugend und Kultur, glaube ich, diese Räume klar gemacht. Das Ministerium wollte dann auch Namenslisten von den Teilnehmer_innen haben. Deshalb wurde auch um vorherige Anmeldung von Kongressteilnehmer_innen, mit fiktiven Namen, gebeten. Gleichzeitig haben die Behörden das aber auch nicht besonders ernst genommen. Dieses Ministerium dachte wohl das wäre so ein Jugendaustausch von irgendwelchen Leuten, die da mal vorbeikommen. Die Leute aus der Vorbereitung haben auch zu uns gesagt: „Wenn die da wüssten, was wir hier machen, was die Idee ist..." - was ja eigentlich öffentlich war, womit sich das Ministerium aber wohl nicht beschäftigt hat - „… hätten sie das auch nicht genehmigt und die Räumlichkeiten nicht zur Verfügung gestellt." Am Schluss hat dann einiges in Räumlichkeiten von Universitäten stattgefunden und provisorisch in etwas größeren Cafes und Jugendzentren.

**F: An wen richtete sich die Einladung zu dem Kongress und wer ist tatsächlich gekommen? Wie viele waren das insgesamt?**

S: Wie gesagt, die Idee war ja ein transnationales Widerstandsnetzwerk zu gründen und da wurde eigentlich weltweit ziemlich breit zu eingeladen. Zu Beginn zirkulierte der Aufruf meinem Eindruck nach eher in Studiprotest- und Antirazusammenhängen und fand erst später weitere Verbreitung.

Ich denke die Idee zu diesem Kongress wie auch die Verbreitung des Aufrufs liefen gemeinsam - tragisch fanden wir jedoch, dass aus anderen Maghrebstaaten oder anderen Staaten Nordafrikas, ich glaube, nur eine Person aus Algerien da war. Da haben wir uns und auch die Leute von vor Ort gefragt warum das so ist. Sie meinten, dass sie schon versucht hätten den Kongress publik zu machen aber, dass es nicht so viele Kontakte gegeben hätte bzw. Leute aus Ägypten nicht kommen konnten weil Kohle gefehlt hat. Das ist ziemlich scheiße gelaufen, dass das vorher nicht publik gemacht wurde und dass sich aus europäischen Zusammenhängen nicht genug Gedanken darüber gemacht wurde sich um Kohle zu kümmern.
Die Hälfte der Anwesenden, die aus Europa kamen, waren z.B. von Gruppen, wie der Anarchistischen Föderation oder der Education Liberation Front, was so´n Zusammenschluss für freies Wissen ist, Antiragruppen aus der Schweiz, Deutschland und anderen Ländern, größere, etabliertere Gruppen aus anarchistischen Zusammenhängen aus Frankreich und Spanien, einzelne Leute aus Slowenien, aus Schweden und aus Deutschland, verschiedene autonome Zusammenhänge.
Die Eröffnungsveranstaltung hat in einem Theater stattgefunden, wo sich die einzelnen Gruppen dann vorgestellt und ihre Pamphlete runtergelesen haben. Das hatte zunächst auch so´n bisschen den Touch von einer Pateienveranstaltung...

**F: Wie ist der Kongress dann weiter abgelaufen?**

S: Der Kongress war die meiste Zeit aufgeteilt in verschiedene Workshopphasen zu Themen wie Migration, Prekarität, Freie Medien oder Selbstorganisation. Diese haben zeitgleich stattgefunden und waren auch über das Land verteilt. Es gab z.B. einen zu autonomen Medien in Sous, einer Küstenstadt südlich von Tunis. Die Workshops haben dann gearbeitet und sind am letzten Tag des Kongresses wieder in Tunis zusammengekommen und haben vorgestellt was sie erarbeitet haben.

**F: Ihr seid ja auch noch herum gereist und habt in anderen Teilen Tunesiens Leute kennengelernt. Was für Leute waren das und aus was für Zusammenhängen kamen sie?**

S: Dadurch dass wir schon eine Woche vorher angereist sind und ziemlich viel mit den Leuten da rumhingen und geredet, die letzten Vorbereitungstage miterlebt und unser Projekt vorgestellt haben, konnten wir viele Menschen vor Ort kennen lernen. Weitere Kontakte ergaben sich dann oft über familiäre Zusammenhänge oder Bekanntschaften aus der Revolte, die in anderen Städten lebten und wir somit auch dorthin dann Kontakte hatten. Wir haben gesagt was uns interessieren würde und dann wurde für uns nachgefragt, ob nicht jemand jemanden kennt usw.

Dann sind wir in den Süden gefahren und haben da mit Jugendlichen gesprochen, die maßgeblich an der Revolte beteiligt waren und wo die Revolte auch losgegangen ist. Zum Teil dort auch organisierte Leute, Kommunist_innen, die unter Ben Ali klandestin gearbeitet haben.

Wir haben Leute von einer feministischen Organisation getroffen, den demokratischen Feministinnen, die es auch schon unter Ben Ali gab. Die waren schon legal, wurden aber in ihrer Arbeit auf jeden Fall stark behindert. Das war aber eine der größten und aktivsten zivilgesellschaftlichen Gruppen. Wir haben auch Leute aus LesbianGayBiTrans (LGBT)-Zusammenhängen getroffen. Nicht den geltenden Gender-Normen zu entsprechen ist in Tunesien, wie in den meisten anderen Gesellschaften auch, schwierig. Das öffentlich zu leben fast unmöglich und auch staatlich verfolgt. Deswegen treten viele nicht so offensiv in der Öffentlichkeit auf und größere Organisierung scheint es nach Angaben der Leute vor Ort nicht zu geben - aber auch von deren Seite tut sich einiges wie wir mitbekommen haben.

Eine Gruppe, die auch auf dem Kongress war und von der wir dann auch noch später Leute in anderen Städten getroffen haben, ist das Kommitee zur Rettung der Revolution. So wie wir es verstanden haben, setzt sie sich hauptsächlich aus Leuten zusammen, die schon unter Ben Ali Widerstand geleistet haben und auch klandestin organisiert waren. Das waren zu Beginn hauptsächlich ältere Typen, die dann auch auf dem Kongress geredet haben. Deren dezentrales Konzept war in verschiedenen Städten diese Kommitees aufzubauen und dann lokal zu arbeiten und auch andere Leute zu involvieren. Ultras und Fußballhooligans haben wir auch getroffen, die in der Revolte eine wichtige Rolle gespielt haben, einfach weil sie organisiert waren.

Im Vorfeld mit einigen Zweifeln behaftet haben wir uns dann auch dazu entschieden Leute von einer radikalen islamistischen Organisation, Tahir, zu treffen und sie zu interviewen.
Wir sind auch auf Felder gefahren und haben mit Bäuerinnen und Bauern gesprochen, die in der Landwirtschaft im Süden des Landes arbeiten und zum Teil auch organisiert waren. Das ist die Region, die am meisten von Landwirtschaft geprägt ist und gleichzeitig auch die ganzen Ressourcen, wie Marmor und Phosphat liegen. Abgesehen vom Tourismus der Küstenstädte werden die ganzen Gewinne des Landes dort produziert. In der Realität haben die Leute vor Ort davon aber gar nichts. Hier gab es während des Kongresses auch einen Workshop zu Selbstorganisierung. Eben auch mit der Idee, dass die Revolte hier losgegangen ist. Zum Teil gab´s da Städte die mit den Aufständen Bullenfrei wurden, wo die Leute sich viel um die Geschichten, die vorher staatlich organisiert waren, selbst gekümmert haben. Interviews haben wir auch noch mit Leuten gemacht, die bei sog. unabhängigen Wahlbeobachtungskomittees mitgearbeitet haben oder selbst in die Vorbereitung der Wahlen involviert waren oder Leuten aus der HipHop-Szene.

**F: Der Diktator ist gestürzt, doch viele der Ursachen für die Revolte bestehen nach wie vor.**
**Welche weitergehenden Ziele und Wünsche hatten die Leute mit denen ihr geredet habt?**

S: Ein entsprechendes Zitat aus einem Interview, das wir geführt haben ist: „Der Diktator ist gestürzt aber die Diktatur geht weiter." Viel was Leute uns dort erzählt haben oder was wir mitgekriegt haben, was so die Kämpfe sind, hat man in Europa gar nicht mitbekommen. Der 14. Januar, eben als Ben Ali abgehauen ist, der in den westlichen Medien als die Revolution gefeiert wurde aber auch da vor Ort mittlerweile ziemlich vermarktet wird - du kannst da Postkarten und alles mögliche zu kaufen - den sehen die meisten Leute gar nicht als so entscheidenden Punkt.
Sie beziehen sich viel mehr auf Kämpfe, die es auch schon unter Ben Ali gegeben hat. Es gab schon in den 80ern die Brotaufstände. Oder was viele als Anfang der Revolte bezeichnen einen Aufstand von Minenarbeiter_innen 2008 in Gafsa, der blutig niedergeschlagen wurde. Durch die Medienzensur war es damals aber schwer eine Öffentlichkeit herzustellen, trotzdem gab es da weiter Widerstand.

Um den Kontext zu verstehen wie das 2010 angefangen hat, ist es wie schon gesagt wichtig zu sehen, dass der Süden, die Region wo die ganzen Ressourcen liegen und viel Landwirtschaft betrieben wird, infrastrukturell total benachteiligt ist und von den Gewinnen nichts dort hängen bleibt. Zum Teil gibt es Städte ohne Strom und Straßen sind schlecht ausgebaut, auch gibt es wenige Beschäftigungsmöglichkeiten, die ein Leben, vor allem auch ganzer Familien, sichern könnten. Gleichzeitig arbeiten die Leute unter beschissenen Bedingungen. Hinzu kommt, dass viele Leute ihr Land verkauft haben, weil es sich nicht mehr gelohnt hat es zu bewirtschaften und in die Küstenstädte gegangen sind um dort zu arbeiten. Dort haben die meisten aber auch keine Jobs gefunden. Als sie dann wieder zurück kamen, konnten sie nur auf ihrem ehemaligen Land zu Hungerlöhnen arbeiten. Viele der Kämpfe richteten sich gegen prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Vetternwirtschaft und die Selbstbereicherung der herrschenden Klasse und Clans um Ben Ali bei gleichzeitiger Armut der Bevölkerung. Es ging um Würde und Schlussendlich um Freiheit.
Die Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi sehen die Leute mit denen wir geredet haben in der Regel schon als den auslösenden Funken, der zur Revolte geführt hat. Aber die Grundlagen waren schon lange da.

Was hier in den Medien auch gar nicht so ankam aber ein zentraler Punkt im Aufstand war, waren die Kaspahbesetzungen in Tunis. Kaspah ist in Tunis der Ort an dem sich mehrere Ministerien und der Regierungssitz befinden. Nachdem im Dezember die Aufstände im Süden begonnen hatten, haben sich die Leute entschlossen nach Tunis zu kommen. Und das ist faszinierend und, so wie uns die Leute das voller Begeisterung erzählt haben, für viele der Kern der Revolte. Nachdem die Bullen im Süden zum Teil vertrieben und die Kämpfe beendet waren, weil es dort erstmal keine Repressionsorgane mehr gab, beschlossen die jungen Aufständischen sich auf den Weg nach Tunis zu machen und diesen Platz zu besetzen
Die Gegend ist 250 Kilometer von der Hauptstadt entfernt und zum Teil sind die den Weg gelaufen, zum Teil auch mit dem Zug oder Mopeds gefahren. Hauptsächlich in zwei Städten sind die einfach aufgebrochen, haben rumtelefoniert sind in andere Städte gefahren - auch über Facebook ist da viel gelaufen - und haben zum Run auf Tunis mobilisiert. Dort wurde dann diese Kaspahbesetzung organisiert. Dies ist für viele der zentrale Moment der Revolte gewesen, weil es die absolute Selbstorganisierung war. Die Leute, die an der ersten Kasparbesetzung teilgenommen haben meinten außerdem, dass es in dieser Zeit total egal war wer du bist und woher du kommst. Also ob du religiös bist oder nicht oder ob du Kommunist bist oder nicht. Alle Leute haben sich zusammen organisiert und diese Besetzung gemacht. Außerdem wurden sie auch von Zusammenhängen und vielen Einzelpersonen und Familien aus der Hauptstadt unterstützt. Sie wurden also mit Decken und Essen und vielem weiteren versorgt.
Die Ereignisse im Süden des Landes und die späteren Besetzungen des Kasbah in Tunis hatten den Beteiligten ein enorm starkes Gefühl von Solidarität und gemeinschaftlichem Kämpfen gegeben. Viele der Wünsche gingen auch in die Richtung diese erlernten Fähigkeiten auszubauen und weiterzugeben.

In der Zeit nach Ben Alis Sturz ging es um den Sturz der Übergangsregierung, bestehend aus Angehörigen des Ben Ali Systems und dessen Partei, der RCD. Viel ging es auch um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und vor allem um eine Freiheit von der Diktatur genauso wie persönlichen Freiheiten.
Für viele war es auch ein wichtiges Anliegen, die Mörder der Getöteten in dieser Revolte zur Rechenschaft zu ziehen. An den Rechtsstaat glaubte aber niemand der Interviewten - wobei ein Wunsch danach für einige sicher besteht.

Unsere Interviews führten wir ungefähr zehn Monate nach Beginn dieser Revolte. Viele der Menschen waren sich sicher, dass sie eine vergleichbare Regierung - auch im Hinblick auf die

anstehenden Wahlen - nicht noch einmal hinnehmen würden. Wie selbstverständlich wurde uns auch gesagt, dass sie in einem solchen Fall genau das gleiche wieder tun würden – Revolte, das System stürzen. Oft wurde uns berichtet, dass Leute gerne Investitionen in ihre Regionen holen würden um Arbeitsplätze zu schaffen, es fehle jedoch an Kapital. Einige, wie gesagt wünschen sich auch ein demokratisches System, zum Teil wie „bei euch", also wie hier in der BRD, anderen schien dies jedoch auch keine Lösung zu sein, da sie ein differenzierteres Bild von den Verhältnissen hier hatten. Viele Wünsche bezogen sich auch auf Bewegungs- und Reisefreiheit und die Nicht-Einmischung von EU-Staaten.

Zum Teil wurde auch gesagt, dass die Leute, vor allem jüngere, keine Vorstellung davon hätten, was eine Perspektive oder ihre Wünsche sein könnten, da sie über keine politische Bildung verfügten. Angesicht der Beteiligung an einer derart weitreichenden Revolte schien uns das hauptsächlich an einem für uns verwirrenden Verständnis von „politischer Bildung" zu liegen.

**F: Du hast gesagt, dass es in der Revolte Städte gab, in denen es gar keine Bullen mehr gab und auch andere ehemals staatliche Aufgaben nicht mehr aufrecht erhalten wurden.**
**Gibt es Strukturen der Selbstorganisation, die in der Revolte entstanden sind und diese Aufgaben übernommen haben? Existieren sie weiter?**

S: Wir sind in zwei der Städte gefahren, von denen uns gesagt wurde, dass es so war, dass die Bullen da komplett vertrieben wurden. Als wir dort waren sah das so aus, dass es in der einen Stadt eben nur ein Zivi-Auto gab, das erkennbar als solches rumfuhr. Bei der anderen Stadt handelt es sich um eine ganze Region, Kasserin, die sozusagen Checkpoints an den Grenzen hat und Autos und andere Fahrzeuge wie auch die Menschen, die diese passieren, kontrolliert werden.
Da war es dann aber auch so, dass uns zum Teil erzählt wurde, dass sich die Leute gefreut haben wenn, nachdem die Bullen vertrieben waren, das Militär kam und polizeiliche Aufgaben übernommen hat. Also so ganz frei von staatlichem Einfluss war das oftmals dann doch nicht.
Andererseits haben uns Leute, die tatsächlich selbstverwaltete Strukturen aufgebaut hatten, erzählt, dass sie die nicht aufrecht erhalten können. Es hat ihnen an Erfahrung, Infrastruktur, Ressourcen und auch einfach Geld gemangelt um so etwas länger organisieren zu können. Deshalb gab es bei einigen mit denen wir gesprochen haben zwar nicht unbedingt den Ruf nach staatlichen Institutionen aber zum Teil nach Ordnung, die einkehren müsse.

**F: Über Ägypten bzw. Kairo habe ich gelesen, dass nachdem die Bullen sich komplett zurückgezogen hatten, in vielen Vierteln selbstorganisierte Kommitees entstanden sind. Diese haben für Sicherheit gesorgt, also wildes Plündern und Überfälle verhindert aber auch auch z.B. die Müllabfuhr organisiert. In dieser Zeit soll Kairo für die Bevölkerung so sicher und sauber wie nie zuvor gewesen sein. Trotzdem war es da so, dass die Leute auch einen Alltag haben und diese Form von Selbsorganisierung viel Zeit kostet und so ist das nach und nach wieder zurückgegangen. Ist das ein vergleichbarer Prozess in Tunesien gewesen?**

S: Ich glaube teilweise schon, wobei ich sagen muss, dass ich nicht den direkten Vergleich habe, weil ich nicht in Ägypten war und auch nur wenig mit Leuten, die vor Ort waren geredet habe. Ich kann mir auch vorstellen, dass das insgesamt in Tunesien weniger war und eine kürzere Zeit angedauert hat. Es gab aber zu Beginn der Revolte schon eine vergleichbare Stadtteilsicherung, dass z.B. Barrikaden gebaut wurden um ein Eindringen von Milizen der Regierung, die für Chaos sorgen und plündern sollten, zu verhindern. Aber auch da war es so, dass die Leute einen Alltag haben und das nicht ewig machen können.
Diese Kommitees zur Rettung der Revolution bestehen weiter wie uns erzählt wurde, was genau sie aber in den verschiedenen Städten machen kann ich leider nicht sagen.

**F: Einer der Gründe für die Revolte war - wie du bereits erwähnt hast - die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die einen Großteil der tunesischen Bevölkerung ausmachen. Aber auch Gewerkschaften haben eine wichtige Rolle in der Revolte gespielt. Welche Rolle spielen Kämpfe um Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums jetzt? Wie drücken sie sich aus?**

S: Die Gewerkschaften haben eine sehr widersprüchliche Rolle in der Revolte gespielt.
Zu Anfang war es wohl so, dass die Gewerkschaften dazu aufgerufen haben keine Streiks zu machen oder sich an den Demonstrationen zu Beteiligen. Im Dezember 2010 in Regueb oder in Sidi Bouzid wo diese Selbstverbrennung stattgefunden hat, haben die Gewerkschaften zunächst versucht sich und andere aus den Protesten rauszuhalten. Das muss in dem Kontext gesehen werden, dass es nur diese Einheitsgewerkschaft unter Ben Ali gab. Da waren auch viele Leute dem Ben Ali System nicht abgeneigt bis hin zu Profiteure und Kollaborateure natürlich. Nachdem die Revolte losgegangen war und auch die Gewerkschaften für ihre Rolle angegriffen wurden wie auch sich einige, in einem Interview wurden sie „richtige Gewerkschafter, Basisgewerkschafter" genannt, beteiligten, hat sich das ziemlich schnell geändert. Es entstanden viele Basisgruppen, die dann autonom gehandelt und zu Streiks aufgerufen haben.
Dann haben Demos auch oft an den Gewerkschaftshäusern angefangen.

Mittlerweile ist da ein Prozess im Gange, dass sich die Gewerkschaftsgruppen neu organisieren, Fortbildungen auch für jüngere Aktive organisieren und sich in z.B. Tarifkämpfen engagieren – gewerkschaftliches Engagement ist aber keine Neuheit in Tunesien – vielmehr geht es nun darum unter den neuen Gegebenheiten freier agieren zu können und unabhängig zu sein. Ende 2011 oder Anfang 2012 wird es ein Treffen von Gewerkschaften geben um zu sehen wie es weiter gehen kann. Da wird es aber auch noch Auseinandersetzungen darum geben wer rausfliegt. Denn bisher gibt es auch in den Gewerkschaften noch einige Leute die mit Ben Alis System kooperiert haben.

Wir haben auch Fragen bezüglich der Kommunisierung von Fabriken oder Land gefragt – hierzu bekamen wir jedoch keine weiterführenden Antworten.

**F: Gibt es ähnlich wie in Ägypten auch eine Zunahme von wilden Streiks oder welche Formen nehmen soziale Kämpfe aktuell an?**

S: Bezüglich wilder Streiks wurde uns von einem Betrieb erzählt – der aber kein Einzelfall ist - bei dem die 500 Angestellten wild streikten und dann prompt alle entlassen wurden. Nun versucht die etablierte Gewerkschaft vor Ort dies wieder rückgängig zu machen und teilweise versucht sie auch die Leute in Kampf- und Organisierungsformen zu schulen. Mehr Details habe ich dazu leider aber auch nicht.

Wir sind, als wir da waren auch einer Aktion gefahren. Dabei haben Menschen, denen Arbeitsverträge bei einer staatlichen Versicherungsgesellschaft in Aussicht gestellt wurden, nachdem dieses Versprechen gebrochen wurde, direkt vor dem Firmenhauptsitz protestiert. Sie kamen von überall aus Tunesien um vor Ort einen Hungerstreik zu beginnen.

**F: Ben Ali hat sich mit seiner Familie und einem Flugzeug mit mehreren Tonnen Gold ins Ausland abgesetzt, doch viele seiner Schergen und Profiteure seiner Herrschaft leben nach wie vor in Tunesien. Bekleiden sie auch weiter wichtige Posten in Behörden, Regierung und Polizei? Ist dies Gegenstand von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen? Gibt es erste Ansätze die jehzehntelange Diktatur gesellschaftlich, juristisch und psychologisch aufzuarbeiten?**

S: Diese Kaspahbesetzungen waren auch nach dem Sturz Ben Alis ein Mittel des Protestes, das ein weiteres Mal erfolgreich durchgeführt werden konnte. Eine der zentralen Forderungen war die Abschaffung der Übergangsregierung mit Angehörigen der RCD-Partei. Da war das auf jeden Fall großes Thema, wie sich das danach weiter entwickelte, wie die Diskurse darüber z.B. in den Medien sind usw. dazu kann ich leider nichts sagen. In der Folge wurden

aber weitere Versuche der Besetzungen von den Bullen verhindert. Mittlerweile gibt es viele Aufrufe zu Demonstrationen, die auch über facebook gestreut werden. Oftmals finden sich dann aber keine Leute ein oder die Demonstrationen werden von den Repressionsorganen auseinandergetrieben. Vor den Wahlen galt eine erhöhte Sicherheitsstufe, die Demonstrationen verbot.

Zu den Wahlen sind über einhundert Parteien angetreten. Rund die Hälfte davon waren Parteien, die Mitglieder der Ben Ali Partei neu gegründet haben. Nun ja die haben sich zwar aufstellen lassen, wurden aber kaum gewählt.
Der Polizeiapparat ist immer noch der selbe. Mehrere Personen mit denen wir geredet haben, haben uns gesagt, dass sie die Namen von den Bullen wissen, die ihre Leute erschossen haben. Sie setzen allerdings keinerlei Hoffnung darein, dass dies irgendwie verfolgt werden wird. Generell ist es wohl auch so, dass Bullen nicht in den Städten eingesetzt werden, in denen sie auch Leben. Oftmals wissen somit viele derer Nachbar_innen dann auch nicht welchen Job die machen.

**F: Wie wichtig sind die Wahlen für die Leute, die ihr getroffen habt?**

S: Das war sehr unterschiedlich. Anscheinend war aber die Wahl eine krasse Zäsur für den aufständischen Prozess, weil die Leute gewartet haben was bei den Wahlen passieren wird. Viele waren einfach in so einer Warteposition gefangen.
Teile sehen Wahlen und Parlamentarismus aber auch als wichtigen Teil des revolutionären Prozesses. Aber vor allem die Leute, die wir im Süden getroffen haben, haben da gar keine Hoffnung reingesetzt und sind auch nicht wählen gegangen. Nach den Wahlen gab es dann auch in diesen Regionen Riots auf den Straßen und Gerichtsgebäude wie auch Parteizentralen wurden abgebrannt. Grund hierfür war wohl aber auch der Ausschluss einer Partei von vor Ort, die den größten Stimmenanteil dort bekommen hatte bei den Auszählungen.

In den Medien hier wurde ja behauptet, dass sich 80% an den Wahlen beteiligt hätten, dabei haben sich nach dem mittlerweile offiziellen Ergebnis weniger als 50% an den Wahlen beteiligt.
Aber die Einschätzungen der Wahl und auch die Hoffnungen, die die Leute da rein setzen sind wie gesagt sehr unterschiedlich.

Mit dem Sieg der Nahda Partei, mit dem im Vorfeld schon zu rechnen war, verbanden einige der Leute mit denen wir gesprochen haben auch eine Angst vor stärker werdenden konservativen Verhältnissen. Das haben uns vor allem Frauen und Leute aus der LGBT-Community erzählt.
Dass Nahda gewonnen hat sehen einige auch als einen Sieg für die Freiheit des Islams der unter Ben Ali zwar im Laufe der Jahre integriert wurde und religiöse Rechte zugestanden wurden gleichzeitig standen die Anhänger von Nahda auch immer für Widerstand. Viele wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und waren massiver Verfolgung durch das System ausgesetzt. Das hat wohl auch dazu geführt, dass sie eine große Glaubwürdigkeit genießen. Sie selbst vergleichen sich gerne mit der AKP in der Türkei und sehen diese als Vorbild – aber auch mit der CDU hier vergleichen sie sich. Welche Veränderungen nun stattfinden werden ist noch nicht abzusehen gerade aber es gibt auch große Demonstrationen von Menschen, die sich für einen laizistischen Staat aussprachen.

**F: Das Bild der Revolte in den europäischen Medien war einerseits das der friedlichen Jasmin Revolution andererseits hat man immer wieder Bilder von steinewerfenden jungen Männern zu sehen bekommen. Welche Rolle haben Frauen in der Revolte gespielt? Welche Rolle spielen feministische Kämpfe jetzt?**

S: Wir haben mit vielen verschiedenen Frauen gesprochen und dementsprechend unterschiedliche Antworten bekommen. Viele der jungen Frauen aus Tunis, die an der Revolte beteiligt waren, fanden Fragen in die Richtung gar nicht so gut oder meinten das sei eine komische Fokussierung, die wir mit dahin bringen. Sie hätten sich selbstver-

ständlich genauso wie die Typen an der Revolte beteiligt. Wir haben auch Zusammenhänge junger, militanter Frauen getroffen.
In Tunis gibt es viele Frauen, die sich selbstbewusst und selbstbestimmt in der Öffentlichkeit bewegen können. Aber dazu muss man wissen, dass es auch da einen sehr großen Unterschied gibt zwischen Tunis, der Hauptstadt mit einem sehr viel freieren Lifestyle, wo gesellschaftliche Normen anders gesetzt sind als z.B. in den ländlicheren und konservativeren Gegenden im Süden.
Auch ist die Situation z.B. für junge Frauen oft anders als für alte. Es gibt sehr viele Unterschiede.
Eine Künstlerin mit der wir gesprochen haben, hat uns gesagt, dass sie sich nicht an der Revolte beteiligt hat. Ihr war das zu mackerig und sie meinte sie hat sowieso auf die gesamte Gesellschaft keinen Bock. Für sie gibt es da keine Auseinandersetzung um patriarchale Strukturen und deshalb wollte sie da nicht dran teilnehmen.
Oft wurde auch in den Medien berichtet, dass Frauen eine sehr wichtige Rolle in der Revolte gespielt haben und erzählt, sie hätten Steine gesammelt und den Männern zum Werfen gebracht oder wären zu Hause gewesen um durchzugeben wo Bullenbewegungen oder Heckenschützen sind.
Spannend ist, dass die rechtliche Situation von Frauen in Tunesien ziemlich progressiv ist. Die Verfassung ist in Bezug auf Frauenrechte, nicht nur im Vergleich zu anderen nordafrikanischen Staaten sondern auch zum Westen sehr fortschrittlich. So sind Abtreibungen z.B. schon seit den 60ern legal und das Recht sich den Ehemann selbst auszusuchen und sich scheiden zu lassen ist garantiert.
Auch ist es gesetzlich erlaubt Kinder alleine groß zu ziehen. Bezüglich gesellschaftlicher Akzeptanz sieht es allerdings dann wieder ganz anders aus. Also unter Ben Ali und auch schon unter seinem Vorgänger Bourguiba, der sich selbst als der Befreier der Frauen feierte, beanspruchte Tunesien sogar eine Vorreiterolle bezüglich der Rechte von Frauen in der Region und nutzte dies um Unterstützung aus Europa zu erhalten.

Es gab, wie vorhin schon mal kurz erwähnt, auch unter Ben Ali eine Organisation demokratischer Frauen. Diese wurde zwar einerseits in ihrer Arbeit behindert, war andererseits aber zum Teil auch vom System Ben Alis abhängig um überhaupt legal arbeiten zu können, Gelder zu bekommen usw. Sie musste ihre Projekte dementsprechend mit der Regierung abstimmen.
Diese Organisation hat zwar gesellschaftlich wichtige Funktionen wahrgenommen aber ein sehr beschränktes Wirkungsfeld in der heutigen Zeit. Wir haben mit der Vorsitzenden gesprochen, einer Juraprofessorin, die in einem sehr bourgeoisen Viertel von Tunis lebt. Viele der jüngeren Frauen haben uns gesagt, dass sie sich von dieser Organisation überhaupt nicht vertreten fühlen. Also weder von den behandelten Themen, noch von den Forderungen und erst recht nicht vom sozialen Status her. Da wurde uns eher gesagt, dass ist eine Altefrauenorganisation, die vor 20 Jahen gute Arbeit gemacht hat aber es nicht geschafft hat sich den aktuellen Problemen von jüngeren Frauen zu widmen.
Das ist so die Bandbreite was uns da erzählt wurde.

**F: Du hattest erzählt, dass an dem Kongress kaum Leute aus anderen arabischen Ländern bzw. des Maghrebs an dem Kongress teilnehmen konnten. Weißt du ob es sonst Kontakte zu Bewegungen z.B. in Libyen oder Ägypten gibt?**

S: Die Gruppen, die den Kongress organisiert haben, hatten tatsächlich nicht so viele Kontakte in benachbarte Länder. Dementsprechend gab es da auch keine gemeinsame Diskussion oder Austausch über Kämpfe und Perspektiven. Nach der ersten Kaspahbesetzung gab es allerdings sehr viel direkte Solidarität mit libyschen Flüchtlingen. Nachdem viele Menschen aus Libyen nach Tunesien geflüchtet waren ist die Infrastruktur, die bei der Besetzung genutzt worden war, an die Grenze gebracht worden. Es wurden also Zelte,

Decken und so weiter auf Lastwagen gepackt und den Flüchtlingen zu Verfügung gestellt. Auch gab es viele Leute die selbstorganisiert Hilfslieferungen mit Nahrung, Decken usw. direkt nach Libyen geschickt haben.

**F: War der NATO-Krieg in Libyen Thema in den Gesprächen, die ihr geführt habt? Wie wurde sich zu der Intervention positioniert?**

S: Also allgemein die Einmischung der USA und Europas in die Revolten war schon oft Thema und wurde meist abgelehnt. Aber so explizit um die NATO-Intervention in Libyen ging es eigentlich kaum.
Naja wahrscheinlich muss ich auch an dieser Stelle nochmal sagen, dass wir nicht so viel mitbekommen haben wie solche Themen in den Medien vor Ort behandelt wurden. Aber in den Gesprächen, die wir geführt haben wurde das nicht so sehr thematisiert.

**F: Nur zwei Tage vor dem Sturz Ben Alis hatte Frankreich angeboten CRS-Riotcops zur Niederschlagung der Revolte zu schicken. Auch die andern europäischen Regierungen haben gute Kontakte zu dem Diktator gepflegt. Nun schickt die EU unter anderem Beamte zum so genannten Aufbau des Rechtsstaats. Wie haben sich die Teilnehmer_innen des Kongresses und die anderen Leute, die ihr getroffen habt, zur EU positioniert?**

S: Also vor allem auf dem Kongress gab es schon klare ablehnende Positionen und ein großes Bewusstsein was die Rolle der EU in Tunesien war und ist. Also auch in ihrer Rolle als Kolonialmacht, deren Kontinuität sich bis heute an vielen Orten in der Öffentlichkeit feststellen lässt.
Die französische Außenministerin Michelle Alliot Marie, die wie du gesagt hast, vorgeschlagen hatte, dass fanzösische CRS-Bullen den Aufstand niederschlagen könnten, wurde in Tunesien sehr angefeindet. Direkt nach dem Sturz Ben Alis war sie eine der Ersten, die der tunesischen Bevölkerung zu dem Erfolg der Revolution gratuliert hat. Die Übergangsregierung bekam dann von Frankreich als Begrüßungsgeschenk neue Bullenautos übergeben.
Die Leute wissen was da für ein Spiel gespielt wird. Auch weil der Repressionsapparat weiter der gleiche und der Hass auf Bullen einfach immens ist und es offensichtlich ist wer die Verbündeten der Repressionsorgane sind.

**F: In Libyen hat es Massaker an schwarz-afrikanischen Flüchtlingen gegeben, die das Land als Transitstation nach Europa nutzen wollten oder als billige Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Die Gründe für die Massaker sind der Einsatz von Söldnern aus dem südlicheren Afrika durch Gaddafi aber auch ein tief in der Gesellschaft verwurzelter Rassismus. Gibt es einen vergleichbaren Rassismus auch in Tunesien?**

S: Also der Rassismus in Tunesien war in unseren Gesprächen öfter ein wichtiges Thema.
Zunächst will ich etwas zu dem innertunesischen Rassismus sagen. Es gibt im Norden und in den Küstenstädten Ablehnung und Rassismen gegen Menschen die aus dem Süden kommen. Also gesellschaftliche Bilder von den „Zurückgebliebenen" aus dem Süden, sind massiv vorhanden und geht soweit sie nicht mehr als Tunesier_innen anzusehen. So jedenfalls haben wir das in Gesprächen berichtet bekommen.

Die Situation der Transitflüchlinge ist total krass. Uns wurde z.B. von einem Flüchtlingslager an der Grenze zu Libyen berichtet, das von den Menschen aus den umliegenden Dörfern geplündert und niedergebrannt wurde, weil sie die Flüchtlinge vertreiben wollten.

Auch in Bezug auf die Flüchtlinge die aus Libyen gekommen sind, hat sich das Verhältnis wohl in recht kurzer Zeit gewandelt. Am Anfang muss es wohl, wie beschrieben, sehr solidarisch gewesen sein. Insbesondere Menschen im Süden Tunesiens haben Familien, libysche Flüchtlinge bei sich aufgenommen oder haben diese Hilfslieferungen, von denen ich erzählt hatte, organisiert. Auch aus dieser breiten gesellschaftlichen Bewegung, die die Kaspah besetzt hatte, gab es wie erwähnt direkte Solidarität. Das hat sich dann aber zunehmend geändert und es gab

Vorurteile gegen Libyer_innen, die nach Tunis oder in andere Küstenstadte gekommen sind. Hier kursierte in der Zeit in der wir da waren das Bild von reichen Libyern, die die Wohnungen wegkaufen, die Preise in die Höhe treiben und die tunesischen Frauen zur Prostitution zwingen und sich allgemein auf die Kosten der Tunesier_innen ein schönes Leben machen.

**F: Ich will doch nochmal explizit nachfragen. Auch Tunesien ist für viele Flüchtlinge aus dem südlicheren Afrika ein Transitland auf dem Weg nach Europa. Gibt es Vernetzungen zwischen Aktivist_innen, die ihr getroffen habt, und diesen Flüchtlingen?**

S: Dazu kann ich leider nicht so viel sagen. Es gibt Afrique-Europe-Interact, die dazu viel arbeiten und auch Texte und Broschüren veröffentlichen – so zum Beispiel auch eine Broschüre zu Tunesien, die man auf deren Homepage downloaden kann.
*(www.afrique-europe-interact.net AB)*

**F: Gab es von den Menschen, die ihr getroffen habt, konkrete Vorschläge oder Wünsche wie sich Diejenigen, die in Europa kämpfen in Bezug zu den tunesischen Aktivist_innen setzen können oder sollten?**

S: Was uns oft gesagt wurde ist, dass die Revolte oder Revolution nur funktionieren kann wenn es eine internationale Revolte gibt. „Solidarität heißt, dass ihr auch Revolten und Revolutionen macht!". Das ist ja auch die Idee von dem Kongress gewesen. Außerdem wurde gesagt, dass das System dadurch angreifbar ist, dass viele europäische Regierungen und auch Firmen in den nordafrikanischen Staaten aktiv sind.
Neokolonialismus war ein großes Thema und es wurde klar gesagt, dass dieser hier angreifbar ist weil er von hier kommt.

**F: Gab es konkrete Abspachen also z.B. ob es einen weiteren Kongress geben soll oder wie ein Austausch weitergeht? Oder habt ihr sogar Verabredungen getroffen zu gemeinsamen Projekten?**

S: Zum Thema Migration soll es eine Flotilla geben. Da ist allerdings noch nicht ganz klar wie dies aussehen kann. Ein Vorschlag war die EU Grenzschutzagentur FRONTEX mit eigenen Schiffen zu beobachten und das Grenzregime Europa zu thematisieren.
Ob es einen weiteren Kongress geben wird, ist nicht klar glaube ich. Aber es gab schon die Idee gemeinsam weiter zu machen und es wurden viele E-Maillisten erstellt und Ideen gesammelt. So wurde z.B. vorgeschlagen das maghrebinische Sozialforum zu nutzen um sich wieder zu treffen.
Für das Frühjahr 2012 werden wir Leute aus Tunesien nach Deutschland einladen. Da müssen wir im Moment noch gucken wie das mit der Finanzierung und den Visa klappt. Wir wollen dann gerne mit denen eine Infotour durch Deutschland und die Schweiz und evt. auch Österreich machen.

Bis dahin arbeiten wir weiter an unseren Interviews und dem Filmprojekt und hoffen ihn so schnell wie möglich fertig zu bekommen. Die Idee ist die einzeln geführten Interviews auf einer Homepage in Übersetzung zugänglich zu machen und noch einen Film als Zusammenschnitt daraus zu produzieren.

**F: Vielen Dank für das interessante Interview. Wir sehen uns im Frühjahr auf der ein oder anderen Infotourveranstaltung. Bis dahin wünschen wir euch und den tunesischen Genoss_ innen alles Gute und wenig Stress mit den Visa.**

S: Danke auch Dir

***Diese Interview wurde für das autonome Blättchen geführt.***

*Wenn ihr Nachfragen habt oder eine Infotourstation in euerer Stadt organisieren wollt könnt ihr euch melden:*

***tunisia_2011@riseup.net***

*(PGP-Key gibts auf Nachfrage)*

Ein Göttinger Zusammenhang, der auch am Kongress teilgenommen hat und einige Infos online zu Verfügung stellt: ***www.aut-goe.de***

Kongress-Hompage
(nicht sehr aktuell):
***liberationwithoutborderstour.blogspot.com/***

# Solidaritätsbekundung aus Kairo an die Occupy-Bewegung

An alle, die in den USA (und anderswo; d. Üb.) gerade Parks, Plätze und andere Räume besetzen; eure Genoss_innen in Kairo beobachten euch solidarisch. Nachdem wir von euch so viele Ratschläge für einen Übergang zur Demokratie* erhalten haben, dachten wir, dass wir nun an der Reihe sind, einige Ratschläge weiter zu geben.
Wahrlich, wir sind in vielerlei Weise in dieselben Kämpfe involviert. Was die meisten Expert_innen als den "arabischen Frühling" bezeichnen, hat seinen Ursprung in den Demonstrationen, Krawallen, Streiks und Besetzungen, die sich überall auf der Welt ereignen. Deren Ursprung wiederum liegt in den jahrelangen Kämpfen von Menschen und sozialen Bewegungen. Die Situation, in der wir uns momentan befinden, ist nicht neu: Wir in Ägypten und Andere kämpfen schon lange gegen Repression, soziale Benachteiligung und gegen das ungehinderte Wüten des globalen Kapitalismus (ja, richtig gelesen, Kapitalismus): ein System, das eine Welt geschaffen hat, die gefährlich und grausam für seine Bewohner_innen ist. Während sich die Interessen der Regierungen an den Interessen und Privilegien des privaten, transnationalen Kapitals orientieren, wurden unsere Städte und Wohnorte – den beiläufigen Verwüstungen der nächsten ökonomischen Entwicklung oder der Stadtplanung ausgesetzt – immer mehr zu abstrakten und gewalttätigen Orten.

Eine ganze Generation rund um den Globus ist in der rationalen und emotionalen Einsicht aufgewachsen, dass wir im Status Quo keine Zukunft haben. Unter den Strukturanpassungsprogrammen und der angeblichen Expertise von internationalen Organisationen wie der Weltbank oder dem IWF haben wir erlebt, wie unsere Ressourcen, Industrien und der öffentliche Sektor ausverkauft und zerstört wurden, während der "freie Markt" die Abhängigkeit von Importgütern und sogar von importierten Nahrungsmitteln vorantrieb. Die Profite dieser befreiten Märkte gingen woanders hin, während die Verelendung von Ägypten und anderen Ländern des Südens durch eine massive Zunahme an polizeilicher Repression und Folter verstärkt wurde.

Die momentane Krise in den USA und in Westeuropa hat begonnen, diese Realität nun auch zu euch nach Hause zu bringen: So wie es momentan aussieht, werden wir uns alle kaputt arbeiten, gebrochen von Schulden und staatlichen Sparmaßnahmen. Dem Kapitalismus und der staatlichen Sparpolitik reicht es nicht, die Überbleibsel des öffentlichen Sektors und des Wohlfahrtsstaats auszuhöhlen. Sie attackieren nun sogar den privaten Bereich und das Recht auf ein anständiges Zuhause: tausende zwangsenteignete Haus-

---

* Anmerkung der Übersetzung: Da sich die Bedeutung des Begriffs "Demokratie" nicht von selbst klärt, nachfolgend ein Ausschnitt aus einem anderen Communiqué der "Comrades from Cairo", der vielleicht etwas Klarheit schafft:

„Es scheint uns, als ob ihr euch aufgrund einer Unzufriedenheit mit den falschen Versprechen des Spiels repräsentative Politik die Straße genommen und eure Parks und Städte besetzt habt und genauso haben es unsere Genoss_innen in Spanien, Griechenland und England getan. ... Wir, alle rund um den Globus, lernen neue Wege, um uns selbst zu repräsentieren, um zu sprechen, um Politik direkt und sofort zu leben; und in Ägypten sind wir nicht für die Revolution auf die Straße gegangen, um einfach ein Parlament zu bekommen. Unser Kampf – von dem wir glauben, dass wir ihn mit euch teilen – ist größer und großartiger als eine prima funktionierende parlamentarische Demokratie; wir verlangten den Fall des Regimes, wir verlangten Würde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit und wir kämpfen immer noch für diese Ziele. Wir sehen die Wahlen eines Marionettenparlaments nicht als ein Mittel, um diese zu erreichen."

aus: Statement by Comrades from Cairo in Response to OWS Proposal to Send Election Monitors (13. November 2011).

eigentümer_innen sind plötzlich sowohl obdachlos, als auch gegenüber denjenigen Banken verschuldet, die sie auf die Straße gezwungen haben.

So stehen wir euch bei, nicht nur in euren Versuchen, das Alte zu überwinden, sondern auch mit dem Neuen zu experimentieren. Wir protestieren nicht. An wen könnte sich unser Protest richten? Welche Forderungen könnten wir stellen, die sie erfüllen würden? Wir besetzen. Wir holen uns dieselben öffentlich genutzten Räume zurück, die von einer gesichtslosen Bürokratie, der Immobilienbranche und im Namen polizeilichen "Schutzes" zu einer Ware gemacht, privatisiert und abgeriegelt wurden. Haltet an diesen Räumen fest, nährt sie und lasst die Besetzungen wachsen. Denn wer hat diese Parks, diese Plätze und diese Gebäude gebaut? Wessen Arbeit hat sie ins Leben gerufen und zu lebenswerten Orten gemacht? Warum sollte es als so natürlich erscheinen, dass sie uns polizeilich vorenthalten werden können? Sich diese Räume zurück zu erobern und diese gerecht und kollektiv zu verwalten, ist Beweis genug für unsere Legitimation.

Bei unseren eigenen Besetzungen des Tahrir-Platzes haben wir Leute getroffen, die jeden Tag in Tränen den Platz betraten, weil es das erste Mal war, dass sie durch diese Straßen gehen konnten, ohne von der Polizei belästigt zu werden; nicht nur Ideen sind wichtig, auch diese Räume sind fundamental für die Möglichkeit einer neuen Welt. Es handelt sich um öffentliche Räume. Räume für Zusammenkünfte, Freizeit, Treffen und Interaktion – diese Räume sollten der Grund dafür sein, dass wir in Städten leben. Wo der Staat und die Interessen der Eigentümer_innen sie unzugänglich, exklusiv oder gefährlich gemacht haben, liegt es an uns, sie sicher, zugänglich und gerecht zu machen. Wie bisher müssen wir dafür sorgen, dass diese Räume allen offen stehen, die eine bessere Welt erschaffen wollen, speziell den Marginalisierten, Ausgegrenzten und jenen Gruppen, die das Schlimmste erleiden mussten.

Was ihr in diesen Räumen tut, ist weder so großartig und abstrakt noch so alltäglich wie die "reale Demokratie"; die im Entstehen begriffenen Formen der Praxis und des sozialen Engagements der "Occupy-Bewegung" vermeiden die leeren Ideale und den faden Parlamentarismus, die den Begriff der Demokratie mittlerweile repräsentieren. Und so müssen die Besetzungen weiter gehen, weil niemand mehr da ist, der_ die um Reformen gebeten werden könnte. Sie müssen weiter gehen, weil wir das erschaffen, worauf wir nicht länger warten können.

Aber die Ideologien des Eigentums und des Anstands werden wieder in den Vordergrund treten: Sei es durch die offenkundige Opposition der Eigentümer_innen oder der Stadtverwaltungen gegen eure Camps oder durch die subtileren Versuche der räumlichen Kontrolle durch Verkehrsregeln, Anti-Camping-Gesetze oder Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften. Es gibt einen direkten Konflikt zwischen dem, was wir aus der Stadt und unseren Räumen machen wollen und dem, was uns die Gesetze und die Kontrollapparate dahinter vorschreiben.

Wir waren mit solch direkter und indirekter Gewalt konfrontiert und sind es immer noch. Jene, die sagten, die ägyptische Revolution sei friedlich gewesen, haben weder die Grausamkeiten gesehen, mit denen uns die Polizei begegnete, noch haben sie den Widerstand und den Druck der Revolutionär_innen gesehen, die gegen die Polizei angewendet wurden, um ihre provisorischen Besetzungen und Räume zu verteidigen; nach Regierungsangaben wurden 99 Polizeiwachen dem Feuer übergeben, tausende Polizeiautos zerstört und alle Einrichtungen der Regierungspartei niedergebrannt. Barrikaden wurden errichtet, Polizist_innen wurden zurückgeschlagen und mit Steinen beworfen, sogar als sie uns mit Tränengas und scharfer Munition beschossen. Aber am Ende des 28. Januars 2011 zogen sie sich zurück und wir haben unsere Städte zurück gewonnen.

Es ist nicht unser Wunsch, uns auf Gewalt einzulassen. Aber es ist noch weniger unser Wunsch, zu verlieren. Wenn wir uns nicht aktiv wehren, wenn sie kommen um uns das zu nehmen, was

wir zurückgewonnen haben, dann werden wir mit Sicherheit verlieren. Verwechselt nicht die von uns verwendete Taktik, als wir "friedlich" schrien, mit der Fetischisierung von Gewaltlosigkeit; wenn der Staat gleich aufgegeben hätte, wären wir hocherfreut gewesen, aber da sie versuchten, uns zu missbrauchen, zu schlagen, zu töten, wussten wir, dass es keine andere Möglichkeit gab, als zurück zu schlagen. Hätten wir uns niedergelegt, um verhaftet und gefoltert zu werden und um als Märtyrer_in "für die Sache" zu sterben, wären wir nicht weniger blutverschmiert, geschlagen und tot. Seid vorbereitet auf die Verteidigung dieser Dinge, die ihr besetzt habt und die ihr aufbaut, denn: nachdem uns alles andere genommen wurde, sind diese zurück eroberten Räume so kostbar.

Um zu einem Schluss zu kommen, ist unser einziger wirklicher Ratschlag

an euch, weiter zu machen. Geht weiter und hört nicht auf. Besetzt mehr, findet euch, bildet größere und immer größere Netzwerke und bleibt dabei, neue Wege zu entdecken, um mit dem sozialen Leben, dem Konsensprinzip und der Demokratie zu experimentieren. Entdeckt neue Arten, diese Räume zu benutzen, entdeckt neue Arten, sie zu halten und nie mehr aufzugeben. Wehrt euch mit allen Mitteln, wenn ihr angegriffen werdet, aber habt auf der anderen Seite Freude an dem, was ihr tut, seid unbeschwert, ja sogar vergnügt. Wir alle beobachten uns jetzt gegenseitig und aus Kairo wollen wir euch mitteilen, dass wir solidarisch mit euch sind und dass wir euch für alles lieben, was ihr tut.

***Comrades from Cairo / Genoss_innen aus Kairo***

*24. Oktober 2011*

# Kairo, Mitte Dezember...

*Dies ist ein kleiner Ausschnitt der Ereignisse um den 17.12.2011 in Kairo. Er ersetzt keine fundierte Einschätzung der Situation, vermittelt aber einen Eindruck von der Entwicklung der, von den westlichen Regierungen geförderten, Militärherrschaft in Ägypten. Wir können hier nicht tagesaktuell sein, die Arbeit musst du dir selber machen. Informiere dich und unterstütze die Aktivist_innen, die ihr Leben riskieren, um die entstehende Militärdiktatur zu verhindern. AB.*

Infos von Al-Jazeera International, 17. Dezember
Am Freitag, den 16. Dezember beginnen gegen 4 Uhr morgens Kämpfe, um das Sit-in vor dem Kabinettsgebäude, direkt hinter dem Tahrir. Seit zwei Wochen protestieren einige Hundert dort gegen die Ernennung Al-Ghanzawis zum neuen Premierminister. Bereits zwei Tage zuvor kam es zu einem Zwischenfall – freiwillig gespendetes Essen stellte sich als vergiftet heraus, dutzende Protestierende mussten mit teils schweren Vergiftungen ins Krankenhaus. Der unabhängige Sender Al-Mehwar zeigte später ein Video der Anlieferung des Essens von einer offenbar wohlhabenden Dame mit schwarzem Wagen – der kein Nummernschild trägt. Am frühen Morgen des 16. Dezember kommt ein Protestierender, der das Camp einige Stunden zuvor verlassen hatte, blutüberströmt und schwer verletzt zurück – er ist aufgegriffen, verprügelt, mit Elektroschocks gefoltert worden. Die Armee behauptet, Protestierende hätten Wachleute des Parlaments angegriffen, die Protestierenden sprechen von einem Angriff und gewaltsamer Räumung des Sit-in. Die Soldaten prügeln wild auf jeden ein, den sie zu fassen kriegen, währenddessen werfen Soldaten Steine, große Glas- und Porzellanscherben vom Dach des Parlamentsgebäudes, zahlreiche Protestierende tragen teils schwere Schnittwunden davon. Tausende stürmen herbei, um den Angriff zurückzuweisen. Schwere Straßenschlachten rund um den Tahrir-Platz, die sich erst zum Abend hin beruhigen. Berichten zufolge brechen in mehreren umliegenden Gebäuden Feuer aus.
Unter den am 16. Dezember getöteten ist auch Imad Effat, ein sehr bekannter und geachteter Iman und islamischer Rechtsgelehrter, der seit Januar die Proteste auf dem Tahrir-Platz unterstützt hat. Beim seinem heutigen Begräbnis in der Al-Azhar-Moschee sammelten sich Tausende zum Protest und zogen am frühen Abend zum Tahrir-Platz, wo die Zusammenstöße andauerten. Die größte Staatszeitung Ägypten Al-Ahram veröffentlichte heute ein gefälschtes Interview mit seiner Frau, worin sie erzählt, er sei

zum Sit-in am Kabinettsgebäude gegangen, um die Protestierenden zum Aufgeben zu überreden und sei von einem Protestierenden erschossen worden. Seine Frau, selbst Journalistin, protestierte scharf: Dies sei ein komplette Lüge, ihr Mann habe an den Protesten teilgenommen und sei von einem Soldaten aus nächster Nähe erschossen worden.
Am Morgen des 17. Dezember steht das historische Wissenschaftliche Nationalinstitut in Flammen. Die Feuerwehr trifft erst spät ein, Tausend teils jahrhundertealter Schriften verbrennen.
Tahrir, 13 Uhr. Die Armee stürmt den Platz, brennt alle Zelte ab. Die Feldkrankenhäuser der Protestierenden werden gestürmt, Ärzte, Helfer und Verletzte verhaftet. „Die prügeln den Leuten die Seele aus dem Leib, auch den Ärzten und freiwilligen Helfern" schreibt ein Aktivst auf Twitter. Zugleich stürmt Militärpolizei die Sendestationen und gemietete Wohnungen von ägyptischen und ausländischen TV-Sendern, wirft die Ausrüstung aus dem Fenster oder beschlagnahmt sie. TV-Sender , die zunächst über die Attacke berichteten, mussten kurze Zeit später die Berichterstattung abbrechen.
Am Nachmittag schreibt die Bloggerin Zeinobia: „Up till now there is no a real channel TV transferring what it is taking place properly."
Ein Video zeigt die surreale Situation des Angriffes: Soldaten, die prügeln und Zelte niederbrennen, während die Muezzine der umliegenden Moscheen zum Mittagsgebet rufen…
Die Armee schlägt und verhaftet auf dem Tahrir und in den umliegenden Straßen jeden, den sie in die Finger bekommt. Brutale Übergriffe, scharfe Schüsse, heftige Straßenschlachten, die um Mitternacht in der Qasr el-Aini Straße zwischen Tahrir und Nil andauern, Molotovs und Steine von beiden Seiten…

Nieder mit der Armee

Updates 18. Dezember
- Laut Anwältin Ragia Omran wurden gestern Nacht bei den Zusammenstößen in der Qasr el-Aini Straße am Tahrir 150 Männer und 9 Frauen festgenommen, sollen heute vor Militärgerichten stehen.
- Frauen wollen sich heute am Tahrir versammeln und gemeinsam in die erste Reihen der andauernden Kämpfe in der Qasr el-Aini Straße zu ziehen um einen „Puffer" zwischen Protestierende und Soldaten zu schaffen
- ein Foto ist aufgetaucht: Der Mann der Feuer im Wissenschaftsinstitut legte, ist offenbar ein Soldat.
- Informationen über äußerst brutale Folter der Verhafteten: Der junge Frau, die auf einem Foto eine ältere zu schützen versucht und dann weggezerrt wird, wurden die Haare bis zur Kopfhaut abgebrannt und ein T in den Kopf gebrannt – T wie Tantawi, der Armeechef
Aktivisten haben eine Playlist auf Youtube gestellt: 124 Videos von Menschenrechtsverletzungen seit die Armee im Februar die Macht übernommen hat.

**on n'oublie rien…**
Am 17. Dezember um 19.30 Uhr schickt Pierre Soufi, berühmter Künstler, Kunstprofessor und mit seiner immer offenen Dachgeschosswohnung über dem Tahrir einer der nachhaltigsten Unterstützer der Revolution, den Link zu einem Lied von Jaques Brel über Twitter: on n'oublie rien…"
Das Lied zum Ende der Revolution? Während Jaques Brel über das Nicht-Vergessen-Können singt, darüber, dass man sich nur gewöhne an den Schmerz, zerschlagen Soldaten 9 Stockwerke unter Soufis Appartement die Reste der Bewegung, die vor 10 Monaten den Präsidenten Mubarak stürzte und damit das Militär, das bisher nur im Hintergrund herrschte, an die Macht brachte. Damals, als die Demonstrant_innen Soldaten küssten, ihnen Rosen reichten und ihre Neugeborenen, hätte wohl kaum jemand erwartet, so bald die Bilder zu sehen, die jetzt durchs Netz gehen, Bilder von einer solchen Brutalität, Arroganz, Zerstörungswut, dass selbst die, die bisher noch immer, in blinder Hoffnung, vielleicht auch größter Naivität und Einfalt, immer noch das Militär verteidigt hatten, ihm zumindest eine Chance geben wollten, sprechen offen von einem „Militärputsch" bzw. dessen endgültiger Manifestation.

**„Egypt is on fire, we are fucked simply fucked nation in disaster, the buildings are on fire…"**
(Zeinobia, Bloggerin, auf Twitter)
1. Es ist die Armee selbst, die angreift – während der „zweiten Revolution" im Juli, der „dritten" Ende November war es immer die Polizei bzw. die Riot-Polizei CSF (deren rund 300.000 Angehörige dem Militär zugehören) die

vorgeschickt wurde, die Protestierenden anzugreifen – doch um ihr Image scheint sich die Armee kein bisschen mehr zu kümmern.

2. Die Soldaten greifen mit äußerster Brutalität und Schonungslosigkeit an. Die offensichtliche Strategie: wenig Verhaftungen, pure Gewalt. Zahlreiche Videos zeigen das Vorgehen: Wen immer sie kriegen, den umzingeln Dutzende, treten und schlagen mit Stöcken auf die Festgehaltenen ein, bis diese schwer verletzt, bewusstlos oder tot sind, dann lassen sie die leblosen Körper auf der Straße liegen und ziehen weiter. Mit scharfen Schüssen strecken Soldaten Protestierende nieder, die ihnen zu nahe kommen oder schon am Boden liegen. Die Angriffe treffen jeden, junge Männer, ältere Frauen. Die offizielle Zahl der Toten liegt momentan bei 10, die der Verletzten um 500, die Zahlen stammen von der Regierung und dürften um ein Vielfaches höher sein.
Von Zuckerbrot und Peitsche, Repression und Propaganda, Strategie der Armee bis September, ist endgültig nur letzteres geblieben. Zahlreiche Fotos belegen, wie Soldaten den Protestierenden das Siegeszeichen, den Mittelfinger (oder gleich ihren Schwanz zeigen).

3. Aktivisten berichten von einer Vielzahl, auch von systematischen sexuellen Übergriffen. Am meisten Aufsehen erregt hat in den letzten Stunden das Foto und Video, wie Soldaten eine verschleierte Frau niederknüppeln, ihr bis auf den BH die Kleider vom Leib zerren, sie über die Straße schleifen und sie dann nackt und leblos liegen lassen.

4. Anders als alle Monate zuvor verschont die Armee nun keineswegs mehr die gut gebildeten und aus bekannten Familien stammenden Blogger und bekannten Aktivist_innen, die – bis zur Verhaftung Alaa Abd el-Fattahs vor sechs Wochen – meist verschont wurden. Es scheint im Gegenteil nun so, dass gerade diese ein Hauptziel der Angriffe sind: Fast alle der bekannten Aktivisten und Medienaktivisten, die versuchten, die Übergriffe von gestern und heute zu dokumentieren, wurden schwer verletzt, brutal zusammengeschlagen oder sind in Haft. Manche wurden auch weiter entfernt vom Tahrir angegriffenen. Angehörige der oppositionellen Al-Adl Partei wurden offenbar in ihrer Parteizentrale verhaftet, sie kamen einige Stunden später frei, sind aber teils schwer verletzt.

5. Ein zweites Ziel war jede Art von Medien. Noch während der heutigen Attacke auf den Tahrir stürmte Militärpolizei in- und ausländische TV-Stationen, die rund um den Tahrir Wohnungen oder Hotelzimmer gemietet hatten oder Studios besaßen, warfen Equipement aus dem Fenster oder beschlagnahmten es. Berichten zufolge schossen (!) die Soldaten auf jeden, der einen Fotoapparat, eine Kamera hatte oder nur mit dem Handy filmte.
Gleichzeitig wurde sowohl die Zensur als auch die Propaganda in den staatlichen Medien verstärkt: Die (unabhängige) Zeitung Al-Masry Al-Youm nahm am Samstag Abend ein wenige Stunden zuvor hochgeladenes Foto der attackierten Frau von der Webseite. Neben gefälschten Artikeln (s.u.) veröffentlichte das Staatsfernsehen ein Video, das zeigt, wie angeblich Protestierende das Parlamentsgebäude mit Steinen attackieren und sagt aus, es sei seine Pflicht, das Parlament zu schützen und gegen die ‚aus dem Ausland gesteuerten' Angreifer vorzugehen. Die Armee verbreitete daneben, Protestierende hätten das historische Nationalinstitut angezündet und tausende jahrhundertealter Schriften zerstört. Aktivisten werfen der Armee vor, das Gebäude selbst angezündet zu haben. Am späten Sonntag Abend intensiviert das Staatsfernsehen die Hetze gegen die Protestierenden: Es spricht von „feindlichen Elementen aus den dem Ausland" und zeigt offenbar bezahlte thugs [Rowdys, Randalierer], die weinend ‚gestehen', sie seien von Protestierenden einer Gehirnwäsche unterzogen und bezahlt worden, um Molotov-Cocktails auf die Armee zu werfen.

gekürzt von:
***egyptianspring.blogsport.de***

*(Dort gibt es viel zur Situation in Ägypten auf englisch und ab und zu auf deutsch.)*

Deutschsprachiges Recherchejournal zu den Aufständen im arabischen Raum und dem Maghreb:
***uprising.blogsport.de***

# Neonazistischer Terror und Staatsterrorismus oder Was wäre die NSU ohne den Verfassungsschutz?

Die späteren Mitglieder des Nationalistischen Untergrund/NSU waren jahrelang in neonazistischen ›Freien Kameradschaften‹ organisiert.Zu deren Credo gehört, alles, was nicht deutsch genug aussieht, in Angst und Schrecken zu versetzen, mit dem Ziel,›national befreite Zonen‹ zu schaffen. Dazu zählten Angriffe auf MigrantInnen und Geschäfte, die diesen gehörten genauso, wie Angriffe auf antifaschistische Gruppierungen und deren Mitglieder. Dass Todeslisten von diesen organisierter Neonazis existieren, ist seit langen - auch den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden - bekannt. Obwohl die Polizei 1998 in Jena eine Bombenwerkstatt der späteren Mitglieder des NSU entdeckte, über 1,4 Kilo Sprengstoff und Rohrbomben beschlagnahmte, wurden Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe nicht verhaftet. Sie nutzen diese staatliche Fürsorge und tauchten ab. Bislang werden im Zeitraum zwischen 2001 und 2006 zehn Morde, denen fast ausschließlich Menschen türkischer Herkunft zum Opfer fielen, dem Nationalistischen Untergrund/NSU zugeordnet. Zwei Mitglieder des NSU sollen sich 2011 das Leben genommen haben, das dritte Mitglied, Beate Zschäpe, soll am selben Tag das Haus in dem sie zusammen gewohnt hatten, in Brand gesteckt haben.

Über 13 Jahre wurde die Mordserie stereotyp und unisono einem kriminellen, ausländischen Milieu zugeordnet. Von ›Döner-Morden‹ war die Rede. Die hier vorgestellten Thesen stützen sich auf bisher in die Öffentlichkeit gelangtes Material. Angesichts der Tatsache, dass über 13 Jahre staatliche Ahnungslosigkeit geherrscht haben soll und nun im Stundentakt neue Fakten und Indizien an die Öffentlichkeit gelangen, darf man davon ausgehen, dass einiges, was hier offen bleiben muss, in wenigen Tagen geklärt ist.

### Über Synergien zwischen neonazistischem Terror und Staatsterrorismus

Über 13 Jahre verbreiteten Polizei, Verfassungsschutzbehörden und Medien über die politischen Motive der neun Morde eine Version. Es handele sich dabei um Abrechnungen innerhalb eines kriminellen und ausländischen Milieus. Obwohl genau dieses Motiv in keinem einzigen Fall bewiesen werden konnte, blieben alle bei dieser Version, obwohl den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden auch andere Indizien, Zeugenaussagen und Hinweise vorlagen. Ihre Unterschlagung ist kein Fehler, sondern Ausdruck einer politisch motivierten Vorgehensweise. Wenn Polizei, Verfassungsbehörden und Presse dieser Mordserie das Brandmal ›Döner-Morde‹ geben, wenn sich eine Sonderkommission der Polizei den Namen ›Soko Bosporus‹ gibt, dann verschweigen sie nicht nur rassistische, neonazistische Motive, sie bedienen sich genau dieser rassistischen Zuschreibungen. Wenn innerhalb von Tagen und Stunden Fakten, Indizien, Beweise und Zusammenhänge auftauchen, die die Morde einer neonazistische Terrorgruppe zuordnen können, dann haben Polizei und Verfassungsschutzbehörden nicht schnell gearbeitet, sondern auf alles zurückgegriffen, was jahrelang in diesen Ämtern unter Verschluss gehalten wurde. Was heute so schnell, so schlagartig auftaucht, sind jahrelang unterschlagene Akten, seit Jahren gesicherte Spuren und Indizien.

Die Erleichterung über die so schnelle Aufklärung dieser unfassbaren Mordserie ist für alle Unbeteiligten nachvollziehbar. Diese mit der Anti-Terror-Einheit GSG-9 ins Bild gesetzten Erfolge verdecken jedoch eine entscheidende Frage: Warum ist jetzt etwas möglich, was über 13 Jahre mit allen Mitteln verhindert wurde? Wer hat das Schloss dieser konzertierten Vertuschung geknackt? Welches Ereignis hat das Fass zum Überlaufen gebracht? War es der Mord an die Polizistin Michèle Kiesewetter 2006? Ein Mord, der die Spannungen zwischen Polizei und Verfassungsbehörden auf die Spitze treiben musste, gerade dann, wenn eine Kollegin ermordet werden konnte, weil Verfassungsbehörden einen schützende Hand über die Mitglieder der NSU hielten? Dass der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter der mögliche Wendepunkt war, wird plausibel, wenn die lange lancierte Behauptung, man hätte diesem Mordanschlag weder ein politisches Motiv, noch mögliche Täter zuordnen können, in sich zusammenbricht. Das Magazin Stern veröffentlichte Auszüge aus einem Observationsprotokoll des US-Militärgeheimdienstes „Defense Intelligence Agency (DIA)“ von jenem Tag. Darin wird detailliert beschrieben, dass in diese Schießerei nicht nur besagte Polizei-

beamte, sondern auch ein Mitarbeiter des Verfassungschutzes involviert waren. Nicht nur die Anwesenheit von Verfassungsschutzbeamten ist darin vermerkt, sondern ein weiteres wichtiges Detail. In dem Protokoll wird festgehalten, dass es sich bei den Attentätern um „right wing operatives", also um Neonazis handelte. Wenn dieses Protokoll unwidersprochen bleibt, stellt sich die Frage: Wie konnten die Mörder ‚unerkannt' entkommen? Zum anderen stände zumindest fest, dass der Verfassungschutz über fünf Jahre sein Wissen bzw. seine Beteiligung an diesem Mordanschlag vertuscht bzw. verschwiegen hatte.

**Die Legende von den „spurlos Verschwundenen"**

Es ist eine Legende, dass die im Jahr 1998 abgetauchten Neonazis ›spurlos‹ verschwunden seien. Tatsache ist vielmehr, dass diese Neonazis nur abtauchen konnten, weil sie den Schutz von Verfassungsbehörden genossen. Unter Berufung auf das Thüringer Landeskriminalamt berichtete der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR), »dass die drei Hauptverdächtigen 1998 kurz nach ihrem Untertauchen von Zielfahndern aufgespürt worden waren. Ein Sondereinsatzkommando der Polizei habe die Möglichkeit zum Zugriff gehabt, sei aber im letzten Moment zurückgepfiffen worden.« Wer hat die Polizei daran gehindert, wenn nicht der Verfassungsschutz in Thüringen, der unter Berufung auf höhere, gewichtigere Interessen Polizeiaktionen unterbinden kann? Dass die NSU-Mitglieder ganz und gar nicht spurlos verschwunden sind, belegen weitere Indizien: Sowohl Beate Zschäpe, als auch Uwe Mundlos, verfügten über legal-illegale Papiere, mit denen sie sicher reisen konnten: Beide verfügten über auf falsche Namen ausgestellte Reisepässe, was über die sächsische Meldebehörde abgewickelt wurde. (FAZ) Wie ungestört sie damit reisen konnten, belegen staatliche ›Reisebegleiter‹ des Bundeskriminalamtes/BKA: »Böhnhardt und Mundlos sollen im September 1998 in Budapest geortet worden sein. Im August 2000 wurden sie angeblich in Bulgarien aufgespürt. Das war einen Monat vor dem mutmaßlichen ersten Mord.« (FAZ) Parallel dazu hielten V-Männer des Verfassungsschutzes direkt und/oder indirekt (über ihre Unterstützer) Kontakt zu den komfortabel Untergetauchten.
Die Behauptung, dass die Mordserie nicht mit neonazistischen Tätern in Verbindungen gebracht werden konnte, weil das typische Bekennerschreiben fehlte, ist vorsätzlich irreführend. Den ermittelnden Behörden waren die Verbindungen zwischen deutschen neonazistischen und ›Blood & Honour‹- und ›Combat 18‹ - Gruppen bekannt. Diese propagieren seit Jahren einen Rassenkrieg, der gezielte (Mord-)Anschläge auf MigrantInnen miteinschließt. Explizit verzichten sie dabei auf Bekennerschreiben, da sie ganz auf eine Strategie der Angst und des Terrors setzen.
Die ›Versäumnisse‹ und ›Pannen‹, die Polizei- und Verfassungsbehörden einräumen, werden mit mangelnder Zusammenarbeit erklärt. Dies geht mit der Forderung einher, dass in Zukunft Polizei und Verfassungsschutz enger und koordiniert (in Lagezentren) zusammen arbeiten müssten. Diese Eingeständnisse führen nicht nur in die Irre, die Forderung nach koordinierten Lagezentren stellt eine weitere Verhöhnung der Opfer dar. Dass über 13 Jahre eine Mordserie als Milieutaten unter Ausländern ausgegeben werden konnte, dass eine Festnahme der (späteren) drei NSU-Mitglieder verhindert wurde, dass V-Männer verschiedener Verfassungsbehörden Kontakt zum Umfeld und möglicherweise zu den Mördern selbst hatten, beweist gerade, dass Verfassungsbehörden hervorragend zusammen gearbeitet haben. Nicht die fehlende Zusammenarbeit hat die Mordserie möglich gemacht, sondern die politische, geistige Nähe, die Verfassungsschutzbehörden zu neonazistischen Gruppierungen hatten und haben. Dass der Umstand, dass jeder dritte in Deutschland rassistische und nationalistische Theoreme teilt, keine anonyme Größe ist, belegt der ehemalige Verfassungsschutzchef in Thüringen Helmut Roewer, der von 1994 bis 2000 das Sagen hatte. Unter seiner Führung wurden nicht nur V-Männer (wie Tino Brandt und Thomas Dienel z.B.) in neonazistischen Kameradschaften (Anti-Antifa-Ostthüringen und Thüringer Heimatschutz) finanziert, deren ›Vergütungen‹ (über 200.000 Mark alleine über den V-Mann Tino Brandt) direkt in den Aufbau dieser Organisationen flossen. Für ihn stellten antifaschistischen Aktivitäten eine größere Gefahr als neonazistische Kameradschaften dar, deren Handlungen er als »Propagandadelikte« (Die Zeit) verharmloste. All das tat dieser Mann nicht aus Unwissenheit, sondern auf dem Hintergrund einer politischen Gesinnung, die ohne Umschweife an neonazistische Theoreme herreicht. 1999 war er Gast einer Podiumsveranstaltung: »Er sprach damals über das ›Dritten Reich‹ und dass man ältere Menschen verstehen müsse, die nicht nur schlechte Seiten daran gesehen hätten.« (Die Zeit)
Dass es nicht an fehlender Zusammenarbeit lag, die die Mordserie möglich gemacht hatte, sondern an der Übereinstimmung in rassistischen Grundannahmen, die in Verfassungsschutzbehörden

geteilt wurden, belegt ein weiteres Beispiel: Im April 2006 wurde der Inhaber eines Internetcafés in Kassel ermordet. Kassel liegt in Hessen und zur Mordzeit und am Tatort war auch Andreas Temme, ein Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes zugegen. Dieser Verfassungsschutzbeamte war nicht nur im ›Sachgebiet Ausländerextremismus‹ beschäftigt, er hatte auch Papiere neonazistischer Gruppierungen zu Hause und Auszüge aus ›Mein Kampf‹. Außerdem führte dieser Beamte einen V-Mann, einen deutschen Neonazi, »der vor seiner Anwerbung dreimal bei Kundgebungen in Thüringen gewesen sein soll.« (FR) Die letzte Version, die seine Anwesenheit erklären soll, lautet zur Zeit: Er sei rein zufällig und privat dort gewesen und hätte ahnungslos an der Theke bezahlt, während der Besitzer bereits tot hinter der Theke lag. Würde irgend jemand dieser Serie von Zufälligkeiten Glauben schenken, wenn es um die Aufklärung einer ›linken Straftat‹ ginge? Und, angenommen, es wäre so: Warum verschwieg der damalige hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) all diese beruflichen Implikationen?

Dass neonazistische Lebenseinstellungen nicht nur in Kameradschaften Platz finden, sondern auch in staatlichen Behörden, bekam Michel Friedman, ehemaligen Vize-Präsidenten des Zentralrats der Juden, zu spüren. Als Personenschützer wurden ihm vom hessischen Innenministerium 2007 auch Neonazis zur Seite gestellt: »Der Einsatz von drei möglicherweise rechtsradikalen Polizisten als Personenschützer des ehemaligen Vize-Präsidenten des Zentralrats der Juden, Michel Friedman, hat heftige Kritik beim Zentralrat ausgelöst. Zentralrats-Präsidentin Charlotte Knobloch zeigte sich über den Vorfall ›entsetzt und schockiert‹. Sie kritisierte auch die Frankfurter Staatsanwaltschaft, die zwei von drei Verfahren gegen die Polizisten eingestellt hat. ... Zur Einstellung der Verfahren meinte sie: ›Es ist nicht hinnehmbar, wenn das Posieren eines Polizeibeamten in einer SS-Uniform und das stolze Herumzeigen dieser Aufnahmen im Kollegenkreis von der Staatsanwaltschaft im vorauseilenden Gehorsam als Kavaliersdelikt eingestuft werden.‹« Der oberste Dienstherr war damals der Innenminister Volker Bouffier (CDU), der es mit dieser Einstellung bis zum hessischen Ministerpräsidenten geschafft hat. Wie in Thüringen, aber auch in Hessen mit nationalsozialistischen Verbrechen umgegangen wird, beschreibt der letzte Akt in diesem Fall: Einer der abgezogenen Personenschützer wurde anschließend in die Staatsschutzabteilung des LKA versetzt, wo er mit der Fahndung nach untergetauchten NS-Tätern beschäftigt wurde.

**Die Selbstmordthese ist so evident wie die Behauptung, die NSU-Mitglieder seien spurlos verschwunden**

Der Tod der beiden NSU-Mitglieder in Zwickau im November 2011 wird unisono als Selbstmord ›kommuniziert‹. Diese Version wird in allen Medien vertreten, obwohl dieselben Medien einräumen, dass sie sich jahrelang an der Nase herumführen ließen, dass sie mitgeholfen haben, falsche Fährten festzutreten. Allein die Tatsache, dass es für den Tathergang am 7. November 2011 zwei gravierend voneinander abweichende Versionen gibt, müßte stutzig machen. Die erste Version entstand kurz nach dem Überfall und wird von der Thüringer Allgemeine, die sich dabei auch auf Polizeiangaben stützte, so beschrieben: Die Bankräuber benutzten bei ihrem Banküberfall einen Caravan, dessen Spur auch Stunden später zu den NSU-Mitgliedern führte. Die Beamten näherten sich dem verdächtigen Caravan. Dann hörten sie „aus dem Innenraum zwei Knallgeräusche“..... Kurz darauf brannte der Caravan und dann war alles vorbei. Die zweite Version ist über zwei Monate jünger, ganz frisch und stammt vom Polizeidirektor Michael Menzel, Leiter der Soko in Thüringen, der ebenfalls mit seinen Polizeibeamten am selben Tatort war: Dieses Mal benutzten die Täter Fahrräder für ihren Banküberfall. Dieses Mal wurden diese ihr Verhängnis. Als die Beamten auf den Caravan stießen, wurden sie sofort mit MP-Salven empfangen: „Wir wussten, dass sie scharfe Waffen hatten. Sie haben sofort auf uns geschossen“, sagt Menzel.“ (Polizeidirektor Michael Menzel, Leiter der Soko in Thüringen/ Bild.de). Dann soll die MP geklemmt haben, worauf die Schützen sich selbst umbrachten. Beide Versionen werden von Polizeibeamten erzählt. Welche Polizisten, welche Version ist echt? Aufgrund des Umstandes, dass beide Versionen in entscheidenden Punkten diametral voneinander

abweichen, sind nuancierte Wahrnehmungsunterschiede auszuschließen. Naheliegender ist also, dass die erste und/oder zweite Version keinen Tathergang rekonstruieren. Sie dienen vor allem dazu, den aktuellen Legendenstatus bzw. die neu entstandene Aktenlage zu befriedigen. Abgesehen von den komplett verschiedenen Tathergängen,wird als Motiv der schwer bewaffneten Neonazis ihre »aussichtslose Lage« angeführt. Was war daran aussichtslos? Wenn irgend jemand über 13 Jahre hinweg im ›Untergrund‹ sicher war, dann war es der Nationalsozialistische Untergrund/NSU! Was war an dieser staatlich lizenzierten Erfolgstory aussichtslos? Warum sollten/konnten die Neonazis nicht auch dieses Mal auf Hilfe „von oben" setzen? Warum sollte eine klemmende MP der Grund sein, sich selbst zu erschießen, anstatt alle anderen Waffen zu benutzen? Und wenn der 7. November 2011 ausnahmsweise aussichtslos war: Warum bringen sich Neonazis um, verbrennen gleichzeitig sich und den Campingwagen?

Warum war Beate Zschäpe bei dem Banküberfall nicht dabei ? Wer hat sie informiert? Die beiden Neonazis, die zuerst mit der MP um sich schossen, mit der linken Hand mit Beate Zschäpe telefonierten und mit der rechten den Wohnwagen in Brand setzten, und zum Abschluss sich selbst umbrachten? Und wenn man alles glaubt und für möglich hält: Welchen Grund sollte Beate Zschäpe gehabt haben, sich den Behörden zu stellen, wo sie vier Tage hatte, abzutauchen? Das In-Brand-Setzen des Campingwagens, das Abbrennen des Basislagers/Hauses in Zwickau macht nur Sinn, wenn jemand nicht an den Tod denkt, sondern an die Zeit danach. An Spuren, die über die Toten hinausweisen könnten. Verräterische Spuren also, um die sich in aller Regel nur Lebende sorgen.

**Inszenierter Selbstmord?**

Der Brand des Hauses in Zwickau, das In-Brand-Stecken des Wohnwagens, in dem sie sich umgebracht haben sollen, lässt andere Motive viel plausibler erscheinen. Wurde hier etwa ein Selbstmord inszeniert, der vor allem der Beseitigung von Spuren diente, an die Aussichtslose keine Sekunde denken würden? Warum wird nicht der Möglichkeit nachgegangen, dass die beiden NSU-Mitglieder beseitigt, ermordet, abgeschaltet wurden? Alleine die Tatsache, dass in dem abgebrannten Haus in Zwickau legal-illegale Papiere gefunden wurden (die den Brand überstanden haben), also amtlich gefälschte Identitäten, verstärkt doch den vielfach belegten Verdacht, dass es zwischen diesen NSU-Mitgliedern und Verfassungsschutzbehörden ›Verbindungen‹ gab, die über Kontakte zu V-Männern weit hinausgingen: »Nach Informationen des Tagesspiegels konnte ein Mitglied des NSU, Uwe Mundlos, über eine sächsische Meldebehörde an einen falschen Reisepass herankommen. Die Meldebehörde habe auf der Basis eines ebenfalls gefälschten Personalausweises einen so genannten legalen illegalen Reisepass ausgestellt, hieß es aus Sicherheitskreisen.« (Der Tagesspiegel) Die Legitimation des Verfassungsschutzes wird immer wieder damit begründet, dass die von ihm finanzierten V-Männer Einblick in neonazistische Strukturen gewähren, um Straftaten und Verbrechen zu verhindern. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Ohne das Zutun verschiedener Verfassungsschutzbehörden wäre die Mordserie nicht möglich gewesen. Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch der SPD-Abgeordnete Gentzel: »Unter Roewers Ägide sei es in der Behörde ›drunter und drüber gegangen‹ - eine Unterstützung des Mordtrios hält Gentzel deshalb durchaus für möglich.« (Die Zeit)

**Braune Zellen**

Wie viele ›braune Zellen‹ gibt es in Polizei- und Verfassungsdienststellen, wenn man davon ausgehen muss, dass systematisch Spuren falsch gelegt, Spuren, die zu neonazistischen Organisationen geführt hätten, verschwiegen und unterschlagen wurden, Festnahmen, die möglich gewesen wären, verhindert wurden? Christian Schlüter, ein Frankfurter Rundschau-Redakteur stellte am Ende seiner Betrachtungen die Frage: »Was hindert uns noch daran, von Staatsterrorismus zu reden?«
Die Faktenlage ist es jedenfalls nicht.
Fügt man alle bis heute aufgetauchten Indizien, Spuren und Beweise zusammen, darf festgehalten werden:
**Die Existenz des Nationalsozialistischen Untergrundes/NSU ist ohne die NPD denkbar, aber nicht ohne die finanzielle, logistische und geheimdienstliche Unterstützung des Verfassungsschutzes in Thüringen.**
Bevor man in die Forderung einstimmt, die NPD müsse verboten werden, sollte man einen Vorschlag ernsthaft prüfen: Wenn man den Verfassungsschutz abschaltet, hätte man zumindest das staatliche Umfeld neonazistischer Ideologien und Organisationen ›trocken

gelegt‹. Danach wüsste man zumindest zweifelsfrei, was von der NPD noch übrig bliebe, wenn alle V-Männer abgezogen, alle finanziellen Unterstützungsleistungen und alle logistischen Hilfen eingestellt worden wären. Einer hatte schon einmal Angst bekommen, Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech: »Wenn ich alle meine verdeckten Ermittler aus den NPD-Gremien abziehen würde, dann würde die NPD in sich zusammenfallen.« Und solange Polizei- und Landesführungen fortgesetzt mit Tausenden von Polizeibeamten neonazistische Aufmärsche schützen, unter dem Credo: Die größte Herausforderung, also Gefahr ist der Antifaschismus ... gilt mehr denn je der Satz von Konstantin Wecker:
»Antifaschismus darf man nicht dem Staat überlassen.«

***Wolf Wetzel***

*Alle Quellenangaben liegen dem Autor vor und können auf Nachfrage genannt werden*

---

**Bleibt wohl noch zu ergänzen, dass fast täglich neue Meldungen auftauchen, die die in diesem Text aufgestellten Thesen weiter untermauern:**

Nach Informationen des *Tagesspiegels* hat V-Mann Tino Brandt offenbar mindestens zweimal D-Mark-Beträge vom Verfassungsschutz erhalten und an mutmaßliche Unterstützer der NSU weitergegeben. Der Bericht, zweier ehemaliger Mitarbeiter des Verfassungsschutzes vor der Parlamentarischen Kontrollkommission, kam angeblich auch für Sicherheitskreise überraschend. Denn der Thüringer Verfassungsschutz behauptet, dass er trotz intensiver Sichtung alter Akten keinen entsprechenden Vorgang entdecken konnte. Damit wird der Verdacht stärker, dass der Ende der 1990er Jahre amtierende Chef des Nachrichtendienstes, Helmut Roewer das Geld freihändig zur Verfügung gestellt hat um möglichst wenig Spuren zu hinterlassen.

Laut *Bild* soll der hessische Verfassungsschützer Andreas Temme bei sechs der neun Morde am Tatort gewesen sein. Das habe ein Bewegungsprofil der Polizei ergeben. Zuvor hatte, wie im Text beschrieben, schon die *FAZ* berichtet, dass der Mitarbeiter beim letzten Mord in Kassel am Tatort war.

Laut einem Bericht der *Berliner Zeitung* hat der Thüringer VS die geheime Beobachtung von NSU-Unterstützern durch die Landespolizei vereitelt. Nach dem Untertauchen der drei hielten die Geheimdienstler ihren Verbindungsmann, den Neonazi Tino Brandt, über polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen auf dem Laufenden. Sie hätten dem Neonazi mitgeteilt, dass die Polizei ihn aus einer angemieteten Wohnung in der Nähe seines Rudolstädter Hauses heraus überwache, berichtete das Blatt. Auch hätten seine Verbindungsführer vom Verfassungsschutz die Fahrzeuge beschrieben, die das Observationsteam der Polizei benutzte. Es sei sogar vorgekommen, dass Verfassungsschützer in ihren Autos die Polizisten verfolgten, die ihrerseits Brandt hinterher fuhren, hieß es.

Bei *Bild.de* behauptet ein Naziaussteiger, dass Beate Zschäpe im März 2004 bei einer NPD-Veranstaltung und im selben Jahr einer NPD-Weihnachtsfeier in Georgsmarienhütte anwesend gewesen ist. Sie hätte damals zwar Decknamen benutzt, doch ihm und anderen Anwesenden sei ihre Identität bekannt gewesen. Sie hätte offen gesagt, dass sie mit dem Verfassungsschutz kooperiere und NPD-Funktionäre über den bevorstehenden Nagelbombenanschlag in Köln informiert.

Nach Informationen der *Frankfurter Rundschau* ist der bekannte Ludwigshafener Neonazi Malte R. ins Visier der Ermittler gerückt. Er soll eine maßgebliche Rolle bei der dortigen Nazi-Gruppe Lunara einnehmen und Schießübungen im Ausland organisiert haben. Lunara bewerten die Behörden anscheinend als terroristische Vereinigung. Laut Dokumenten, die der FR vorliegen, gilt Malte R. den Behörden zudem als verdächtig, den Brand in einem Ludwigshafener Wohnhaus gelegt zu haben, bei dem am 3. Februar 2008 neun türkischstämmige Bewohner ums Leben gekommen waren. Das Feuer in dem ausschließlich von Migranten bewohnten Haus hatte damals auch deshalb international Aufsehen erregt, weil die Behörden eine Brandstiftung mit ausländerfeindlichem Hintergrund relativ schnell ausgeschlossen hatten. Die Ursache des Feuers ist bis heute ungeklärt.

Laut der *Süddeutschen Zeitung* hat ein Nazi gegenüber der Bundesanwaltschaft ausgesagt, vor über zehn Jahren mit Kameraden aus dem Westen Orte für einen Mord ausspioniert zu haben. Er sei abgesprungen, kurz bevor ein türkischer Kleinunternehmer von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos erschossen wurde. Dem Aussteiger zufolge ist in der rechten Szene im Westen bekannt gewesen, wer hinter den Morden an neun ausländischen Kleinunternehmern steckte. Lokale Nazistrukturen sollen z.T. Opfer ausgesucht und Tatorte ausgekundschaftet haben.

Der Thüringer Verfassungsschutz kannten nach *Focus*-Informationen zumindest im Mai 2000 das Versteck der un-

tergetauchten Rechtsextremisten in Chemnitz. Ein Observationsfoto des Trios vom 15. Mai 2000 belegt dies.

In der *Zeit* berichtet ein Naziaussteiger von Schießübungen und Bombenbautrainings in Zusammenarbeit mit Schwedischen und Niederländischen Nazis. er erzählt aber auch: „Wir saßen beim Grillen mit einem NPD-Mann und haben Bier getrunken. Der hat dann angeregt, wir sollten einen Ausländer-Imbiss abfackeln. Das haben die anderen dann auch gemacht. Später kam raus, der Anstifter war V-Mann vom Verfassungsschutz." (Anmerkung der Zeit-Redaktion: Der Anschlag und die Enttarnung des V-Mannes sind belegt.)

Der ehemalige Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Helmut Roewer, verteidigt sich in der *Zeit* gegen die Vorwürfe gegen ihn und behauptet die Polizei nicht der VS habe die NSU unterstützt.
Laut Helmut Roewer hegte das Innenministerium schon »deutlich vor der Jena-Sache« den Verdacht, dass es »Informationsabflüsse« von der Polizei in die militante rechte Szene gegeben habe. Aus diesem Grund habe der damalige Staatssekretär Peter Krämer den Verfassungsschutz angewiesen, gegen thüringische Polizisten zu ermitteln. Welche Erkenntnisse über eine mögliche Zusammenarbeit von Polizei und Nazis bei den Ermittlungen seiner Behörde herauskamen, will Roewer nicht sagen.
In einem weiteren *Zeit*-Artikel heißt unter Berufung auf einen Brief Roewers an den jetzigen Innenminister Thüringens, Sympathisanten in den Reihen der Landespolizei hätten den Dreien im Frühjahr 1998 geholfen, in den Untergrund abzutauchen. Der damalige Innenminister, Richards Dewes (SPD), will sich nicht öffentlich zu Roewers Anschuldigungen äußern.
Selbst die *Zeit* kommt zu dem Schluss, dass die Hilfe durch die Polizei gut möglich ist: Denn: „der Polizistenjob lockt mit Werten, die auch Neonazis verteidigen: Ehre, Anstand, Pflicht, Kameradschaft." Nur ist dies, entgegen den Behaupt-ungen Roewers, kein Argument dagegen, dass der Verfassungsschutz die NSU auf vielfältige Art und Weise unterstützt hat. ***AB***

# Interview mit einem Mitglied einer Antifa-Recherche-Gruppe

**Autonomes Blättchen: Das Bekanntwerden der NSU und ihrer Aktivitäten, angefangen von Banküberfällen und Sprengstoffanschlägen bis hin zu der Mordserie, hat die Öffentlichkeit sehr aufgeschreckt. Nazis und ihre Strukturen stehen derzeit im Fokus der medialen Öffentlichkeit. Dabei erscheint die Dimension des Geschehens unvorstellbar. Wie ist dein Eindruck dazu?**

M: Die Aktivitäten der NSU sprengen sicherlich den Rahmen dessen, was ein breiter Teil der Gesellschaft glaubt über die Szene zu wissen. Zwar wird oftmals über neofaschistische Gewalttaten berichtet, aber ich habe das Gefühl, dass diesen Gewalttaten eher ein affektiver Charakter zugewiesen wird, sie also quasi als spontane Aufwallung von Dummheit und Gewalt gewertet werden. Hinzu kommt die kolportierte These der „Einzeltäter_innen", hinter der gezielt agierende Gruppierungen und Verbindungen verschwinden. Vor diesem Hintergrund erscheint die Dimension dessen, was die NSU in den letzten Jahrzehnten gemacht hat, unvorstellbar. Wenn man sich allerdings die Vergangenheit der Gruppenmitglieder vor ihrem „Abtauchen" anschaut, erscheint das ganze nicht mehr so völlig verwunderlich. Die Personen stammen aus einem gut organisierten und sehr gewaltbereiten Szeneumfeld. Es gab hier zum Beispiel die sogenannte Anti-Antifa-Ost-Thüringen mit verschiedenen Sektionen u.a. in Erfurt und Jena. Aus dieser Gruppierung ist später der Thüringische Heimatschutz entstanden, der von dem V-Mann Timo Brand gegründet wurde. Auch gab es zum Beispiel in den 90er Jahren diverse Sprengstoffanschlägen, bzw. versuchte Anschläge im Raum Jena. Abseits der konkreten Vergangenheit der Gruppenmitglieder finde ich es aber besonders wichtig auf die neofaschistische Ideologie zu verweisen. Im Kontext dieser Ideologie ist das, was die NSU gemacht hat, keineswegs verwunderlich.

**AB: Das klingt ein bisschen so wie: das haben wir eigentlich schon immer gewusst. Gab es denn konkretere Hinweise auf die Existenz solcher Strukturen in der deutschen Neonaziszene?**

M: Was heißt konkrete Hinweise? Wir können als linksradikale, antifaschistische Recherchegruppe meist nur auf die Spitze des Eisberges zeigen. Aber schon hier lässt sich regelmäßig zum Beispiel über paramilitärische Trainings der Szene berichten, auch

oft in Kooperation mit Neonazis aus dem europäischen Umland. Auch das systematische Ausspähen und Attackieren von etwa politischen Gegner_innen verweist auf ein systematisches und geplantes Vorgehen, in dem Gewalt eine zentrale Rolle einnimmt. Wir haben es hier mit einer Szene mit diffusen, rassistischen und gewaltaffinen Vorstellungen zu tun. Die Szene ist geprägt von Gewalt- und Männlichkeitsidealen, in deren Kern die Vorstellung enthalten ist, als Angehöriger einer „überlegenen Rasse" in einem ständigen Kampf gegen alle „unwerten" Menschen zu sein – und dabei meint Kampf hier keineswegs irgendeine Form demokratischer Auseinandersetzung. Kampf hat hier eine ganz klar praktische Konnotation. Wenn Neonazis am 1. Mai mit einem Transparent mit der Aufschrift „Taten statt Worte" aufmarschieren ist das nicht nur Geprolle, sondern Ausdruck dessen, was in der Szene als Ideal gehandelt wird. Um es mit den Worten eines Nazis aus dem Raum Osnabrück zu sagen: „Jeder gute Nationalist sollte eine Waffe im Wald haben." Es geht um den einzelnen Kämpfer, der männlich, heroisch gegen die ganze Welt antritt. Nimm zum Beispiel die Vorstellung des Werwolfes. Eine mystische Figur, sie drückt Wehrhaftigkeit und Männlichkeit aus und findet immer wieder Eingang in neofaschistische Ideologien und Texte. Die Werwolf-Vorstellung stammt noch direkt aus der nationalsozialistischen Propaganda zum Ende des 2. Weltkrieges und propagiert eine Art nationalsozialistische Guerilla. Auch hier ist das Bild das des heldenhaften Einzelnen, der nach der Besetzung Deutschlands und der Zerschlagung des nationalsozialistischen Staates Widerstand leistet, bzw. leisten sollte. Hier taucht ein wichtiges Element auf, dass sich auch bei der NSU wiederfindet: Der führerlose Widerstand.

**AB: Was meinst du genau mit „führerlosem Widerstand"? Das klingt, ganz im Gegensatz zu sonstigen eher geläufigen Vorstellungen von der neofaschistischen Szene gar nicht so nach Hierarchie und Massenpartei.**

M: Zum einen verweist dieses „Konzept", auf das eben angesprochene Werwolf-Konzept der Nazis und aktueller auf einen Text des us-amerikanischen Neonaziterroristen David Lane. Lane gilt als Urheber der sogenannten „14 words" („We must secure the existence of our people and a future for white children") und als Verfasser einer Anleitung zum „führerlosen Widerstand". Der Text stieß auch in der deutschen Neonaziszene auf großes Interesse. Anfang der 1990er Jahre erschien das Pamphlet „Eine Bewegung in Waffen", das ebenfalls zur Organisation neonazistischer Untergrundgruppen und zum gezielten Mord an Gegner_innen aufruft. Gerade in den 1990er Jahren können diese beiden Texte durchaus als zentral betrachtet werden. Unterschiedliche Gruppierungen und Zusammenhänge, wie zum Beispiel „Blood & Honour", haben sich immer wieder auf sie berufen. Dabei bezieht sich das Konzept eher auf die Form der Organisation und auf die Form des propagierten Widerstandes. Auf die ideologische Ebene, die sich gerade bei Lane stark an klassisch nationalsozialistischen Ideen orientiert, hat es dabei kaum Einfluss. Wenn die NSU dieses Konzept umsetzt, erscheint es ziemlich unsinnig, hier von einem isolierten Einzelfall auszugehen.

**AB: Kannst du einige Beispiele nennen, wie mit diesen Ideen und Konzepten in der Szene hantiert wird?**

M: Es lassen sich in dieser Richtung mehrere Dinge beobachten. Auf der einen Seite haben wir neofaschistische Gruppierungen, vor allem aus einem völkischen Teil der Szene, die ganz bewusst Kinder und Jugendliche nach nationalsozialistischen Idealen erzieht. Hierzu gehört eben auch die Ausbildung an der Waffe und ideologische Schulungen, die in einer Pfadfinder-Outdoor-Romantik verpackt werden. In der „Wiking Jugend – Sektion Nordmark" wurde zum Beispiel einmal Handgranaten-werfen mit Attrappen geübt. Gruppierungen dieser Art gibt es bereits seit den 1950er Jahren in der BRD. Die erste war der „Bund Deutscher Jugend" (BDJ), der in den 1950er Jahren als Nachfolgeorganisation der „Hitler Jugend" (HJ) gegründet wurde. Seitdem wurden diese Vereine immer wieder verboten, aber unter wechselnden Namen, allerdings in der Regel sogar mit personellen Konstanten, bis heute weitergeführt. Das jüngste Verbot wurde gegen die „Heimattreue Deutsche Jugend" (HDJ) ausgesprochen, deren Arbeit allerdings derzeit in der JN-Untergruppe „Fahrt und Lager" fortgeführt wird.
Gerade in der Zeit zwischen 1970 und den 1990er Jahren gab es diverse Wehrsportgruppen in der Bundesrepublik,

wobei die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und die „Wehrsportgruppe Werwolf“ wohl zwei der bekannteren sind. Die Wehrsportgruppe Hoffmann umfasste circa 120 Personen, die zum Teil im Libanon ausgebildet wurden. Die Gruppe posierte immer wieder für unterschiedliche Medien in Uniform bei ihren „Übungen“. Dem Attentäter auf das Oktoberfest wird eine Mitgliedschaft in dieser Gruppierung nachgesagt. Der Wehrsportgruppe Werwolf, deren Mitglieder 1979 in Bückeburg vor Gericht standen, wurden mehrere Banküberfälle, sowie zwei Überfälle auf NATO- Soldaten, bei der die Gruppe Waffen erbeutete, zur Last gelegt. Diese Gruppierungen handelten keineswegs isoliert, sondern wurden von anderen Teilen der Szene ideologisch begleitet. Das Pamphlet „Eine Bewegung in Waffen“ ist dabei nur ein Beispiel von vielen. Ein weiteres Beispiel für ein derart militantes Vorgehen ist die Nationale Front (NF), die von 1985 bis 1992 existierte. Die Gruppierung war nach einem strengen Zellen- und Kaderprinzip organisiert und hatte eine Untersektion, die sich „Nationales Einsatzkommando“ nannte. Angedacht war es, dass das „Nationale Einsatzkommando“ Anschläge auf Repräsentant_innen und Gebäude verüben sollte. Bei Mitgliedern der NF wurden größere Mengen Waffen gefunden. Beispiele in dieser Richtung gibt es noch eine ganze Menge, so etwa die Sprengstoffanschlägen auf Sendemasten 1979, eine Briefbombenwelle vor allem in Österreich zwischen 1993-97, ein versuchter Anschlag auf ein jüdisches Kulturzentrum in München 2003 und aktuell immer wieder größere Waffenfunde bei Neonazis. Während die neofaschistische Szene Teile ihrer Wehrsportübungen und Ausbildungen von Kindern und Jugendlichen lange Zeit sehr offensiv und zum Teil sogar mit medialer Begleitung inszenierten, wird seit Mitte der 1990er Jahre aufgrund von steigendem Repressionsdruck eher auf geheim organisierte Veranstaltungen ausgewichen. So wissen wir aktuell zum Beispiel von Neonazis, die im europäischen Umland an paramilitärischen Lagern teilnehmen und hier zum Teil sogar als Übungsleiter auftreten. 2008/2009 gab es in Osnabrück ein Prozessverfahren gegen Neonazis, die ein sogenanntes „Waffenlager“ veranstaltet hatten, bei dem unter anderem Scheinhinrichtungen inszeniert wurden. Einer der Hauptangeklagten war Mitglied der NPD und der HDJ. Wenn ich mir diese Entwicklungen anschaue – und die genannten Beispiele sind nur winziger Ausschnitt, die interessanterweise in der derzeitigen Berichterstattung kaum eine Rolle spielen – fällt es mir schwer von einem Einzelfall auszugehen.

Oktoberfest-Attentäter Gundolf Köhler (2. von links) auf dem Titelbild der Zeitung ‚Kommando‘, die von der Wehrsportgruppe Hofmann herausgegeben wurde.

**AB: Im Zusammenhang mit der NSU fällt immer wieder der Name des Verfassungsschutzes, der offensichtlich mehr wusste als er derzeit zugibt und darüber hinaus scheinbar auch an der Finanzierung der NSU in irgendeiner Form beteiligt war. Welche Rolle spielt der VS da eigentlich? Nazis als dritte Kolonne des Staates?**

M: Das ist schwer zu sagen, würde ich aber in Hinblick auf den VS verneinen. Wenn wir zurückschauen, dann gab es offensichtlich seit dem Ende des 2. Weltkrieges eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und neofaschistischen Gruppierungen. Bei dem bereits erwähnten BDJ gab es eine Untergruppe, die „Technische Einheit“, bei dieser wurde 1952 größere Mengen Waffen und Funkgeräte gefunden. Ein Aussteiger gab darüber hinaus an, dass die „Technische Einheit“ auch Guerillatechniken für den Falle eines russischen Einmarsches trainiert hatte. Waffen und Geld bekam der „Technische Dienst“ von den USA, die diese Gruppierung offensichtlich als „Stay-Behind-Gruppe“ aufbauten. Ein recht bekanntes Beispiel für solche Stay-Behind-Gruppierungen ist das Gladio-Netzwerk, das durch die NATO gegründet wurde und im Falle eines Einmarsches der Sowjetunion in Westeuropa Sabotageaktionen durchführen sollte. Im Bezug auf Deutschland wurde der Existenz eines Gladio-Netzwerks nie parlamentarisch nachgegangen, allerdings geht aus Geheimdienstdossiers hervor, dass zum Beispiel die „Technische Einheit“ als Teil eines solchen Netzwerkes zu werten ist. Aus Italien, wo es eine solche Untersuchung gab, ist schon mehr bekannt. Das Netzwerk war hier zum Beispiel auch an unterschiedlichen Anschlägen beteiligt, die versucht wurden der italienischen radikalen Linken in die Schuhe zu schieben, so zum Beispiel das Bologna-Attentat 1980. In Griechenland und der

Türkei dienten Gladio-Abteilungen bei der Unterstützung von Militärputschen. Ich würde sagen, es ist durchaus davon auszugehen, dass in Stay-Behind-Netzwerken unterschiedliche deutsche neonazistische Gruppierungen und Einzelpersonen eingebunden waren. Der Beweggrund für das Anwerben von Nazis wird hier vermutlich nicht in erster Linie eine Befürwortung neofaschistischer Positionen gewesen sein, sondern das Kalkül, auf eine möglichst strikt antikommunistische Bewegung zurück zu greifen. Dabei scheinen sich wiederholt Gruppierungen ausrüsten lassen, die Waffen und das Geld allerdings auch für eigene Aktionen benutzt zu haben. Ein Beispiel ist der Sprengstoff, der beim Anschlag auf das Oktoberfest verwendet wurde. Dieser stammt aus Beständen von Heinz Lembke, der Förster in der Lüneburger Heide war und große Waffenlager angelegt hatte. Diese Waffen, die mit ziemlicher Sicherheit Bestände des Gladio-Netzwerkes waren, bot Lembke den Personen an, die den Anschlag auf das Oktoberfest verübten und wiederum Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann" waren. Sehr verwunderlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass Aussagen und Hinweisen auf dieses Waffenlager nach dem Anschlag nicht nachgegangen wurde. Bei diesem Vorgehen schien nie wirklich klar zu sein, wie viele staatliche Stellen von diesen Strukturen wussten und ob und wie weit sie staatlicherseits gedeckt wurden. Auch hier kamen, wie im aktuellen Fall mit der NSU, immer wieder Zweifel auf, wie zielgerichtet hier eigentlich ermittelt wurde und ob nicht ganz bewusst Ermittlungen verschleppt wurden.

Gladio-Logo: Durch Schweigen bewahre ich die Freiheit

Im Hinblick auf NSU und die Arbeit des Verfassungsschutzes würde ich aktuell eher davon ausgehen, dass dieser Interesse an Insiderinformationen hat und um an diese zu gelangen, auch gezielt militante Strukturen fördert. Wenn man sich das Beispiel Timo Brand anschaut, wird das Vorgehen recht deutlich. Ein überzeugter militanter Neonazi bekommt Geld vom VS und steckt dieses wiederum in den Aufbau militanter Neonazistrukturen in Thüringen und das mit Sicherheit nicht hinter dem Rücken des VS. So gelang es dem Verfassungsschutzes Informanten in führenden Positionen zu installieren. Der VS hatte auch einen V-Mann in der Führungsebene der NF, der diese u.a. auch mit Waffen versorgte. Man darf hierbei sicherlich davon ausgehen, dass dies kein einmaliges Vorgehen ist. Es ist aber auch für mich derzeit schwer einzuschätzen wie die Informationen bezüglich Geldzahlungen und Informationsweitergabe durch den VS in diesem Zusammenhang einzuschätzen sind.

**AB: Du würdest also davon ausgehen, dass der Verfassungsschutz systematisch neofaschistische Strukturen unterstützt, um an Informationen zu kommen?**

M: Ich denke im aktuellen Fall rund im die NSU wird dies deutlich, ja. Allerdings sollten wir uns hierbei auch fragen, inwieweit nicht einzelne Mitarbeiter_innen des Verfassungsschutzes quasi auf eigene Rechnung arbeiten. Wenn sich der aktuelle Chef des thüringischen Verfassungsschutzes auf einer Pressekonferenz hinstellt und sagt, dass er aktuell keine Informationen darüber besitzt, dass Zahlungen an das Umfeld der NSU stattgefunden haben, aber hinzufügt, dass er nicht wüsste ob sein Vorgänger in dieser Sache nicht privat aktiv geworden ist, dann wirft dies ein sehr interessantes Schlaglicht auf die Arbeit des Verfassungsschutzes. Scheinbar werben einzelne Mitarbeiter_innen Informant_innen an, um mit möglichst krassen Informationen punkten zu können. Ich würde das als ein Machtspiel in einem hierarchischen Behördenapparat deuten. Und mal ehrlich, man muss sich doch nicht wundern, dass der Kampfhund, den man vorher scharf gemacht hat dann auch irgendwann mal zubeißen wird. Ich finde es an dieser Stelle aber auch wichtig zu erwähnen, dass auch andere Behörden mit V-Leuten arbeiten. Auch wenn derzeit der Fokus auf der Arbeit des VS liegt, beschäftigt zum Beispiel auch das LKA V-Leute und offenbar scheinen diese V-Leute und ihre Führer auch gegeneinander zu arbeiten. Mir fällt gerade noch der Fall von Martin Wiese aus München ein, der mit weiteren Neonazis versucht hat einen Anschlag auf die Einweihung eines jüdischen Gemeindezentrums in München durchzuführen. Wiese besorgte sich Waffen und zwar über einen französischen Neonazi der ein Mitarbeiter der deutschen Verfassungsschutzes war.

**AB: Ganz am Anfang hast du die sogenannte Einzeltäter_innenthese genannt. Diese wird immer wieder auch von Mitarbeiter_innen des Verfassungsschutz bedient. Aus welchem Grunde glaubst du, dass diese verharmlosende These verwendet wird?**

Bei dieser These handelt es sich ja quasi um die Annahme, dass viele neonazistische Aktivitäten und Gewalttaten ohne konkreten ideologischen Hintergrund und ohne Einbindung in Gruppenstrukturen stattfinden. Diese These wird auch immer wieder aus

den Innenministerien wiederholt und findet so immer wieder Einzug in die deutschen Medien. Von der Struktur her wirkt eine solche Argumentation sehr verharmlosend, entkontextualisierend und lässt die wahre Dimension rechtsterroristische Potenziale unter den Tisch fallen. Auch wenn viele, gerade terroristische Taten von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen verübt werden, darf man hierbei jedoch nicht aus dem Blick verlieren, dass diese Personen extrem gut vernetzt sind. Sie suchen ganz bewusst die Nähe zur Gruppierungen wie der NPD oder der HDJ, nutzen Ausbildungsangebote und greifen auf vorhandene Strukturen zurück. Sie sind also keineswegs isoliert. Warum diese These immer wieder von unterschiedlichen Sicherheitsbehörden vorgetragen wird, ist mir auch nicht klar, vielleicht weil der Blick dieser Organe traditionell vor allem auf linken Organisationen liegt. Die Mischung aus materieller und finanzieller Unterstützung auf der einen Seite und die Negierung von rechter Gefahr auf der anderen Seite macht aber irgendwie schon stutzig. Alles in allem würde ich sagen, wenn man diese Taten als Einzelfälle sehen will, dann will man sie aus ideologischen oder taktischen Gründen so sehen, aber nicht weil sie der Realität entsprechen.

**AB: Derzeit wird breit über die NSU und ihre möglichen Verflechtungen berichtet, wie bewertest du die Berichterstattung in den Medien?**

M: Zur Zeit erscheinen ja jeden Tag irgendwelche neuen Details zur NSU und zu den Verflechtung des Verfassungsschutzes, ich würde aber mal darauf wetten, dass diese Berichterstattung demnächst wieder abebben wird. Derzeit scheint es so zu sein, dass einige Medien viel Geld in Recherche stecken und dabei auch zum Teil auf recht interessante Details stoßen. Aber zum einen erscheinen die Taten der NSU als Singularität, ein wirklicher Kontext zur neofaschistischen Szene und ihrer rechtsterroristischen Potentiale wird nicht gezogen, statt dessen erscheint derzeit die NPD und die Forderung nach ihrem Verbot die ganze Berichterstattung zu dominieren. Auch würde ich kritisieren, dass sich alle Medien versuchen gegenseitig mit angeblich aktuellen Informationen zu überbieten um sich Marktanteile zu sichern. Das führt dann zu solchen Blüten wie letztens im Spiegel, als dieser darüber berichtete, dass Mitglieder der NSU vor ihrem „Abtauchen" auf einem Neonaziaufmarsch waren. So was kann man wirklich nur noch absurd und nicht informativ finden.

**AB: Wir danken dir für dieses Interview!**

# Soko 19/2 on Tour

In Dresden haben die Vorbereitungen für die Blockaden des Naziaufmarsches am 13./18.02.2012 begonnen. Aber nicht nur die antifaschistischen Aktionsbündnisse bereiten sich auf dieses Ereignis vor, auch die staatlichen Repressionsorgane fielen in den letzten Wochen wieder durch vermehrte Aktivitäten in Dresden aber auch bundesweit auf. Offensichtlich wird versucht Antifaschist_innen im Vorfeld durch Hausdurchsuchungen, Strafprozesse etc. einzuschüchtern, somit demobilisierend zu wirken und eine wiederholte Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und radikaler Linken zu verhindern.
Im folgenden sollen die Repressalien der letzten Wochen kurz zusammengefasst werden.

**Prozess gegen Blockierer_Innen**
Am 12. Oktober kam es in Dresden zum ersten Prozess gegen vermeintliche Blockierer_innen. Zuvor verschickte man an Bußgeldbescheide, wer diesen nicht bezahlte, wurde zur Verhandlung vorgeladen.
Die Blockierer_innen sollen wegen Behinderung einer angemeldeten Versammlung verurteilt werden, was im neuen sächsischen Versammlungsgesetz mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft wird.

**Razzia in Berliner Wohnprojekt**
Am 13. Oktober kam es zu einer Razzia in zwei Wohnungen des Berliner Hausprojekts in der Reichenberger Str. 63a. Betroffen sind zwei Antifaschist_innen. Einem der beiden wird vorgeworfen, mit einem Megafon 500 Antifaschist_innen aufgefordert zu haben, eine Polizeiabsperrung zu durchbrechen. Der Vorwurf ähnelt dem, welcher dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König gemacht wurde, dessen Wohn- und Arbeitsräume bereits im August vom sächsischen LKA durchsucht worden waren.

**Stuttgart im Würgegriff der SOKO**
Am 28. September wurden gleich vier Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt. Außerdem brachen die sächsischen Beamten mit gezogenen Waffen in eine falsche Wohnung ein und bemerkten erst nach einer halben Stunde, dass sie hier nicht die Verdächtigen gefesselt und bedroht hatten.
Den vier Betroffenen wird vorgeworfen am 19.02.2011 in Dresden an Aktionen gegen Europas bis dahin größten Naziaufmarsch teilgenommen zu haben und dabei militant gegen Polizist_Innen vorgegangen zu sein sowie Sachschäden verursacht zu haben.
In den darauf folgenden Wochen verschickte die Dresdner Polizei Vorladungen an weitere 15 Antifa-Aktivist_innen mit der Aufforderung zu Verhör und ED-Behandlung zu erscheinen.

Mitte Oktober kam es zu einer weiteren Razzia. Auch diesem Durchsuchten wird vorgeworfen, aus einer 20-köpfigen Gruppe heraus, Polizist_Innen angegriffen zu haben.
Mittlerweile erhob die Staatsanwaltschaft auch Anklage gegen einen 23-Jährigen, dem der Vorwurf gemacht wird, in der Dresdner Südvorstadt 50 Steine auf Polizeibeamte geworfen zu haben. Dabei sollen 7 Polizist_Innen verletzt und mehrere 10.000 € Sachschaden entstanden sein.

**…und wie steht's mit dem §129-Verfahren**

Auch im Verfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" gegen Antifaschist_innen in Dresden gab es neue Entwicklungen, so wurden im September polizeiliche Vorladungen verschickt. Dabei wurden auch Verwandte bzgl. der Aktivitäten und Bekanntschaften der Zeug_Innen befragt.
Es sei nochmals erwähnt, dass Vorladungen der Polizei nicht zum Erscheinen bei dieser verpflichten geschweige den eine Aussage gemacht werden muss!
Außerdem wurden seitens der Staatsanwaltschaft Vorladungen zu Verhören verschickt, die von LKA-Beamten durchgeführt wurden. Sie interessierten sich vor allem für Strukturen im Wohnprojekt „Praxis" und die dort wohnenden Beschuldigten im §129-Verfahren. Teilweise wurde versucht die Zeug_Innen zu provozieren, indem vorgeworfen wurde, die Bewohner_Innen des Projekts hätten am 19. Februar eine Gruppe von 250 Nazis angegriffen oder ein Stein, der während des Angriffs der Nazis auf das Projekt und weitere anliegende Häuser in ein Kinderzimmer geworfen wurde, wäre von Hausbewohner_innen selbst dort hingelegt worden.

**Post aus Dresden: Auch in Hannover**

Anfang Dezember erhielten Nazigegner_innen aus dem Raum Hannover Briefe der Polizei Dresden. Inhalt dieser Briefe ist gleich: Die Angeschriebenen werden „beschuldigt". Einen konkreten Tatvorwurf gibt es jedoch nicht. Vielmehr wird eine Situation am Vormittag des Tages beschrieben aus der es angeblich zu „Straftaten" gekommen sein soll. Alle Empfänger_innen haben gemeinsam, dass sie am frühen Abend auf dem Weg zu den Bussen nach Hannover waren. Hier wurden sie durch einen Polizeikessel aufgehalten und ihre Personalien kontrolliert. Die pauschalen Beschuldigungen weist das Mobilisierungsbündnis aus Hannover, dem linke, antifaschistische und gewerkschaftliche Organisationen, Parteien und Gruppen angehören, als unhaltbar zurück. Eine Sprecherin dazu: „In den letzten zehn Jahren konnten NaziterroristInnen unter den Augen von Polizei und Verfassungsschutz gezielt Morde ausführen. NazigegnerInnen, die gegen faschistische Aufmärsche aktiv werden, werden verprügelt, abgehört und beschuldigt ‚Straftaten' begangen zu haben. Die Behörden und in diesem Fall die Polizei Dresden scheinen weiterhin auf dem rechten Auge blind zu sein."

**Der Repression zum Trotz - Auf nach Dresden!**

Es ist zu erwarten, dass es sich bei den Hausdurchsuchungen in Berlin und Stuttgart nur um den Anfang einer weiteren und bundesweiten Repressionswelle gegen Antifaschist_Innen im Zusammenhang mit dem 13./19. Februar handelt, welche im Vorfeld des Naziaufmarsches im Jahr 2012 Aktivist_Innen einschüchtern und linksradikale Strukturen schwächen sollen. Linksradikale sollen politisch isoliert und in Zukunft breite gesellschaftliche Bündnisbildung mit emanzipatorischer Zielsetzung, wie „Dresden-Nazifrei", zu erschweren.
So wird in Sachsen nicht ausschließlich auf Repression gesetzt, zusätzlich wird versucht den Protest zu befrieden: So bildete sich unter Moderation des CDU-nahen, katholischen Ex-Pfarrers Frank Richter eine Arbeitsgruppe um neben der alljährlichen Menschenkette auch Proteste in Sicht- und Hörweite des Naziaufmarsches zu etablieren und somit potentielle Blockierer_innen an einen wirkungslosen und bloß symbolischen, legalistischen „Protest" zu binden. Dieser Vereinnahmung der Proteste und deren Transformation in ein bloßes Lippenbekenntnis „gegen rechts" gilt es entgegenzutreten.
Kein Widerstand ohne Solidarität!

***Textteile von der Kampagne 129ev und dem Hannoveraner Mobilisierungsbündnis zusammengestellt und gekürzt für AB.***

***Infos zur Repression: www.129-ev.tk***

***Infos zu Mobilisierung 2012: www.dresden-nazifrei.com***

Spenden:
Rote Hilfe Dresden
Konto: 609760434
BLZ 36010043,
Postbank Essen
Stichwort „129 Verfahren"
(für die Prozesskosten)
Stichwort „129 Soliarbeit"
(für Kosten der Kampagnenarbeit)

# Eine etwas andere Buchpräsentation

***Jutta Ditfurth: Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: DIE GRÜNEN (2010)***

Es ist bereits das zweite Buch, das Jutta Ditfurth über die GRÜNEN veröffentlicht. In der im Rotbuch Verlag kürzlich erschienenen Recherche wird ein Rundumschlag zelebriert, der die Abwärtsbewegung der Grünen aus einer sehr kämpferischen Bewegungsstruktur heraus zur staatstragenden Regierungspartei nachzeichnet. Es werden viele autobiographische Erfahrungen einer politisch engagierten Autorin übermittelt, die, selbst Aktivistin der radikalen Kämpfe gegen die geplanten Atommeiler in Brokdorf und Grohnde und anderswo, zu den Grünen der ersten Stunden gehörte und dort maßgeblich im Vorstand mitarbeitete, bis sie von Cohn-Bendit und Fischer mit allen fiesen Tricks bürgerlicher Herrschaftspraktiken politisch ausgehebelt und entmachtet wurde. Die „Realos" planten langfristig ihre Parteikarrieren. Politische Konsequenzen und Inhalte wurden ihrem Machtstreben angepasst, „linke" Positionen umgedeutet oder abgeschafft. Der Austritt Jutta Ditfurths (und vieler anderer des Anti-AKW-Spektrums) aus der grünen Partei 1990 war folgerichtig. Wenig nachvollziehbar war ihre Reaktion, die darauf abzielte, „radikalökologische" Gruppierungen außerhalb der etablierten grünen Partei auf lokaler Ebene zu stabilisieren, die durchaus bestrebt waren, auch in den Parlamenten aktiv zu sein, sprich, sich wählen zu lassen. J.D. saß im Frankfurter Regionalparlament im Römer und ist dort immer noch tätig. In ihrem Buch vertritt sie die Strategie, die die Notwendigkeit eines Zusammenspiels von Standbein (politische Praxis, Bewegungen, Kämpfe) und Spielbein (Arbeit in Gremien, u.a. auch in Parlamenten), wobei – wie könnte es anders sein – das Bewegungs-Standbein das dominante zu sein hätte.

Ihr Buch gerät zu einer Abrechnung grüner Politik der letzten Jahrzehnte. Es ist prall gefüllt mit Informationen über Parteitage der Grünen, über Entwicklungen der ökologischen Debatten, Exkurse über Klassenlagen und Veränderungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen, insbesondere der „Mittelschichten", historische Recherchen (z.B. zur Leiharbeit, zum Krieg in Jugoslawien…), Biographien von Karrieregrünen, die besonders schmerzhaft berühren, da es häufig Leute sind, die aus Bewegungszusammenhängen der Linken kommen, wo auch persönliche Kontakte (und mehr) bestanden. Die subjektive Betroffenheit, die Kränkung, aus einem von ihr mitinitiierten Wahlverein ausgetrickst worden zu sein, wird bei der Lektüre durchaus spürbar. Obwohl inzwischen Jahrzehnte seit ihrem Grünen-Dasein vergangen sind, wird das Leiden der Autorin an der Verbürgerlichung der Grünen und ihrer ProptagonistInnen spürbar. „Früher waren die Grünen noch links und die Hoffnung auf eine fortschrittliche Veränderung dieser Gesellschaft noch nicht von einer konterrevolutionären Welle überflutet." (29) Diese persönliche Betroffenheit gibt der Lektüre durchaus eine gewisse Würze. Wie überhaupt die Publikation in vielerlei Passsagen autobiographisch angelegt ist, insbesondere wenn der Hintergrund eignerer Praxis Antrieb ist, wie bei den Kämpfen, wo AKW-Bauplätze zur Wiese transformiert werden sollten, aber auch bezüglich ihrer Gremienarbeit sowohl im Römer und in Ökolinx, als auch in der VERDI-Gewerkschaft etc.

Zweifellos ist das Buch auch ein Stück Trauerarbeit, genährt von der Illusion, eine Partei, die ihre „linken" Standpunkte nicht in dem Ausmaße verraten hätte, wie die Grünen es faktisch getan haben, hätte der reaktionären Entwicklung der bundesrepublikanischen Geschichte gegensteuern können. Wie auch immer? Auf alle Fälle ist es ein wichtiges Buch zur jüngeren Geschichtsschreibung der BRD. Zum Inhalt des Buches.

Fischer wurde 1999 anlässlich des Kosovokrieges als Kriegstreiber markiert.

## I „Krieg den Hütten! Friede den Palästen" (J.D. frei nach Georg Büchner)

Einen wesentlichen Schwerpunkt des Buches macht die Beschreibung der Praktiken der Grünen innerhalb der Regierungskoalition 1998- 2005 mit den Sozialdemokraten unter G. Schröder aus. Insbesondere der sog. Atomkonsens, auch als „Einstieg in den Ausstieg" tituliert, die Gesetzgebung zur Agenda 2010, vor allem Hartz I –IV und der erste Angriffskrieg Deutschlands seit den faschistischen Eroberungskriegen im Dritten Reich, der Krieg zur Zerschlagung Jugoslawiens, werden ausführlich dargestellt, allerdings doch sehr beschränkt durch den thematisch vorgegebenen Blickwinkel auf die Rolle der

„grünen" Politik dabei. Der Eintritt der Grünen in die Bundesregierung 1998 wurde in der Öffentlichkeit mit vielerlei Hoffnungen auf demokratische Erneuerungen begleitet. „Aber der Weg führte statt in eine `demokratische Revolution´ in den ersten Krieg Deutschlands nach der Befreiung vom NS-Faschismus . Wer nicht zur rot-grünen `Party´ gehörte, den überrollten unter Umständen die Agenda 2010 und Hartz IV. Die Gesundheitsversorgung wurde schlechter…Das Asylrecht wurde faktisch abgeschafft, der Weg in den Polizeistaat asphaltiert, die Renten gekürzt, der Zugang für Migrantenkinder zu den Hochschulen verengt. Die `Revolution´ bestand in der Zerschmetterung des Sozialstaats und begründete die Verelendung vieler Menschen von heute und von morgen. Den verheißungsvollen ``Neubeginn´…gab es in Gestalt von Steuersenkungen für das Kapital, für Gutverdienende und Reiche. An `zündenden Ideen´ fehlte es Rot-Grün auch nicht. Sie warfen Bomben auf Jugoslawien und bauten Abschiebeknäste auch für Kinder. `Frei fließen´ durften Kapital, Rüstungsexporte und Atomenergie." (39) J.D. zitiert einen grünen Jungstar aus der zweiten Generation: „Für uns ist klar, dass wir Ja zu diesem System sagen, obwohl wir seine Fehler erkennen und beheben wollen" (235). Angestrebt wird eine „grüne FDP", die die Interessen des „kosumorientierten Citoyen" (J. Fischer) vertreten solle.

- Die Politik der Grünen zielte ursprünglich auf die Abschaffung aller Atomindustrieen, sofort, kompromisslos und möglichst weltweit. Mit der Verabschiedung der Gesetze zum Atomkompromiss 2000 feierten sie „den Einstieg in den Ausstieg". Konkret hieß das: Es wurden nicht nur längere Laufzeiten beschlossen. Die Grünen haben mit dem Atomkonsens etwas zugesagt, was es bis dahin nie gab: Sie haben den Atomkonzernen „für die verbliebene Nutzungsdauer den ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung garantiert", sowie ihnen versprochen „keine Initiative zu ergreifen, mit der die Nutzung der Kernenergie durch einseitige Maßnahmen diskriminiert wird." Diese Garantie einer Stillhaltepolitik gegenüber der Atomlobby interpretiert J.D. als „grüne Brücke zur Atomfusion". Es würde ein Zeitfenster geschaffen, das ausreichend wäre, um die neue, erheblich gefährlichere und strahlenintensivere Technologie, die im Gegensatz zu den aktuellen Atommeilern nicht auf der Basis von Kernspaltung sondern -fusion betrieben werden, zu entwickeln und industriell zu nutzen. Die Grünen waren endgültig zur Lobbypartei der Atomkonzerne geworden!

J.D. redet von den „grünen MenschenrechtskriegerInnen". Die Kriege in Jugoslawien und Albanien seien nur möglich gewesen, durch den Kunstgriff des damaligen Kriegsministers Fischer, „die Menschenrechte ins Zentrum des Sicherheitsbergriffs zu rücken" (200). „Die Militarisierung der Menschenrechte wurde rot-grünes Programm. Diente der Krieg gegen Jugoslawien der `Wiedergutmachung für Auschwitz´, so diente der in Afghanistan angeblich der Befreiung der Frauen". Durch diese ideologische Begleitmusik nur war es möglich, die PazifistInnen innerhalb der Grünen ins Kriegsschiff zu holen. Und einen Teil der „Friedensbewegung" zu neutralisieren!

- Ursprünglich waren die Grünen auch sozial engagiert, in großer Mehrzahl mit sozialistischen Zielsetzungen. Insbesondere die Politik der Agenda 2010 allerdings macht aus den Grünen eine Partei des reaktionären Roll-backs. „Wofür haben die Grünen Teile des Sozialstaats zerstört?" fragt J.D. rhetorisch: „Um das deutsche Kapital in der weltweiten Konkurrenz zu stärken, seine Exportfähigkeit, seinen Profit. Dem dient die Verbilligung der Arbeit der Menschen. Sozialkürzungen, Leiharbeit, Billiglöhne, Lockerung des Kündigungsschutzes, gnadenlose Konkurrenz und Leistungsdruck, die Demütigung und die Angst der noch Arbeit habenden vor dem Absturz – all das senkt die Kosten des Kapitals immer weiter." (232)

Eier für Ströbele in Bonn/Antikriegsdemo 2011

## II „Man weiß nie, ob sie lügt oder spinnt." (J.D. über Claudia Roth)

Viele Passagen des Buches gehen der Frage nach, wie es die Grünen geschafft haben (und immer wieder schaffen), insbesondere nach Verlust der Regierungsmacht auf Bundesebene, sich als RepräsentantInnen der „Friedensbewegung" und auch tendenziell als Linke darzustellen. „Die schwer auf Kurs zu haltende Basis, die der Entwicklung der grünen Spitzenleute 10 bis 20 Jahre hinterherhinke, sei das Hauptproblem der Grünen" zitiert J.D. den grünloyalen Parteiforscher Peter Lösche.(191) Zur ideologischen Verschleierung werden deutsche Kriegseinsätze alsbald etikettiert als „Maßnahmen der Friedenssicherung; teilweise mit polizeilichen Sicherheitssaufgaben" oder als „humanitäre Einsätze". „Wir sind und bleiben eine Antikriegspartei" wird Claudia Roth zitiert. „wie immer weiß niemand, ob

sie den Schwachsinn auch noch glaubt, den sie redet. Die allergrünste Friedenskompetenz gewinnt man offensichtlich im Krieg." (191) Auch tauchen nach der Abwahl Prominente der Grünen verstärkt wieder bei Aktionen auf, z.B.2010 beim Castor-Widerstand im Wendland, versuchen „Friedfertigkeit" und „Solidarität" zu demonstrieren, sind aber ganz explizit mit Distanzierungen zur Hand gegen Widerstandsformen, die über demonstrativen Protest hinausgehen. „Atommülltransporte unter einer SPD/Grünen-Regierung sind gut, nur die unter einer von CDU und FDP sind gefährlich." (99) „Aber warum durften sich die Grünen überhaupt wieder in die Anti-Castor-Proteste einschleichen? Weil man alle vier oder acht Jahre erneut betrogen werden möchte? Weil ein Teil der Protestbewegung Mittelschichtsangehörige sind, die sich klammheimlich doch gern mit einem `guten´ rot-grünen Staat versöhnt sähen? Weil manche zwar ein Problem mit Atomenergie haben, nicht aber mit Ausbeutung und Krieg, und in diesen Fragen ganz auf Seiten der Grünen stehen? Oder sehen da welche die Anti-AKW-Bewegung als Bewährungshelfer für die Grünen?" Zur Verdeutlichung dieser Doppelzüngigkeit schildert J.D. eine Anekdote: Während die Kämpfe gegen den Castor-Transport 2010 sich radikalisierten, wurde die Presse zu Claudia Roth zitiert. Diese hatte sich „auf die Straße vor den Eingang des Zwischenlagers in Gorleben platziert, setzte ihr schmollendes Protestgesicht auf und sagte: `Diese Doppeldeutigkeit und Heuchelei werden wir nicht mitmachen´. Wo sie hockte, war nichts los, der Castor-Transport würde hier erst in zwei Tagen ankommen, aber viel Presse war da. Junge SchotterInnen gruselte es bei der Vorstellung, `sich mit Claudia Roth von den Grünen auf die Straße zu pflanzen, als wolle man dort Bio-Eier ausbrüten`"(22)

## III Stuttgart 21: „Von der Kunst des Verrats"

Ausführlich widmet sich J.D. dem Widerstand gegen das Modernisierungsprojekt Stuttgart 21. Es wird versucht, die völlig unterschiedlichen Motivationen der vom Staat als „Wutbürger" gekennzeichneten Aktivisten und Aktivistinnen, politisch zu fassen und auszuwerten. „Bei S21 geht es darum, den Kopfbahnhof von Stuttgart abzureißen, unter die Erde zu legen, zu drehen und einen Durchgangsbahnhof aus ihm zu machen und dann die frei werdenden Innenstadtflächen höchst profitabel zuzubauen." (108) S 21 wird von seinen Anfängen an, sowohl die Planungen und Entscheidungsprozeduren als auch die Entwicklungsschritte des Widerstands, dargestellt. Vorhergesagt wird, dass allein die Grünen in der Lage sein würden, den Widerstand in Stuttgart gegen das Wahnsinnsprojekt zu befrieden. Mit den Krücken Schlichtung durch Geißler, Stresstest der Bahnhofsplanungen und letztlich „Bürgerbefragung" haben sie das letztendlich hingekriegt. J.D. nennt dies die politische „Kunst des Verrats". „Und wieder einmal besteht, jetzt beim Widerstand gegen das Projekt, die konkrete Gefahr, dass sie (die Grünen) dem Protest den Hals brechen, solange sie nur ein bisschen Regierungsmacht dafür bekommen ." (108) Der EXPO-Widerstand in Hannover bezog sich übrigens bereits in den 90iger Jahren, lange bevor es zu Auseinandersetzungen auf der Straße gekommen ist, auf die Planungen von Stuttgart 21, um den Zusammenhang zwischen kapitalistischen Modernisierungsstrategien auf kommunaler Ebene und Vertreibungspolitik und Produktion sozialen Elends und Armut (heute redet man von Gentrifizierung) aufzuzeigen.

## IV Von Standbeinen und Spielbeinen

J.D. beschreibt viel Bewegungsgeschichtliches aus den Kämpfen gegen die Atomindustrie, angefangen von den grenzüberschreitenden Bewegungen gegen mehrere geplante Atommeiler in Frankreich, der Schweiz und Deutschland (Whyl) im Dreiländereck ab 1969, die militanten Bauzaunkämpfe in Brokdorf und Grohnde (1976/77), bis hin zu der Castor-Schottern-Kampagene 2010. Die Bewegung stemmte sich über Jahrzehnte hinweg mit verschiedensten Aktionsformen gegen das Projekt eines „Atomstaats" (R. Jungk). In den 70iger Jahren war noch die Rede von einem langfristigen Bedarf an 400 AKWs in der BRD. Als Erfolg der Bewegung deutet die Autorin die Tatsache, dass letztendlich statt 400 „nur" 17 Atommeiler in Betrieb gingen. „Wir vertrauten uns selbst, waren durch keinen `Dialog`, keinen `runden Tisch´ kein Mediationsverfahren und keine Meditation zu befrieden. Wir galten auf das Angenehmste als `politikunfähig´, wie Systemoppositionelle stets genannt werden, weil sie sich nicht anpassen wollen, weil sie wissen, dass sie nur so diese Gesellschaft verändern können" (S. 49). „Wir wollten das Atomprogramm unbedingt und vollständig beenden. Das bedeutete: Am 19. März

1977 wollten wir in Grohnde die Auseinandersetzung mit der Polizei gewinnen. Wir wollten den Platz besetzen und ihn besetzt halten…"(S.50) Das hat nicht geklappt, die Bewegung war militärisch unterlegen. Die Mobilisierung zur nächsten Baustelle in Kalkar (ein Schneller Brüter war hier geplant) wurde seitens des Staats- und Polizeiapparats zum Bürgerkriegsszenarium umgepolt. Nicht weil die RAF den Altfaschisten und Arbeitgeberpräsidenten Schleyer entführt hatte, sondern weil der Staat mit all seinen Potentialen an Gewalt sein politisches Monopol wieder herstellen wollte!

Es gibt keinen Grund, das Verhindern der Gigantonomie des geplanten Atomstaats als „Erfolg" zu verbuchen. Als J.D ihr Buch schrieb, gab es noch 17 Atommeiler, das waren auch damals 17 zuviel. Und es gibt Atommüll ohne Ende, Forschungsreaktoren, Anreicherungsanlagen und ein ungeklärtes und unklärbares Endlagerproblem. Und wenn dies alles abgeschafft, abgeschaltet und entsorgt wäre, der Atomstaat zum Regenerative-Energie-Staat mutiert wäre, wie die aktuelle Regierung der BRD ganz ohne Rot-Grün es augenblicklich antäuscht, gäbe es immer noch ein System, das Strom nicht produziert, um nachhaltiges Glück zu produzieren, sondern um die Leute, die Strom brauchen, auszubeuten, der Rendite wegen. Die Frage, der nachzugehen wäre, ist allerdings: gibt es innerhalb parlamentarischer „Partizipation", wie sie sich in den kapitalistischen (Formal-)Demokratien entwickelt hat, überhaupt noch die Möglichkeiten, reformistische Bestrebungen, sozialistische Zielsetzungen gar oder überhaupt nur emanzipatorische Entwicklungsmöglichkeiten durchzusetzen, ohne dass sie sich ins Gegenteil verkehren? Ist es überhaupt möglich, sich in den herrschenden Politikbetrieb einzumischen, ohne Teil des Herrschaftsapparats zu werden, wie es die Grünen nicht erst seit ihrer Teilhabe an „Gestaltungsmöglichkeiten" in Regierungen und Parlamenten, geworden sind. Politische Bewegungen sind nicht dazu da, die Spielbeinstrukturen irgendwelcher Parlamentarier zu stärken, auch wenn diese noch so gutmenschlich seien, sondern Gegenmacht erfahrbar zu machen und zu organisieren. Ein Pfeiler dieses Verständnis von Widerstand ist und bleibt: es gilt den kapitalistischen Staat abzuschalten.

J.D. beschwört den von Rudi Dutschke 1968 ausgerufenen „langen Marsch durch die Institutionen" (ohne das so zu benennen). Steht dahinter die Hoffnung auf einen Erosionsprozess der herrschenden Strukturen und Institutionen, um irgendwann diese zu übernehmen? Oder erhofft man sich die Dialektik von Reform und Revolution, dass durch den Druck der Straße der kapitalistische Apparat sozialistische Programme verabschiedet? Bislang konnten wir aber vorwiegend erfahren, dass dieser „lange Marsch" zu immer konsequenteren Formen von Integration geführt hat, wofür gerade die 68iger beredtes Zeugnis ablegten. In keiner Phase der Linken Bewegungen wurden mehr Aktivistinnen als systematischer Bestandteil vom Herrschaftsapparat aufgesogen, als in den Nach-68igern.

Um Missverständnissen keinen Vorschub zu geben: es kann nicht darum gehen, sich der Gewaltspirale des Polizeiapparats anzupassen, sondern die verschiedensten Dimensionen subversiven Handelns und Massenmilitanz zu verbinden. Doch revolutionäre Tendenzen von Bewegungen werden grundsätzlich nur zum Tragen kommen, wenn das Konzept der Gewaltfreiheit über Bord geworfen wird und die Akteure politischen Handelns sich nicht freiwillig als Opfer von Gewalt stilisieren. Und schon wieder wird das Dogma der Gewaltfreiheit zum Hebel von Machtausübung und Spaltung innerhalb der Bewegungsstrukturen beschworen. Schon zu oft wurde das „Außerparlamentarische" der Bewegungen zum kalkulierten Politikmanöver „linker" Strategien. Bei J.D. deutet sich dies, trotz ihrer unbestrittenen Bewegungsbegeisterung, an. „Wir unterscheiden, wie Teile der APO zehn Jahre zuvor, zwischen Sachbeschädigung und Gewalt gegen Personen…denn das war und blieb unsere Grenze: keine Gewalt gegen Menschen. Die Gruppen, denen ich angehörte, warfen weder Molotowcoctails auf Polizisten noch später Bomben auf Belgrad" (53) Dieser Satz ist diffamierend und böse.

Soll hier suggeriert werden, alle die Mollis werfen, seien solche wie Josef Fischer einer geworden ist, der, ehemals brandsatzschleudernder Sponti, nicht zufällig, sondern seiner Militanz wegen, nun, als Minister konsequenterweise zum ministeriellen Bombenkriegstrategen geworden ist? Man kann dies auch als Diffamierung der militanten Szene auslegen! Übrigens: die Bewegungen 1967/68 kannten diese Trennung von Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen (sprich: Bullen) noch gar nicht. Ihre Faszination, die von den Aktionen ausgingen, insbesondere im Hinblick auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse, lag gerade darin, dass sie wahrnehmbar war als Vorbild dafür, dass es möglich ist, sich gegen Unterdrückung zu wehren.
Die Stärke des Widerstands in Grohnde, um dieses von J.D. sehr wohlwollend gezeichnete Szenario wieder aufzunehmen, lag darin, dass wir „siegen wollten". Das ist richtig. Die Presse stilisierte das Ereignis zur „Schlacht in Grohnde!" hoch, wobei es halt doch so war, dass die HandarbeiterInnen am Bauzaun zwar keineswegs ehrlos, aber reichlich wehrlos waren, trotz der intensiven Vorbereitungen, hunderte Schutzschilder aus Mülltonnendeckeln, wurden verfertigt, Wurfanker, Trennschleifer und Schiffstaue waren erworben und mitgeschleppt worden. Auch waren massenhaft Knüppel präpariert worden (mit Schleife zum einhängen, um die Hände frei zu haben), durchaus nicht als Mittel demonstrativen Protests, sondern um sich gegen Bullen wehren zu können. Das war selbstverständlicher Bestandteil der Bauzaunaktionen. J.D. blendet dies systematisch aus. (Auch die wenigen Zwillen, die zum Einsatz kamen, waren natürlich dazu da, den Bullen Grenzen aufzuzeigen, die ZaunarbeiterInnen zu schützen.) Dieses Faktum wird von J.D. ausgeblendet, weil es offensichtlich in das „gewaltfreie" Konzept nicht passt. Als die berittenen Bullen rücksichtslos heranstürmten, erwiesen sich die Knüppel als zu kurz, die Taue, als Schutzleine und Cordon um die zurückweichenden DemonstrantInnen gespannt, verhinderten allenfalls ein Massaker der völlig enthemmten Polizeihorden. Als Erfolgserlebnis wurde interpretiert, der Bauzaun, den Ministerpräsident und Presse als unzerstörbar gewürdigt hatten, wurde geknackt, durch Handarbeit. Wir haben den Preis hochgetrieben, politisch und materiell. Als „Sieg" ist das wohl kaum zu bezeichnen. Mit schniefenden Nasen vom Tränengas, blauen Flecken von Knüppeln und großer Trauer fuhren wir zurück. Später gab es massenhaft Prozesse und Knast. Bezogen auf die regionale Struktur der autonomen Bewegung wirkte sich die Grohnde-Erfahrung positiv aus. Es wurde uns die Fördermittel gestrichen. Die Korn wurde in die Autonomie entlassen, was sich auf die Bewegungen der 80iger Jahre äußerst positiv ausgewirkt hat.

## V Schotterer und Schotterinnen

J.D. schreibt: „Die meisten Linken wollen sich weder unterwerfen noch resignieren noch in die Gewaltfalle des Staates tappen." (39) Die Castor?Schottern!Kampagne kommt da gerade recht. Die Zerstörung der Gleisbetten verspricht Verzögerungen des Castor-Transportes. Das ist richtig! Aber gilt es nicht die Einlagerung der Castoren zu verhindern? Sind die strategischen Überlegungen zur Verhinderung des Atommülltransports in der Sackgasse, Widerstand zum Ritual reduziert? Ist da keine Wut mehr, bereit, Radikalität zu entwickeln? Lobend wird erwähnt, es sei gelungen, gezielt Presse zu den Orten des Schotterns einzuladen, als Schutz vor Polizeiübergriffen. Ein Presseereignis, original aus dem Wald? Im Vorfeld des Transports 2011 verlautete es aus den Polizeibehörden: Die Autonomen seien das Problem, diese würden mit aller Gewalt bekämpft! Als wären die Schotter-Aktionen bereits eingeplant im Konzept der Staatsschützer! Die Schotter-Kampagne stellt sich dar, als gewaltfreier Widerstand, zwar nicht so peacig wie Lichterketten, aber doch reduziert auf demonstrativen Protest. Einkalkuliert ist, dass die Akteure sich wegjagen lassen, ohne Gegenwehr. Ein Beschäftigungsprogramm für die Polizei.

Nach Beendigung der Aktionen im Wendland (2010) war eine Erklärung der Interventionistischen Linken (IL) zu lesen, in der sie sich als organisatorischen Motor der Kampagne outete. Man kann es auch als Bekennerschreiben lesen. Wohl zu Recht wird dies als Eigenpropaganda dieser Gruppierung interpretiert. Diese Art von Politik-Mache des Widerstands in dieser Region ist neu. Hatten wir doch gelernt, dass die Vielfalt der Aktionen und Herangehensweisen akzeptiert werden und die

Trittin hats anlässlich einer Podiumsdiskussion zu Atomkraft in Hannover erwischt

verschiedenen Widerstandsformen ganz selbstverständlich zur Struktur des „Wendlands" wurden. Jetzt betritt ein Akteur die Bühne, der eine Art Führungsanspruch formuliert. Bislang war es gerade die Unberechenbarkeit des Widerstands, der die Stärke ausgemacht hat. Die Militanten, die Aktionsformen versuchen, in denen sie aktiv das Geschehen zu bestimmen suchen, akzeptierten jene Formen wie das passive Sich-Festketten an Schienen etc. Und umgekehrt! Geschottert wurde schon immer, Kleingruppen haben bisweilen erstaunliche Löcher hinterlassen, in kürzester Zeit, ohne Feindberührung. Zu kritisieren allerdings ist der Versuch eindimensional und kampagnenmäßig sich darauf zu konzentrieren: dadurch werden möglicherweise wirkungsvollere Interventionsmöglichkeiten verstellt.

Wenn es richtig ist, dass der Schotterkampagne ein strategisches Konzept, wie es von J.D. formuliert wird, zugrunde liegt, dann ist es tatsächlich ein Versuch, der Entpolitisierung des Castor-Widerstands. Das alte Dogma „Gewalt nur gegen Sachen" als Leitmotiv hieße, das Gewaltmonopol des Staates wird anerkannt, präventiv und endgültig. Die Beschwörung, nicht in die staatliche Gewaltfalle zu stolpern, ist eine Aufforderung, sich den Spielregeln der vorgegebenen Gewaltverhältnisse zu beugen.

Das erste Kapitel des Buches trägt die Überschrift: „Die Grünen schottern!" Da J.D. explizit sich als „gewaltfrei" definiert, kann da wohl kaum die Assoziation einer etwas archaischen Hinrichtungsform grüner PolitikerInnenn gemeint sein. Vielmehr steht hinter dieser witzelnden Formulierung, dass als Adressat die Grünen gesehen werden, immer noch in der Hoffnung, dass es gelingen möge, die irrenden Schafe wieder ins korrekte Bett der „Außerparlamentarischen Opposition" zu holen?

Genüsslich wird die Parole zitiert: Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten, wer war dabei: die grüne Partei! „Das Ausmaß, in dem die Grünen sich ihrer Geschichte entledigt haben, übertrifft das jeder anderen Partei… Wenn heute jemand nach den grünen Ursprüngen fragt, deuten grüne Funktionäre die Parteigeschichte um, sodass sie zur trüben Gegenwartsgeschichte passt. Aus der sofortigen ‚Stilllegung aller Atomanlagen', wurde die Unterscheidung in gute und böse Castortransporte. Aus ‚Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg!' neue imperialistische Kriege mit Menschenrechtsalibi. Aus ‚offenen Grenzen' die Selektion von Einwanderern nach ihrer ökonomischen Nützlichkeit, aus linkem, Feminismus Gender Mainstream und Förderprogramme für Bürgersfrauen und aus der Erkenntnis, dass der Kapitalismus Mensch und Natur gleichermaßen zerstört, der Green New Deal, der doch nur ein grüner Deal der sozialen Ungleichheit und der naturzerstörerischen Umwelttechnokratie ist." (244f) Alles richtig! Doch: der emotionale Tenor erinnert an die Kommunisten anfangs der dreißiger Jahre, die, weil die Sozialdemokraten bürgerliche Partei waren, sie als Sozialfaschisten und quasi Hauptfeind entlarvten und beschimpften, ohne zu registrieren, dass ein real existierender Faschismus dabei war, die Macht zu erobern, auf die keine kämpferische Antwort gegeben werden konnte. Entlarvung ist kein tragbares Politikmuster, sondern kann leicht Politikersatz werden. Die Grünen sind eine ganz normale bürgerliche Partei geworden, wie die Sozialdemokratie auch. Sie haben sich schon längst als Alternative zur FDP etabliert. Natürlich fällt das schwer, wenn man Leute, bevor sie zu Charaktermasken wurden, gekannt und gemocht hat. Sie sind Teil des realexistierenden Staatsapparats geworden: sie an Loyalitätsforderungen einer auf Befreiung gerichteten Perspektive zu messen, ist schlicht Blödsinn.

***ein Autonomer***

## Dokumentation: Farbe für Burschis

wir haben in der nacht zum 3.11.2011 das haus der faschistischen burschenschaft thuringia mit 3 farbflaschen (rot) dekoriert. hiermit begruessen wir alle studienanfaengerInnen. burschenschaften wie die thuringia sind rassistische, nationalistische antisemitische, antimuslimische militaristische und sexistische maennerbuende, die zur elite von morgen gehoeren wollen. nichts wichtiges unterscheidet sie von der npd, den freien kameradschaften oder autonomen nationalisten.

fuer eine welt ohne grenzen und klassen!

gruppe "heute farbe, morgen....."

# War starts here!
# Krieg beginnt hier!
# Krig börjar här!

Im Sommer 2011 wurde offiziell die Kampagne Krieg beginnt hier ins Leben gerufen. Wir wollen hier einen kleinen Überblick geben, was in deren Rahmen bisher stattgefunden hat. Dabei geht es nicht nur darum, die Aktivitäten zu sammeln. Diese sollen auch ein Anreiz sein, selbst aktiv zu werden. Schließlich steckt hinter War starts here! eine sehr frei gestaltbare Handlungsanweisung.
Du hast noch nichts davon gehört, obwohl der Kampagnenaufruf schon im Autonomen Blättchen Nr. 6 stand? Hier in Kürze ein paar Sätze aus demselben:
„Wir rufen auf, aktiv einzugreifen in die kriegerische Normalität und die zahllosen zivil-militärischen Verflechtungen. Der Fokus unserer Kampagne liegt auf der erweiterten Infrastruktur und der ideologischen Legitimierung von militärischer Gewalt. Wir wollen die verschiedenen Facetten dieser Herrschaftssicherung sichtbar machen, stören und angreifen. Das Vorbereiten, Üben und Koordinieren von Krieg, das Produzieren, Transportieren, Forschen, Werben und Rekrutieren für den Krieg findet direkt vor unseren Augen statt. (…) Es geht nicht nur darum, das Gesicht des Krieges mit all seinen zerstörerischen und tödlichen Konsequenzen offen zu legen, sondern vor allem darum, deutlich zu machen: Krieg beginnt hier – und ist hier aufzuhalten."
Unter der Parole „Markieren, Blockieren und Sabotieren!" wurde zu eben diesem aufgerufen.
Entstanden ist die Initiative aus Teilen der europäischen Friedensbewegung – nun, ein paar linksradikale Aktivist_innen waren jedoch nicht ganz unbeteiligt. Ein sommerliches internationales Camp in Schweden steckte die Richtlinien fest und markierte den offiziellen Auftakt der Kampagne, indem ein NATO-Truppenübungsplatz teilweise besetzt und mit viel Farbe markiert wurde.
Antimilitarist_innen aus Spanien, Finnland, Deutschland, Schweden, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Lateinamerika, Asien, den USA und dem Süden Afrikas verabredeten gemeinsame Aktionen gegen die Kriegspolitik der Regierungen ihrer Länder. Die meisten Bezugnahmen auf War starts here! gab es, soweit wir es mitbekommen haben, in der BRD. Der Kampagnenname tauchte sowohl als Parole unter Aufrufen auf, als auch als Teil von Aktionen. Denn das offensive Markieren von Kriegslogistik mittels Farbe ist wesentlicher Teil der Idee. Allerdings wurde Krieg beginnt hier! auch von militanten Gruppen aufgegriffen.

Hier kommt nun ein Überblick über die antimilitaristischen Aktivitäten, die im letzten dreiviertel Jahr Bezug zur Kampagne genommen haben.

**Markieren, Blockieren, Sabotieren!**

Am 27.06.2011 wurde in Hannover dem Leutnant der Reserve und Vorsitzenden der Reservistenkameradschaft der Uni Hannover sein Türschloss verklebt und die Tür mit Farbe markiert. Im Treppenhaus und in der Erklärung der Aktivist_innen heißt es: „Der Krieg beginnt hier!"

Im Aufruf des Antimilitaristischen Aktionskreises Hannover gegen das Sommerbiwak der Bundeswehr 2011 in Hannover wird unter der Überschrift „Der Krieg beginnt hier!" die Rolle der Bundeswehr in der Region Hannover beschrieben:
„Die 1. Panzerdivision Hannover organisiert als Leitdivision die Auslandseinsätze des Heeres und ist mit über 5000 SoldatInnen an der Besatzung des Kosovo und Afghanistans beteiligt. Und auch wenn ‚die Erste' aus Hannover verschwinden sollte, ist die Bereitschaft der Stadt für zivil-militärische Kooperation nicht gesunken. Die seit 2009 in Hannover angesiedelte Feldjägerschule trainiert in- und ausländische Militärs und Polizeikräfte zur Bekämpfung von oppositionellen Bewegungen. Der Fliegerhorst Wunstorf wird gerade zum zentralen Standort des Lufttransportgeschwaders ausgebaut und wird zukünftig der wichtigste Umschlagplatz für Kriegsgerät, Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr sein."
Da merken wir an, dass mittlerweile entschieden wurde, auch die Führungsebene der Feldjäger in Hannover anzusiedeln. Auch ist inzwischen klar, dass die 1. Panzerdivision im Rahmen der Umstrukturierung der Bundeswehr

nach Oldenburg verlegt wird. Krieg beginnt auch dort. Wo ihr Propagandafest Sommerbiwak zukünftig stattfinden wird, ist noch nicht bekannt. Allerdings: 2012 soll es auf jeden Fall nochmal in Hannover stattfinden. Am 29. Juni. Vormerken!

Im Rahmen von War starts here beteiligten sich 400 Belgier_innen im Mai an Aktionen gegen die Firma Agrexco. Agrexco ist Hauptexporteur von landwirtschaftlichen Produkten aus den illegalen israelischen Siedlungen in Palästina. Im belgischen Liège ist eines der Importdrehkreuze für die EU. Bereits im Februar wurde Agrexcos Terminal im Flughafen Liège blockiert. Die Antimilitarist_innen erklärten, dass Agrexco verantwortlich sei für Beteiligung an Kriegsverbrechen, weil es durch seinen Handel direkt die Kriegspolitik der illegalen Siedlungen finanziere und unterstütze. Es wurde ein Stopp des Imports von Waren aus diesen Siedlungen gefordert. Die Offenlegung und Markierung des Zusammenhanges von Ökonomie und Krieg war inhaltlicher Schwerpunkt dieses Kampagnenteils.
Die Aktion wurden u.a. von der Gruppe vredesactie durchgeführt. Diese hat die Broschüre „War starts here - A guided tour about the arms industry lobby in Brussels " mit herausgebracht, in der es um Kriegsindustrie und Waffenlobbyismus in Brüssel geht. Die Beschäftigung mit Agrexco ist also eingebettet in Aktivitäten gegen die Verflechtung von Krieg und Wirtschaft. Außerdem ruft vredesactie zur „International action of civil disobidience at NATO headquaters in Brussels" am 1.4.2012 auf (ziviler Ungehorsam wird eher weit ausgelegt und hat auch schon zum Sturm auf das NATO-Hauptquartier geführt).

Etwa 170 Personen markierten Ende Juli ein Raketentestgelände im Norden Schwedens als Kriegsort. Das Testgelände in der Nähe von Lulea wird von Rüstungskonzernen u.a. der Bundesrepublik Deutschlands und anderer NATO-Staaten sowie Israels genutzt. Mit der Markierung des Testgeländes und der Gebäude darauf wollten die KriegsgegnerInnen darauf aufmerksam machen, dass auch im neutralen Schweden Vorbereitungen für die NATO-Kriege getroffen werden.
Bei der Markierung eines Teiles des Testgeländes wurde mit pinker Farbe nicht gespart. Diese Aktion bildete den offiziellen Auftakt der Kampagne War starts here!
Nachdem 10 Personen fast 24 Stunden nach der Aktion immer noch in Haft waren, hatten die Kriegsgegner_innen in Lulea vor der Polizeistation eine Protestwache eingerichtet und riefen zu Internationalen Protesten bei den Behörden in Lulea auf. Die juristischen Vorwürfe reichen von unerlaubtem Betreten des Testgeländes bis zum unerlaubten fotografieren Militärischer Anlagen.
In Lulea fand im Rahmen des dortigen antimilitaristischen Camps auch eine Demo mit ca. 300 Teilnehmer_innen statt. Auch diese stand unter dem Motto „War starts here – let´s stop it here!"

Anfang September zündelte die „Autonome Gruppe selbstbestimmte Abrüstung" in Hamburg. Der Auto- und Rüstungskonzern Rolls-Royce wurde mit Feuer angegriffen. Diese Aktion wurde in den Rahmen der Kampagne gestellt.
*(Das Erklärungsschreiben findet ihr im Anschluss an diesen Artikel. AB.)*

In Nürnberg wurde im September ein Bundeswehrstand bei der Berufsmesse „abi pure" blockiert.
Nachdem die Bundeswehr in der Nürnberger Frankenhalle bei „abi pure - die Messe für Studium und Ausbildung" einen Vortrag zu Karrieremöglichkeiten abhielt und den größten Stand auf der Messe unterhielt, beschlossen Aktivist_innen von „Tatort Alltagskrise" den Stand zu besuchen.
Über ein Dutzend junger Menschen riegelte für kurze Zeit den Stand ab. Als Leichen verkleidet, versammelten sich die AktivistInnen um den Stand, riefen Parolen wie „Rauf mit der Bildung – runter mit der Rüstung" und verteilten an die Besucher_innen Flugzettel. Nicht nur Aufmerksamkeit und positive Reaktionen erhielten die Aktivist_innen, der Sicherheitsdienst sprach schnell ein Hausverbot für alle Kriegsgegner_innen aus.

Krieg beginnt hier: Bonn, Deutschlandfest. Während einer zivil-militärischen Rettungsübung im Rahmen der Deutschlandfeierlichkeiten rund um den 3. Oktober in Bonn, versuchten antimilitaristische Paddler_innen die PS-starke Militärshow aus dem Ruder zu bringen.
Neben der üblichen Kinder-Werbemasche präsen-

tierte sich die Bundeswehr mit einem Großaufgebot in einer zivil-militärischen Rettungsübung, bei der ein Löschzug der Feuerwehr über eine fahrende Brücke der Bundeswehr über den Rhein setzen sollte. Löschboote fuhren in alle Richtungen spritzend auf und ab, Militärhubschrauber sollten aus der Luft ein Großfeuer löschen. Das gelang auch nach zahlreichen Versuchen nicht – die DLRG, die das Übungsfeuer gelegt hatte, löschte letztendlich wenig spektakulär selbst.
Während dieser PS-starken Rettungs-Potenzshow markierten zwei Meter hohe Großbuchstaben am Rheinufer die Kritik: „Kein Werben für das Sterben". Auf einem improvisierten Kleinfriedhof wurden Kreuze für die zivilen Opfer des von Oberst Klein angeordneten Kundus-Massakers aufgestellt. Rheinaufwärts machte sich ein Schlauchboot mit zehn Styroporsärgen im Schlepptau auf den Weg. Nach kurzer Fahrt bemühte sich die Wasserschutzpolizei, das Boot mit den behelmten Särgen in schwarz-rot-gold abzudrängen. Die antimilitaristischen Paddler_innen fuhren nah am Ufer unbeirrt weiter bis sie schließlich von einer (schwimmenden) Reiterstaffel der Polizei gestoppt und von einem Feuerwehrboot gekapert wurden. Feldjäger in Schlauchbooten blieben souverän auf Distanz. Die vaterlandsverräterischen Särge wurden von fleißigen Bereitschaftsbullen am Ufer sichergestellt und am Ende beschlagnahmt.

Anfang Oktober blockierten die Teilnehmer_innen des Bundeskongresses der DFG-VK einen Werbestand der Bundeswehr in den Leipziger Messehallen. Der Militärstand wurde mit Fahnen und Transparenten abgeschirmt, die den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan forderten. An die Messebesucher_innen, darunter viele Familien mit Kindern, wurden Flugblätter verteilt, die davor warnten, den Anwerbeversuchen der Bundeswehr nachzugeben. Als nach einer halben Stunde die Polizei mit Räumung drohte, brachen die Aktivist_innen die Aktion ab. Die Kundgebung zum 10. Jahrestag des NATO-Krieges in Afghanistan stand unter dem Motto: „Der Krieg beginnt hier! Wir müssen ihn deshalb auch hier stoppen!"

Auch in Berlin fanden anlässlich des Jahrestages Aktionen statt. Trotz der schwachen Beteiligung wurde diese jedoch medial wahrgenommen. Neben einer Demo wurden Nachts am Bendlerblock (Sitz des Kriegsministeriums) große Sprühereien mit „War starts here" angebracht.

Am 22. Oktober fand in München eine „Fahrraddemo zur Markierung kriegerischer Normalität" statt. Leider waren nur ca. 50 Leute auf der Demo, dafür gelang es, sich bei schönstem Wetter durch die Münchner Innenstadt zu bewegen, um an verschiedenen kriegsrelevanten Orten die Meinung kundzutun.

Aus Potsdam erreichte uns folgende Meldung. Dokumentation:
„Uni Potsdam - Krieg beginnt hier.
wir haben in der nacht auf den 2.11.11 die uni potsdam an zwei orten als institution markiert, an der militarisierung hoffähig gemacht wird. am campus neues palais und am campus griebnitzsee wurde der slogan „krieg beginnt hier" gesprüht.
die uni potsdam hat sich in den letzten jahren zu einem militär- und sicherheitspolitischen think-tank entwickelt. eine reihe von zivilen und militärischen sponsoren fungieren als geldgeber für die uni. dadurch leistet die uni potsdam einen deutschlandweit einzigartigen beitrag zur normalisierung von krieg und alltäglicher militarisierung der gesellschaft. vor allem im im sozialwissenschaftlichen bereich öffnet die uni potsdam tür und tor für bundeswehr und rüstungunternehmen und leistet so einen wesentlichen beitrag zur ideologischen kriegsführung.
deshalb haben wir konkrete orte an der uni als orte markiert, an denen krieg beginnt: am campus neues palais den sitz der militärhistoriker_innen. hier wird zusammen mit den soziolog_innen und der kriegsakademie strausberg der bundeswehr der studiengang military studies verwaltet.
in griebnitzsee haben wir das hasso-plattner-institut (hpi) gekennzeichnet. dieses wurde vom vorstandsvorsitzenden des militärlogistikers sap hasso plattner gestiftet und dient als kaderschmiede für zukünftige it-expert_innen zur weiterentwicklung ihrer software, die auch zur kriegsverwaltung eingesetzt wird. am campus griebnitzsee lehrt harald fuhr, zum einen professor für internationale politik, zum anderen sprecher für den projektbereich des sonderforschungsbereichs 700 „umwelt und entwicklung". der sfb 700 hat die aufgabe, governance in staatlich beschränkten räumen zu erforschen und dient der „wissenschaftlichen" begründung neokolonialer kriegsführung: ein schwerpunkt ist der staatliche wiederaufbau in afghanistan. außerdem hat in griebnitzsee das brandenburgische institut für gesellschafts- und sicherheitsforschung (bigs) seinen sitz. dieses von der uni potsdam, dem land brandenburg, den rüstungskonzernen eads, rolls royce und iabg finanzierte an-institut versucht sich als think-tank für sicherheitsökonomie zu etablieren. in seinen

„forschungen" und seminaren erörtet es fragen zum thema ziviler und militärischer sicherheit.
quod errat demonstrandum: krieg beginnt hier.
ag UPdown"

Wir zitieren außerdem... Dokumentation:
„Brandsätze für Rheinmetall - War starts here!
„Remember, remember the fifth of November
Gunpowder, treason and plot
I know of no reason why gunpowder treason
Should ever be forgot."
In der Nacht des 5. November 2011 traf es nicht das Londoner Parlament sondern eine Niederlassung von Rheinmetall Waffe Munition. Mehrere Brandsätze entfachten Feuer auf dem Gelände der Produktionsstätte in Trittau bei Hamburg.
Rheinmetall ist als einer der größten europäischen Rüstungskonzerne seit mehr als einem Jahrhundert ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Ausbeutung und Mord für hübsche Bilanzen sorgen. Im Kapitalismus keine Besonderheit, weil nicht menschliche Bedürfnisse (oder gar humanistsich ‚demokratische' Werte) im Mittelpunkt stehen, sondern ein möglichst hoher Profit, die Konkurrenzfähigkeit des nationalen Standortes und die mit staatlicher Gewalt durchgesetzte Aufrechterhaltung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
Für Rheinmetall zeigen sich nach den Aufständen Anfang des Jahres nun auch in Algerien neue Geschäftsmöglichkeiten. So ist geplant, gemeinsam mit MAN eine Panzerfabrik zu bauen, um Fuchspanzer und andere Militärfahrzeuge zu montieren. Die einzelnen Komponenten kommen weiterhin aus Deutschland, hergestellt in Orten wie Trittau. Der Krieg beginnt eben hier und kann auch hier sabotiert werden. Dazu sind wir bereit, in Solidarität mit jenen Aufständischen weltweit, die für ein selbstbestimmtes Leben und eine freie Gesellschaft kämpfen.
Für den Bruch mit der mörderischen Normalität durch Sabotage und Angriff.
Für den Aufstand.
Autonome Gruppen"
Bei dieser Aktion wurde eine Munitionsmischkammer zerstört und ein Schaden von 500.000 Euro angerichtet.

Am 08. November besetzten rund 30 deutsche, türkische und kurdische Antimilitarist_innen die zentrale Geschäftsstelle des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall. Währenddessen demonstrierten vor der Tür einige weitere Aktivist_innen mit Fahnen und Transparenten und machten auf das Geschehen aufmerksam. Mit der Aktion wurde gegen den Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung und die Waffenlieferungen Deutschlands an die Türkei protestiert. Viele der deutschen Waffen stammen aus der Produktion von Rheinmetall, wie etwa die Panzer Leopard 1 und 2, sowie dem Maschinengewehr MG3. Rheinmetall erzielt durch den Verkauf von Gewalt und Mord milliardenschwere Profite. Für das Jahr 2011 erwartet der Konzern einen Rekordumsatz.
Nach nur wenigen Minuten begann die Düsseldorfer Polizei die Besetzung rabiat zu räumen.
„War starts here! Kriegstreiberei und Militarisierung markieren, blockieren, sabotieren!
Unser Protest richtet sich nicht nur gegen die AKP Geführte Türkei, sondern auch gegen die imperialistischen Kriege und Besatzungen der NATO und ihrer blutigen Kriegsmaschinerie."

Auch in Wuppertal gab es Aktivitäten. Lest selbst, was die AG Wärmeentwicklung dazu schreibt. Dokumentation:
„Wir haben in der Nacht vom 10.11 auf den 11.11 einen Lieferwagen der Siemens AG in der Rudolfstraße mittels einfacher Grillbrickets abgefackelt. Siemens behauptet, sie seien aus dem Geschäft mit der Atomkraft ausgestiegen. De Facto produzieren sie weiter fleißig Pumpen und anderes Material, was für AKWs und für Kraftwerke, die mit fossilen Brennstoffen laufen, genutzt wird.
Dass beides eine Sauerei ist, muss hier nicht weiter erklärt werden. Unsere Aktion soll eine Gedächtnisstütze für die Leute sein, die immer noch meinen, sie müssten ihre Kohle mit solchen Technologien machen.
Siemens beteiligt sich auch weiterhin am Krieg, der überall in der Welt auch mit in Deutschland produzierten Waffen geführt wird.
Wir zitieren an dieser Stelle aus der Presseerklärung des Hekla-Empfangskomitees, was vor einiger Zeit Berlin entschleunigt hat: „Die Gewohnheit, mit der hier jede Scheiße hingenommen oder durchgesetzt wird, muss durchbrochen werden.

Angeblich sind 70% der deutschen Bevölkerung gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Trotzdem morden die Soldat_innen, der Waffenhandel floriert, die Aktien der Kriegsindustrie steigen. Der relative Reichtum hier begründet sich jeden Tag aufs Neue durch Krieg anderswo - durch Ressourcenklau und internationale Machtdemonstrationen.
Jeden Tag wird aus Deutschland Kriegsmaterial exportiert. Jeder Tag ist Kriegstag"
Wir sehen die Aktion als Teil der Kampagnen „Atomstaat stillegen" und „War starts here". Atomausstieg ist Handarbeit!
Krieg dem Krieg!AG Wärmeentwicklung"

Am 18. November wurde in Frankfurt/Main eine Kundgebung direkt neben dem „Occupy Frankfurt!" Camp abgehalten. Um die Beteiligung der deutschen Banken an Kriegen und den Kriegsgeschäften zu veranschaulichen, zog nach der Kundgebung eine Gruppe zur naheliegenden Commerzbank. Dort wurde im Eingangsbereich ein 6 Meter langes Transparent mit dem Schriftzug „Krieg beginnt hier!" mit rot-schwarzen Luftballons in die Kuppel des Eingangsbereiches, weithin für die außenstehenden Passanten sichtbar, befördert. Hierzu passend wurde ein Beitrag zur besonderen Rolle der Commerzbank bei der Militarisierung gehalten. Das Transparent prangte auch noch abends sichtbar für alle neben dem Logo der Commerzbank!

Ende November wurden in der Stuttgarter Innenstadt mehrere Transparente mit der Aufschrift „Krieg dem Krieg", „Krieg beginnt hier" und „Kriege beginnen wo sie geplant werden" aufgehängt. Zusätzlich wurde antimilitaristische Stadtverschönerung betrieben. Die Transparente wurden tagsüber im Zentrum Stuttgarts aufgehängt und beinhalteten alle die Aufforderung, sich an der Mobilisierung gegen die Afghanistankonferenz 2011 in Bonn zu beteiligen. Die Menschen sollten damit konfrontiert werden, „dass Krieg beginnt, wo er geplant, vorbereitet, koordiniert und beworben wird, nämlich in unmittelbarer Nähe von uns, hier in der BRD!"

Aus Heilbronn kommt folgende Nachricht (die wir gekürzt haben und hier dokumentieren):
„Wir haben in der Nacht vom 19. auf den 20.November ein Gebäude in der Innenstadt von Heilbronn mit mehreren Farbbeuteln angegriffen. In dem Haus befindet sich das Heilbronner Büro des „Zentrums für Nachwuchsgewinnung Süd" der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist seit Ende 2001 am Krieg in Afghanistan beteiligt und als drittgrößte Truppe mit verantwortlich für 10 Jahre Besatzung und Terror gegen die afghanische Bevölkerung. In mehreren belegten Fällen waren Bundeswehrsoldaten an der Ermordung von Zivilisten beteiligt. (…) Auch an Heilbronner Schulen gab es bereits Veranstaltungen mit Offizieren der Bundeswehr.
Koordiniert werden diese Propagandaaktivitäten durch das „Zentrum für Nachwuchsgewinnung".
Unsere Aktion richtet sich deswegen nicht nur symbolisch gegen den imperialistischen Krieg der Bundeswehr in Afghanistan, sondern wir haben auch gezielt eine Institution angegriffen, die die Militarisierung der Gesellschaft vor Ort betreibt.
Kampf der deutschen Kriegspolitik!
Der Krieg beginnt hier!
Gegen die Afghanistankonferenz in Bonn vorgehen!"

Am 19.11.2011 beteiligten sich rund 200 Kriegsgegner_innen an einem lokalen Aktionstag in Nürnberg.
Sie zogen unter dem Motto „Krieg beginnt hier! Kriegsprofiteuren das Handwerk legen" durch die Nürnberger Innenstadt.
Man zog auch zum Hauptsitz der Firma Diehl, dem fünftgrößten Rüstungskonzern Deutschlands. Der global operierende Industriekonzern erwirtschaftete alleine mit seiner Waffenproduktionssparte „Diehl Defence" einen Jahresumsatz von 740 Millionen Euro. Produziert werden u.a. Raketen und Munition (hier ist Diehl einer der bedeutensten Systemanbieter), Drohnen und Ausrüstung für (gepanzerte) Militärfahrzeuge. Diehls Waffen gehören nicht nur zum Standardsortiment der Bundeswehr, auch die US-Armee und fast alle Nato-Staaten sind Kunden des Nürnberger Rüstungsunternehmens, genauso wie die Vereinigten arabische Emirate, Pakistan oder Indien.
Diehl-Waffen sind in mehr als 30 Staaten im Einsatz, Diehl Defence ist global präsent, wie sie selbst stolz von sich behaupten.

Vor allem mit einem Produkt machte die Firma Diehl in der Vergangenheit von sich reden: Streumunition – eines der heimtückischsten Mord- und Verstümmelungsinstrumente für die Zivilbevölkerung, die die Rüstungsindustrie je produziert hat. Machte der Konzern seit Jahrzehnten viel Geld mit Streubomben, nannte er nach der internationalen Ächtung und dem Verbot von Streubomben im Jahre 2008 seine eigens hergestellte Streumunition „Smart 155" in Punktzielmunition um und darf mit Hilfe der deutschen Bundesregierung weiter die todbringende Munition produzieren.

Am 19.11. fand in Bochum eine Kundgebung im Rahmen der Kampagne „war starts here" und der Mobilisierung gegen die Afghanistan-Konferenz in Bonn statt. Circa 40 Teilnehmer_innen versammelten sich vor der Deutschland-Zentrale des transnationalen Ölkonzerns „beyond petroleum" (BP) in Bochum, um auf die Verstrickung des Konzerns in den Irak-Krieg hinzuweisen. Darüber hinaus sollte zum internationalistischen Block auf der Demo gegen die NATO-Afghanistan-Konferenz am 3. Dezember in Bonn mobilisiert werden.
Die Reden beschäftigten sich inhaltlich mit dem Thema BP und Irak-Krieg und wiesen darauf hin, dass die Ressource Erdöl für den Weltmarkt eine derartige Relevanz hat, dass sie im Irak den wichtigsten Kriegsgrund darstelle. Es wurde auch auf das gesteigerte Kriegsinteresse des BP-Konzerns im Vorfeld verwiesen und somit jenseits einer verkürzten Einzelkritik an Konzernen auf die Verknüpfung zwischen Weltmarkt und Krieg hingewiesen.

Abgeschieden von der Öffentlichkeit feierte am 20. November die bundesweite Schickeria der Industrie und Politik in der Essener Villa Hügel, dem ehemaligen Wohnhaus der Industriellenfamilie Krupp, das 200 Jährige Firmenjubiläum Krupps. Bundespräsident Christian Wulff, NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und viele weitere hohe Vertreter_innen aus Politik und Wirtschaft gaben sich die Ehre.
Damit auch die Essener Anwohner_innen etwas von dem glanzvollem Jubiläum mitbekommen, machte ein ideeller Gesamt-Krupp mit einem Dutzend Arbeiter_innen und Kriegsopfer einen Spaziergang über den Essener Weihnachtsmarkt, um auf sein Firmenjubiläum hinzuweisen und zum Feiern einzuladen. Immer wieder rief er laut hinaus: „ Liebe Essenerinnen und Essener, Ich, Herr Krupp, feiere heute mein 200 jähriges Firmenjubiläum. Wir feiern 200 Jahre Rüstungsproduktion aus Essen. Wir feiern 200 Jahre Milliardenprofite aus dem Verkauf von Kriegsgerät. Meine größten Geschäfte waren der 1. und 2. Weltkrieg. Ich lade Sie herzlich ein, mit mir all das zu feiern.". Die Arbeiter_innen und Kriegsopfer verteilten währenddessen Flugblätter und klärten die irritierten und interessierten WeihnachtsmarktbesucherInnen über die Aktion auf.
In dem verteilten Flugblatt wurde schnell der ironisch-kritische Charakter der Aktion deutlich. Man verwies auf Profite in Milliardenhöhe durch den 1. und 2. Weltkrieg, auf die Kooperation der Firma Krupp sowohl mit der Kaiser Willhelm Monarchie als auch mit der Hitlerdiktatur, auf die 70.000 Zwangsarbeiter_innen in Krupp-Fabriken, sowie auf die schnelle Begnadigung Krupps durch die Westalliierten und der Nachkriegsregierungen.
Die ganze Aktion schließt sich in eine Reihe von Aktionen der letzten Wochen im Rahmen der „War starts here" Kampagne.

Besetzung bei Rheinmetall in Düsseldorf

Am 02.12., im Vorfeld der sogenannten Afghanistankonferenz in Bonn, wurde die Zentrale der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Bonn besetzt. Dabei wurde ein riesiges Transparent mit der Aufschrift „Krieg beginnt hier" von einem Vordach entrollt. Gleichzeitig wurde im Treppenhaus der GIZ die gleiche Parole vielfach gesprüht, um deutlich zu machen, dass die GIZ Teil der deutschen Kriegsführung ist. Nach 2 Stunden wurde die Aktion durch die Bullen beendet. Das reichte aber, um die Angestellten in den vorgezogenen Feierabend zu schicken.
Die GIZ, das zentralisierte Vollzugsorgan der deutschen Entwicklungshilfe, unterzeichnete 2011 einen Kooperationsvertrag mit dem deutschen Kriegsministerium. Diese Militarisierung ist nur ein Beispiel für die verstärkte zivil-militärische Zusammenarbeit im Bereich der sog. Entwicklungshilfe. Alle deutschen NGOs, die in Afghanistan arbeiten wollen, müssen mit der GIZ und also dem Militär zusammenarbeiten. Außerdem unterstützen viele NGOs den Umbau Afghanistans nach neoliberalem, westlichem Vorbild. Auch dagegen richtete sich die Besetzungs-

aktion.

Zur Demo gegen die Afghanistankonferenz rief die Interventionistische Linke unter dem Motto „Krieg beginnt hier, Make imperialism history" zum internationalistischen Block auf (der auch vom 3a-Bündnis mitorganisiert wurde). „Es ist die Logik des Krieges, der Waffenindustrie und der inneren wie äußeren Aufstands- und Migrationsbekämpfung Deutschlands und der EU-Staaten, die Ziel unserer Politik und Praxis werden sollten."
An der Demo beteiligten sich zwei- bis fünftausend Menschen. Je nachdem, wem man glauben will. Getragen wurde sie von den klassischen Organisationen der deutschen Friedensbewegung. Der internationalistische Block war jedoch der größte und er war nicht nur Bezugspunkt für IL-Gruppen, sondern auch für die autonome Linke und internationale Organisierungen. Leider war die Beteiligung aus Norddeutschland sehr mager. Die linksradikale Beteiligung wurde wesentlich aus West- und Süddeutschland getragen.
Im Rahmen der Demo gab es einen Farbbeutelangriff auf den Sitz der Firma Hochtief. Zeitgleich wurde vom Lautsprecherwagen eine Erklärung verlesen, in der die Aktion als Teil von Krieg beginnt hier! bestimmt wurde. Hochtief arbeitet seit Jahrzehnten in Afghanistan, seit Beginn des Bundeswehreinsatzes intensiv mit dem deutschen Militär zusammen und wurde deshalb als Kriegsprofiteur markiert.
Trotz dieser guten Aktion: Angesichts der Tragweite des Afghanistankrieges können die mangelnde Beteiligung an der Demo gegen die Konferenz und die wenigen Aktionen gegen diese sicherlich als Niederlage der friedenspolitischen, wie der antimilitaristischen Linken gelten.

In München haben sich verschiedene Gruppen explizit zusammengetan, um sich an der internationalen Kampagne „War starts here" zu beteiligen.
„Der Krieg beginnt hier, wo Rüstungsunternehmen ihre Profite machen, wo in Schulen und Arbeitsämtern die Bundeswehr versucht Soldaten zu gewinnen, wo auf internationalen Konferenzen die „strategische Community" ihre nächsten Einsätze plant und wo immer deutlicher versucht wird, das Militär wieder ins Zentrum gesellschaftlicher Realität zu rücken. Und genau an diesen Orten wollen wir einschreiten. Der Krieg wird nicht da aufgehalten, wo er geführt wird, sondern da, wo er geplant und koordiniert wird, wo seine Logistik steckt und er ideologisch vorbereitet wird. München ist nicht nur der Ort, wo sich einmal im Jahr die Kriegsplaner/innen zur Sicherheitskonferenz treffen, es ist auch ein Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie. Firmen wie Krauss-Maffei und Siemens haben hier ihren Sitz, EADS ist mit gleich drei großen Standorten vertreten. Und im Umland finden sich die skandalträchtigen Gebirgsjägerkasernen in Mittenwald und Bad Reichenhall."

Die Aufrufenden gegen die „Sicherheitskonferenz" in München und die militärische „International Urban Operations Conference" in Berlin reihen sich ebenfalls in die Kampagne Krieg beginnt hier! ein.
Ansonsten erhebt diese Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

*(Ihr findet den Aufruf nach Berlin und einen Text aus München im Anschluss an diesen Artikel. AB)*

Wir denken, dass es innerhalb weniger Monate gelungen ist, unter der Parole „Krieg beginnt hier" verschiedenste Strömungen antimilitaristischer Politik zu sammeln. Trotz aller Unterschiede in Theorie und Praxis, scheinen Viele mit diesem Ansatz etwas anfangen zu können. Da explizit zum Markieren, Blockieren und Sabotieren aufgerufen wird, lässt sich ja auch eine vielfältige Praxis entwickeln. Überraschend ist, dass bisher die meisten Aktionen in Deutschland stattfanden. Vielleicht haben wir aber auch einfach nicht mitbekommen, was woanders gelaufen ist. Auch das Aufgreifen des Mottos durch Sabotierende sehen wir ebenso als Erfolg, wie das vielfältige Aufgreifen des Konzeptes durch das ein breites praktisches Spektrum möglich wurde. Weiter so.
Trotzdem ist das Potential möglicher Aktivitäten im Rahmen der Kampagne bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Bisher wurden Einem/r selten durch das Markieren von Kriegsinfrastruktur die Augen geöffnet und neue Zusammenhänge öffentlich sichtbar gemacht. Da liegt noch ein großes Potential an möglichen Interventionspunkten. Denn das Markieren mit großflächigen „Krieg beginnt hier!"- Malereien ist meistens nicht so schwer. Und unbemerkt liegt noch so manche zivil-militärische Kriegsinfrastruktur im Verborgenen. Lasst sie uns entdecken, markieren, blockieren und sabotieren. Denn Krieg beginnt hier.

***Antimilitarist_innen von hier – wo der Krieg beginnt.***

# Dokumentation: Brandanschlag auf Rolls-Royce in Hamburg

COMPREHENSIVE RESISTANCE - WAR STARTS HERE!

- Talokan im Norden von Afghanistan: Bundeswehrsoldaten schießen mit Sicherheitskräften auf eine Demo, ca 20 Menschen sterben.
- Kundus: vor 2 Jahren, Bombardierung von 2 gestohlenen Tanklastwagen, 142 Tote.
Das sind nur einzelne Beispiele, die kurzfristig die Öffentlichkeit mehr oder weniger erregen. Fakt ist: Deutschland führt Krieg. Die Bundesrepublik ist zurzeit mit ca. 8000 Soldat*innen an 8 Kriegseinsätzen beteiligt.

Seit dem Krieg im Kosovo wird die Bundeswehr (BW) weltweit als Kampftruppe eingesetzt. Mit der Abschaffung der Wehrpflicht am 1. Juli 2011 und der Einführung einer Freiwilligenarmee wird diese Entwicklung nun strukturell manifestiert. Dabei handelt es sich um die größte Umstrukturierung seit der Gründung der BW im Jahr 1955. Zukünftig werden nur noch Spezialist*innen gebraucht, die auch wirklich kämpfen und Deutschland dienen wollen. Und so heißt dann auch der Slogan, mit dem die Bundeswehr versucht, für sich zu werben: "Wir dienen Deutschland".
Die Propagandaoffensive mit der die Bundeswehr den Kampf um die Köpfe - und nebenbei auch die Zustimmung der Bevölkerung zu ihren weltweiten Einsätzen - gewinnen will, hat an Schulen, Arbeitsagenturen, Universitäten, bei Gelöbnissen und medial aufbereiteten Trauergottesdiensten schon begonnen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Propaganda in den kommenden Monaten seitens der Militarist*innen noch intensiviert wird und ähnlich wie in den 1990er Jahren wieder großflächige Plakate und Zeitungsanzeigen von dem "Abenteuer Militär" berichten werden. Dass Krieg führen auch Tod, Mord, Unterdrückung und Vergewaltigung bedeutet, wird in diesen Anzeigen wohl ausgespart bleiben.

Und somit kann offen von "Krieg" geredet werden, ohne dass irgendwer daran Anstoß nimmt, als hätte es den Nationalsozialismus und die kriegerische Agression Deutschlands nicht gegeben. Die Lehren aus der Vergangenheit wurden nie ernsthaft gezogen und schon 1955 verdrängt, als ausgerechnet die alten Wehrmachtsgeneräle die damals als "neue Wehrmacht" bezeichnete "Bundeswehr" wieder aufbauen durften. Mittlerweile rechtfertigt Deutschland den Krieg darüber hinaus mit seiner grauenhaften Geschichte und führt "wegen Auschwitz" Krieg. Die vorgegaukelte Reue ist nurmehr ein ärgerliches Überbleibsel aus einer längst überwundenen Zeit, die auf dem Weg zum vollwertigen "Globalplayer" nur stört.
Wie die Interessen tatsächlich liegen, veranschaulicht auch der Entwurf für den Bundeshaushalt 2012. Während die Bereiche Arbeit, Soziales und Gesundheit insgesamt um 11,8 % gekürzt werden, bleibt der Bereich Verteidigung auf stabilen Niveau und wird sogar um 0,4 % erhöht. Es soll gespart werden, allerdings nicht am Militär!
Es liegt im geo- und wirtschaftspolitischen Interesse Deutschlands, dem deutschen Kapital den Zugriff auf Rohstoffquellen und Exportmärkte zu garantieren. Und zwar auch dem Markt für Kriegsgüter: Mit einem Anteil am Waffenexport von derzeit 10,6% ist Deutschland auch der weltweit drittgrößte Rüstungsexporteur.
Die derzeitige Aufregung um die 200 Leopardenkampfpanzer, die nach Saudi-Arabien geliefert werden sollen, mutet in Hinblick auf das Ausmaß der Rüstungsexporte lächerlich an. Allein im Jahr 2009 gab es Rüstungsausfuhren in 44 Länder, in denen die Menschenrechtsituation von Seiten der UN als fraglich eingestuft wurde und in 54 Länder, in denen Gewaltkonflikte herrschten.

Zeitgleich rüstet die EU Ihre Außengrenzen zum Zwecke der Migrationskontrolle auf. Umfangreiche Informationssysteme werden angelegt (SIS I und II, VIS). Und mit der "Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen" (Frontex) ist ein unabhängiger Apparat geschaffen worden, der über das Leben von tausenden Flüchtlingen entscheidet.

Doch auch im Innern schreitet die Militarisierung zur Absicherung der staatlichen Herrschaft und Durchsetzung ökonomischer Interessen stetig voran. Mit der Zuspitzung der sozialen Situation und der zunehmenden Unzufriedenheit darüber, muss Druck auf jeden und jede ausgeübt werden, damit das System

funktioniert.

"Die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit ist obsolet" geben Merkel und und BKA-Chef offen zu. Genau: Noch gut erinnern wir uns an die "Aufklärungsflüge" der Tornados über die Anti-G8-Camps bei Heiligendamm oder an gepanzerte Bundeswehrfahrzeuge zur Sicherung des G8, an Soldat*inneneinsätze beim Castortransport und bei der Ausbildung von Polizist*innen in Afghanistan. Längst übt die Bundeswehr den Umgang mit "aufgebrachten Menschenmengen", wie beispielsweise im Gefechts-Übungszentrum (GÜZ) in der Colbitz-Letzinger Heide bei Magdeburg.
Neben der Sicherung der bestehenden Verhältnisse sorgt die militärische Durchdringung des Zivilen auch für einen gesellschaftlichen Rückhalt an der "Heimatfront". Zur Steigerung der Akzeptanz werden öffentliche Auftritte propagiert und insbesondere die Zusammenarbeit mit zivilen Strukturen verstärkt. Seit einiger Zeit garantieren sogenannte Verbindungskommandos in den Regierungsbezirken, in denen Beauftragte der Bundeswehr sitzen, einen reibungslosen Ablauf der zivilmilitärischen Zusammenarbeit. In Katastrophenfällen stehen die Behörden dann unter dem Kommando der BW.

AUFRUF:

Vor diesem militaristischen Background rufen wir im Rahmen der "europaweiten Kampagne zum Markieren, Blockieren und Sabotieren der Kriegs-Infrastruktur" zu vielfältigen Aktionen auf.
Bezugspunkt ist der 1. September als bundesweiter Anti-Kriegstag, an dem bereits seit einigen Jahren breite Proteste stattfinden.
Mit der Markierung von erweiterter Kriegsinfrastruktur sind neben der klassischen Militärindustrie, dem Kriegstrainingsgeschäft, der militärischen Logistik und Versorgung auch der zivil-militärische Komplex, die kriegstreibenden Medien und Verlage sowie eingebettete Kriegsforschung und Rekrutierungsunterstützung gemeint.

Wir sehen dies als eine Weiterführung der Kampagne Comprehensive Resistance (umfassender Widerstand), innerhalb der das Unternehmen DHL mit unterschiedlichen Mitteln umfassend angegriffen wurde, was den Erfolg hatte, dass die DHL ihre Bewerbung für den Transport und die Lagerung von Bundeswehrmaterial zurückzog. Ging es dort um die zunehmende Privatisierung eines Teilbereichs der Bundeswehr und den umfangreichen Einstieg von allgemeinen Unternehmen ins Kriegsgeschäft, so geraten nun diejenigen ins Visier, die bereits mittendrin stecken. Dabei finden sich bei den Unternehmen und Firmen, mit denen wir im alltäglichen Leben konfrontiert sind, leichter Angriffspunkte und -orte. Denn Kriegstreiber*innen, -unterstützer*innen und -profiteure gibt es viele:

- Die öffentlichen Auftritte der BW (nicht nur Gelöbnisse) bieten ebenso passable Interventionsmöglichkeiten. Viele dieser Veranstaltungen reichen weit in den zivilen Alltag hinein: Da wird beispielsweise auf Militärparaden und Messen für Krieg und Bundeswehr geworben. Kriegsschiffe führen den Auftakt des Hafengeburtstages in Hamburg an. Dynamische Bundeswehrbeauftragte gehen auf Nachwuchsfang an Schulen und Universitäten und an den Arbeitsämtern werden Arbeitssuchende rekrutiert. Feste, wie das Sommerbiwak in Hannover, das schon öfter erfolgreich gestört wurde, oder Treffen wie der Celler Trialog oder die Afghanistan-Konferenz im Winter in Bonn, zählen ebenfalls zu diesem Zielbereich.

- Diverse Universitäten und Institute führen Forschungsaufträge durch, die dem Militär zu Gute kommen sollen, und werden dafür großzügig gefördert.

- Zunehmend werden Teilbereiche der Bundeswehr an private Firmen übergeben, wie der bereits erwähnte logistische Bereich, für den sich nach wie vor noch Unternehmen bewerben.

- Und es gibt die offensichtlichen Profiteure, wie z.B. Rüstungsfirmen. Weniger bekannt sind hingegen die Zulieferbetriebe für den Rüstungsbau und für die

Ausstattung der Bundeswehr.

AKTION:

Daher haben wir im Rahmen dieser Kampagne am 5. September dem Rüstungslieferanten Rolls-Royce Deutschland die Fassade verkokelt.
Der Neubau in Wilhelmsburg ist das sogenannte "Service Department" von Rolls-Royce Marine Deutschland GmbH.

*Rolls-Royce* (RR) *ist der zweitgrößte Hersteller militärischer Luftfahrttriebswerke der Welt und liefert Antriebe für rund 25% der weltweiten Militärflotte. RR Deutschland ist der einzige behördlich genehmigte Triebswerkshersteller Deutschlands mit Entwicklungs-, Herstellungs- und Instandhaltungsbetriebszulassung für moderne zivile und militärische Turbinentriebswerke.*(1)
Auch die Bundeswehr setzt die Triebwerke von RR in Flugzeugen und Hubschraubern ein. Stolz blickt RR auf seine seit mehr als 50 Jahren bestehende Partnerschaft mit der BW und verkündet, die BW werde in den kommenden Jahren rund 1400 RR-Triebwerke oder Partnerschaftsprodukte nutzen.
*Damit ist RR an nahezu allen wichtigen fliegenden Waffensystemprogrammen beteiligt*, so auch an den Waffensystemen Tornado und Eurofighter.
Daneben rühmt sich RR Marine als weltweit führender Anbieter von Schiffsantrieben, Lieferant von 70 Seestreitkräften zu sein.

Gründe genug, RR als Kriegsunterstützer und Rüstungszulieferer kenntlich zu machen und anzugreifen. Unsere Devise ist es, den reibungslosen Ablauf der Kriegsmaschinerie zu stören und die Zusammenhänge im Kriegsgeschäft und in der Kriegspolitik offen zu legen!

War starts here! - Let´s stop it from here!
Denn was wir hier sabotieren, kann woanders keinen Schaden anrichten.

*(1) alles Kursive: nach Eigendarstellung von Rolls-Royce*

---

## war starts here: Militärtagung in Berlin Januar 2012

In Sachen Aufstandsbekämpfung in aller Welt rüstet Industrie und Waffenlobby auf.
Hochrangige Vertreter aus Rüstungsindustrie, Bundeswehr, Militärforschung und Lobbyorganisationen treffen sich Ende Januar 2012 in Berlin im Konferenzhotel Maritim "proArte". Die von der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) veranstaltete militärpolitische Tagung (31. Januar - 2. Februar 2012) befasst sich mit Aufstandsbekämpfung im städtischen Raum der so genannten „Dritten Welt". Der Titel der Tagung lautet „International Urban Operations Conference". Verstanden werden darunter alle Kriegshandlungen in den Großstädten der sogenannten Dritten Welt .

Als Referenten vorgesehen sind hochrangigen Militärs und Beamte aus dem Verteidigungsministerium, Manager von Unternehmen aus der Rüstungsindustrie, aber auch Professoren von der Bundeswehrhochschule und Angehörige ziviler Forschungseinrichtungen.
Gesponsert wird die Tagung u.a. von: Carl Zeiss, Dynamit Nobel, Rheinmetall, MBDA, Saab und Krauss-Maffei Wegmann.
Die DWT wurde 1957 auf Initiative der Rüstungsabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) gegründet. Ihr derzeitiger Präsident ist Werner Dornisch (CSU). Vizepräsident der DWT ist der parlamentarische Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums Thomas Kossendey (CDU). Vorstandsvorsitzender ist General a.D. Rainer Schuwirth. Heute zählt sie ca. 250 Fördernde und etwa 930

Persönliche Mitglieder. Auf ihrer Internetplattform (http://www.dwt-sgw.de) benennt sie ihre Aufgabe so: „Die DWT hat das Ziel, die Kenntnis über zentrale Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Wehr- und Sicherheitstechnik und der Verteidigungswirtschaft zu fördern." In Präsidium, Vorstand, Beirat und natürlich auch in der Mitgliedschaft tummeln sich jede Menge leitender Technokraten aus Politik, Industrie, Behörden und Ministerien.
Für die Konferenz wurde eine eigene homepage eingerichtet: http://www.urban-operations-conference.com. Dort heißt zum Hintergrund:
„Die Verstädterung wächst in der Welt schnell, das ist in Entwicklungsländern besonders offensichtlich. Es gibt eine Tendenz, dass dieses massive Anwachsen auf einen Niedergang der Stabilität in jenen großen städtischen Gebieten hinausläuft. Das kann schließlich von Terroristen oder politischen Gegnern verwendet werden, um Kontrolle über das Land zu gewinnen. Wenn die Vereinten Nationen entscheiden, kann ein militärisches Eingreifen notwendig werden, um die Stabilität wieder herzustellen.
Militäreinsätze in solchen städtischen Gebieten werden am wahrscheinlichsten als umfassende multinationale Operationen geführt. Das schließt Verteidigungs- und Stabilitätsoperationen ein, die in einer umfassenden Zusammenarbeit durchgeführt werden müssen.
Das städtische Gebiet ist ein topographischer Komplex, wo künstliches Gebäude und/oder hohe Bevölkerungsdichte die dominierende Eigenschaft sind. Das Terrain und die Infrastruktur mit ihren verschiedenen großen Gebäuden, Straßen, Durchgängen, Wasserstraßen und unterirdischen Gebieten, der Bevölkerung und potenziellen oder echten Gegnern stellen spezifische Herausforderungen in solch einer komplizierten Umgebung auf.
Die Aufgabe ist zu finden, dass die richtigen Mittel für die Aufklärung, Befehl und Kontrolle, Kommunikation, aktiven und passiven Schutz sowie für Angriffssysteme und Waffenwirksamkeit eine erfolgreiche Operation sichern.
Die (Schutz)-Kleidung des Soldaten ist von derselben Wichtigkeit, wie die Wirksamkeit des Begleitkampfs und der Befehl-Fahrzeuge und der persönlichen Waffensysteme, wie Waffenstationen, Handfeuerwaffen, hohe Kaliber-Gewehre und ihre wirksame Munition. Vorige Krisen haben die Fähigkeitslücken darin, das Bedürfnis gezeigt, geschlossen zu werden.

Dieser internationale Kongress wird Ihnen die Gelegenheit geben, Voraussetzungen für städtische Operationen und Lösungen für die Ausrüstung mit militärischen und industriellen Experten zu besprechen."
Die Konferenz findet unter Vorsitz des Brigadegeneral Andreas Markus Berg statt. Berg leitet die Abteilung III des Führungsstabes der Bundeswehr und ist im Bundesverteidigungsministerium für die „Einsatzgrundsätze" der Truppe verantwortlich. Referent ist auch Oberst Frank Baumgard. Der ist Kommandeur des „CIMIC-Zentrums" der Bundeswehr in Nienburg (Niedersachsen). Damit ist er zuständig für die Kooperation mit Behörden und Entwicklungsdiensten in den Operationsgebieten der Streitkräfte. Vom „Informationszentrum Counter IED" der Bundeswehr aus Rheinland-Pfalz kommt Oberst Helmut Heck. Dr. Thomas Weise von der Rheinmetall AG aus Düsseldorf referiert unter dem Titel „Land Operations in Urban Terrain – An Industrial Perspective".
Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) wird über ein Projekt zur Navigation und Führung von Repressionskräften innerhalb von Gebäuden berichten. So deckt die Themenliste der Konferenz die ganze Bandbreite der verschiedenen Aspekte von Aufstandsbekämpfung ab.
Die DWT ist eine höchst aktive Lobby der Rüstungscommunity. Unzählige Veranstaltungen, Symposien, Konferenzen werden jährlich gemeinsam mit Firmen, Forschungsinstitutionen und Behörden durchgeführt. Beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung werden spezielle Fachtagungen direkt von der DWT organisiert und durchgeführt. So fand vom 26. bis

28. September 2011 die 6. Fachtagung „Optik und Optronik in der Wehrtechnik" bei der Wehrtechnischen Dienststelle für Waffen und Munition (WTD 91) statt. „Themenschwerpunkte waren u. a. aktuelle Erkenntnisse auf den Gebieten der Hochenergielaserwaffen, des Feldlagerschutzes sowie der Gefechtsfeldaufklärung. Vorgestellt wurden verschiedene aktive sowie passive Aufklärungssysteme", ist auf der Seite des BWB (www.bwb.org) zu lesen.
Auf der Startseite wird stolz hervorgehoben, dass am 12. Oktober 2011 das unbemannte Aufklärungssystem EURO HAWK bei der Wehrtechnischen Dienststelle 61 in Manching der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. „Durch die geplante Beschaffung von vier weiteren EURO HAWK Serienluftfahrzeugen wird die Bundeswehr eine Vorreiterrolle übernehmen. Bisher betreibt keine andere Nation eine ferngesteuerte, signalerfassende Sensorik in einem hochfliegenden unbemannten Luftfahrzeug.... Die integrierte Sensorik ist in der Lage, militärisch relevante Signale - und damit Aufklärungsergebnisse - in einem weiten, elektromagnetischen Spektrum zu erfassen, die für die Fernmelde- und elektronische Aufklärung der Bundeswehr neue Maßstäbe setzen wird. Der EURO HAWK ist mit einer bereits nachgewiesenen Reichweite von über 20.000 Kilometern und mit knapp 30 Stunden ununterbrochener Flugdauer in der Lage, die aufgenommenen Daten in nahezu Echtzeit aus dem Einsatzraum über Satellit nach Deutschland (und zurück) zu senden".
Nicht erwähnt wird, dass z.B. die DWT seit Jahren Foren organisiert, um die Anschaffung solcher Waffensysteme für die Bundeswehr durchzusetzen. So diskutierten im Frühjahr 2009 400 Fachleute beim Forum „Unmanned Vehicles II – Land, Luft, See" der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) in Bad Godesberg den Stand der Entwicklung in der militärischen Robotik. Die Compuerzeitschrift c't merkte dazu an: „Auffallend war, mit welcher Selbstverständlichkeit gerade die Vertreter des deutschen Militärs die Bewaffnung unbemannter Systeme erörterten. Ullrich Heym, Referatsleiter beim Bundesministerium der Verteidigung und fachlicher Leiter der zweitägigen Konferenz, stellte gleich in seinem Eröffnungsvortrag fest, dass die UAV sich derzeit in einem Prozess der Erweiterung durch bewaffnete Systeme befänden. Sein Ministeriumskollege, der Oberst im Generalstabsdienst (i. G.) Peter-Georg Stütz, bestätigte, es sei „zweckmäßig, UAV zu bewaffnen". Für unbemannte Seefahrzeuge nannte Joachim Kimpel vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung ebenfalls die „Einrüstung letaler Waffen" als eine Option. Allgemein herrschte Einigkeit, dass unbemannte Systeme nicht nur beobachten, sondern auch „Wirkung erzielen" sollen."
(www.heise.de/ct/artikel/Bewaffnete-Kampfmaschinen-291882.html)
Alles in allem ist eine Konferenz über Aufstandsbekämpfung der richtige Anlass, den Ort, Zweck und die beteiligten Personen und Firmen zu kennzeichnen: war starts here.

Die Kampagne „War starts here" wurde anlässlich eines antimilitaristischen Camps im Juli 2011 in Luleå/Nordschweden initiiert. Im Rahmen des Camps drangen am 26. Juli 2011 170 internationale Aktivistinnen und Aktivisten aus 17 Ländern in das Sperrgebiet ein und markierten es mit dem. Hinweis „War starts here - let's stop it here" (Krieg beginnt hier - lasst ihn uns auch hier stoppen).
Der Krieg beginnt hier, wo Rüstungsunternehmen ihre Profite machen, wo in Schulen und Arbeitsämtern die Bundeswehr versucht Soldaten zu gewinnen, wo auf internationalen Konferenzen die „strategische Community" ihre nächsten Einsätze plant und wo immer deutlicher versucht wird, das Militär wieder ins Zentrum gesellschaftlicher Realität zu rücken. Und genau an diesen Orten eingeschritten werden. Der Krieg wird nicht da aufgehalten, wo er geführt wird, sondern da, wo er geplant und koordiniert wird, wo seine Logistik steckt und er ideologisch vorbereitet wird.

***Bündnis gegen den Polizeikongress und die Urban Operation Conference:***

***polizeikongress2012.blogsport.de***

***Demo Sa. 28.01.2012 Berlin/Neukölln 16 Uhr Herrfurthplatz***

# Gegen jeden Krieg. Für eine emanzipatorische antimilitaristische Perspektive

*Winter 2011 – Wir haben uns entschlossen, mit diesem Papier eine Diskussion über antimilitaristische Politik in der linksradikalen Szene in München anzustoßen.*

Als neu konstituierter Zusammenhang, aus dem einige Leute seit 2002 in der linksradikalen Mobilisierung gegen die Münchener Sicherheitskonferenz (Siko) aktiv waren, hat uns gleich zu Beginn unserer Reflexion eine große Ratlosigkeit überfallen. Das ist vielleicht nicht sehr überraschend: denn zehn Jahre Siko-Mobilisierungen stehen in München neben einer sehr wichtigen Bewegungsgeschichte nicht nur für Positives. Das Interesse an der Mobilisierung ist im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich abgeflaut und einige prägende autonome Zusammenhänge haben sich lokal wie bundesweit zurückgezogen. Szeneinterne Streitigkeiten bei der diesjährigen Sicherheitskonferenz haben darüber hinaus grundsätzliche Fragen zur Zukunft dieser Kampagne aufgeworfen. Wir sind mit dem aktuellen Stand der Diskussion mehr als unzufrieden und wollen gerne klären, warum die Mobilisierung für so viele scheinbar an Relevanz verloren hat.

Doch es geht uns hier nicht nur Linie darum, wie es perspektivisch mit der Mobilisierung gegen die Siko weitergehen könnte, obwohl uns diese nach wie vor am Herzen liegt. Wir wollen in München eine kritische und breite Auseinandersetzung über Antimilitarismus und antimilitaristische Politik und Praxis lostreten.
Gleichmal vorne weg: Wir haben mehr Fragen als Antworten zu bieten. Unsere Diskussion über das Thema Antimilitarismus und unsere praktischen Erfahrungen der letzten Zeit haben bei uns nicht nur Kritik an einer gewissen Ignoranz bei einigen Gruppen hervorgerufen, sondern auch eigene Widersprüche in diesem politischen Feld deutlich gemacht.

Das führt uns gleich zu Beginn zu grundsätzlichen Fragen, die wir hier aufwerfen wollen:
Was verstehen wir unter Antimilitarismus?
Was hat das eigentlich mit unserem Alltag zu tun?
Warum ist Antimilitarismus für uns als Linksradikale und autonome Linke überhaupt wichtig?
Wieso ist die Auseinandersetzung mit globalem Krieg und Militarismus in der Gesellschaft sowie der Münchner Szene nur partiell präsent?
Bei welchen Themen fühlen wir uns ohnmächtig?
Wie entkommt man einem grob vereinfachenden Schwarz-Weiß-Denken innerhalb der Auseinandersetzung mit komplexen Themen?
Welche Positionen sind für uns in diesem Feld problematisch bis unerträglich?
Wie verstehen wir die Begriffe internationale vs. antinationale Solidarität, und wen interessiert das überhaupt?
Wo geht es in unseren aktuellen Diskussionen noch um eine reale Veränderung der herrschenden Verhältnisse? Und wo geht es eher um einen bestimmten Hype im Sinne einer politischen Mode oder Konjunktur?

Bevor wir näher auf diese Fragen eingehen werden, möchten wir noch etwas zu unserer Motivation für diesen Text sagen:
Vor einigen Monaten wurden wir durch einen Aufruf auf die europaweite Kampagne „Krieg beginnt hier" - „War Starts Here - Kriegerische Normalität markieren und angreifen" aufmerksam. Wir waren davon erst mal ziemlich begeistert: Offensichtlich gibt es verschiedene Gruppen und Initiativen, die ihre Aktivitäten und Mobilisierungen in dieser Kampagne bündeln wollen, um einen gemeinsamen antimilitaristischen Prozess zu ermöglichen und die europäische Kriegsmaschinerie zu sabotieren - sei es durch politische Agitation, zivilen Ungehorsam oder direkte Aktion. Aber was heißt es, die kriegerische Normalität hier anzugreifen? Wer ist in München bereit, bei dieser Kampagne mitzumachen? Inwiefern wird Krieg auch von hier aus organisiert und geführt? Wir haben uns also mit vielen Zweifeln auf die Suche nach Antworten gemacht...

Im folgenden Text werden wir uns hinsichtlich kriegerischer Konflikte auf der Beispielebene vor allem auf den Libyenkrieg beziehen - aus aktuellem Anlass und weil wir finden, dass sich an diesem Beispiel einige grundsätz-

liche Widersprüche innerhalb linker Positionen diskutieren lassen.

**+++ Der Krieg beginnt hier ... als Normalzustand +++**

Wir haben uns zunächst mal gefragt, inwiefern man von „kriegerischer Normalität" sprechen kann. Tatsächlich ist Krieg nicht nur in den direkt betroffenen Regionen sichtbar, sondern auch in den kriegführenden Ländern. In einem Beitrag des antimilitaristischen Netzwerkes KiF (Krieg ist Frieden) heißt es dazu: „Der Frieden hier ist Teil des Kriegs woanders – und nicht seine Auflösung. Unser Normalzustand erfordert Krieg anderswo. Und unsere Normalität erfordert die Normalisierung von Militär und Kriegsführung, von Repression und Aufrüstung, und sie erfordert die Abstraktion davon, dass diese mit den eigenen Verhältnissen zu tun haben. Denn solche/unsere Verhältnisse erfordern eine Reihe von Ausblendungen, sonst lassen sie sich nicht aufrecht erhalten."
Vielleicht ist hier schon ein Punkt angesprochen, warum Militarisierung, welche die Gesellschaft so grundlegend durchzieht, momentan selten explizit zum Thema linker Politik gemacht wird – sie ist auf so vielen Ebenen Teil des Alltags geworden, dass wir ihre Auswirkungen als „ganz normal" bzw. als irgendwie Scheisse im Rahmen der allgemeinen kapitalistischen Verhältnisse wahrnehmen. Auch wenn letzteres sicherlich richtig ist, reicht diese Feststellung nicht, um Militarismus in seinen vielen Facetten sichtbar und angreifbar zu machen.

„Krieg beginnt hier" heißt, dass hier im Alltag Geschlechternormen (re)produziert werden, die militärische Männlichkeiten begründen. Die heteronormative Einteilung der Welt in „männlich" und „weiblich", die nach wie vor die gesellschaftlichen Verhältnisse hegemonial strukturiert, bereitet den Boden für die Legitimierung und Mobilisierbarkeit für Kriege. Sie schränkt den Denk-, Erfahrungs- und Handlungsraum jenseits von Rollenzuschreibungen, die in die Logik des Krieges verflochten sind, ein. Was uns an soldatischen Männerbünden oft so anwidert - „Heldentum", Gehorsam, Gewalt gegen als „schwache" Wahrgenommene, Homophobie und Sexismus – sind dabei die extremen Formen von Denkmustern und Verhaltensweisen, die Teil unseres Alltags sind.
Nicht zuletzt in der medialen Vermittlung von Krieg stoßen wir auf genau solche Muster, die meistens auch rassistisch aufgeladen sind – und sich in die alltäglichen Wahrnehmungsweisen einschreiben. So z.B. entfaltet der Begriff „war on terror", der seit 2001 verharmlosend für eine brutale Kriegspolitik steht, eine bilderreiche Wirkungskraft, die bipolare Denkweisen auf den Plan ruft. „Zivilisatorisch bzw. aufgeklärt" vs. barbarisch", „westliche Demokratie" vs. „religiöse, autoritäre Herrschaft", „mit Bart und Kopftuch" vs. „frisch rasiert und modisch gekleidet", „westlicher Retter" vs. „islamistischer Unterdrücker", „emanzipierte und aktive Frauen" vs. „unterdrückte und passive Frauen". Dies sind nur einige der platten homogenisierenden Stereotype, die im „war on terror"- Diskurs mitschwingen, welcher mit diesen Bildern ein vermeintliches Bedrohungsszenario entwirft, das ebenso zur Legitimierung von Kriegen wie als Schablone der alltäglichen Ausgrenzung funktioniert. Das ist keine neue Erkenntnis, aber eine Realität, die auch nach zehn Jahren an Aktualität nicht verloren hat und deren auf kolonialen Bildproduktionen fußenden Konstruktionen sich auch in den aktuellen Diskurs um den „arabischen Frühling" einschreiben.

**+++ Der Krieg beginnt hier ... im entweder oder +++**

Die bipolare Logik, die jeder kriegerischen Situation innewohnt, wurde vor kurzem wieder in der Diskussion um den NATO-Krieg in Libyen deutlich. In dem autonomen Positionspapier „Den Krieg, den alle lieben" wird dieses Dilemma des Entweder-Oder auf den Punkt gebracht: „Wer gegen Gaddafi ist, ist für Demokratie. Wer gegen die Intervention der NATO ist, ist für Gaddafi und Massenmord. Wer die Interventionen der NATO in einen kolonialen Kontext setzt, ist ein verkürzender Antiimp. Wer gegen einen verkürzten Antiimperialismus ist, ist antideutsch. - Genau dieses Schwarz-Weiß-Denken ist kompatibel mit einer militarisierten Weltsicht." Dieses Denken blendet historische Kontexte aus und erzwingt Positionierungen innerhalb einer Kriegslogik, die sich auch in den medialen Inszenierungen widerspiegelt.

Auch wenn wir den NATO-Staaten natürlich keine humanitären Anliegen bei ihren Interventionen unterstellen, steht das Beispiel Libyen trotzdem für die Schwierigkeiten einer linken Positionierung. Wir halten die Aufstände gegen die Diktaturen in den arabischen Ländern für richtig und wichtig. Unsere Sympathie ist auf Seiten der emanzipatorischen sozialen Bewegungen in der Region. Auch wir wissen, dass die Militarisierung des Konfliktes in Libyen stark vom durch den „Westen" hochgerüsteten Gaddafi-Regime ausging und uns ist klar, dass die Aufständischen diesem militärischen Druck vermutlich nicht lange Stand gehalten

hätten. Obwohl wir auf dieses Problem zur Zeit keine praktische Antwort geben können, halten wir an einer prinzipiellen Ablehnung kriegerischer Interventionen fest!
Wir weigern uns, eine vorgegebene Position im kriegerischen Feld zu beziehen. Wir sind gegen jeden Krieg! Krieg - egal unter welchem „humanem" und „demokratischen" Label er vermeintlich geführt wird - führt immer zur Eskalation von Gewalt und zur verschärften Militarisierung von Gesellschaften. Die Militarisierung des Aufstandes markiert in aller Regel bereits sein Scheitern. In der Form der militärischen Niederschlagung des alten Regimes ist eine erneute Gewaltherrschaft bereits angelegt. Der von den verschiedensten Aktivist_innen vor Ort erkämpfte Raum für Veränderung wird begrenzt und emanzipatorische Kräfte verlieren an Einfluss.
Was kann man in diesem Kontext unter einem neuen Internationalismus verstehen?
Wir fühlen uns verbunden mit den Menschen u.a. in Syrien, Libyen, Tunesien, Iran und Ägypten, die gegen die autoritären Regime in ihren Ländern auf die Straße gehen! Für uns ist es wichtig, Netzwerke zu knüpfen und solidarisch zu sein mit emanzipatorischen Bewegungen, die für Freiheit, Würde und soziale Rechte kämpfen. Deshalb finden wir den Versuch spannend, sich mit den Akteur_innen des Aufstands direkt auseinanderzusetzen. Wir solidarisieren uns mit denjenigen Kräften, die sich jeglicher Bevormundung – durch autoritäre Regime, „westliche Demokratiekämpfer" und fundamentalistischer
Vereinnahmung – verweigern! Soziale Kämpfe sind dabei überall ein wichtiger Teil einer antimilitaristischen Perspektive, denn es geht um eine weltweite Umwälzung der herrschenden Verhältnisse von unten.

**+++ Der Krieg beginnt hier... denn von hier aus wird er geführt +++**

Krieg trifft immer die Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaften, in denen Krieg geführt wird. Die Toten und Verletzten in militärischen Auseinandersetzungen sind größtenteils Zivilist_innen. Sie haben die wenigsten Möglichkeiten sich zu schützen, sei es vor der Gewalt der Waffen, Vergewaltigungen, Folterung oder der massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen. Krieg ist also schon insofern ein Ausdruck kapitalistischer Verhältnisse, als dass die ohnehin Unterprivilegierten am meisten unter ihm zu leiden haben. Diejenigen, die ihre Interessen kriegerisch verfolgen, haben in den allerwenigsten Fällen ernsthafte Konsequenzen zu befürchten. Krieg bedeutet die brutale Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche und Gewaltverhältnisse.
Um Privilegien, Hegemonie und Deutungsmacht, um die Absicherung globaler Ausbeutungsverhältnisse, um Ressourcen und um die Kontrolle von Migration und Aufruhr wird Krieg geführt. Kriege werden dabei zu einem integralen Bestandteil einer imperialen Weltordnungspolitik, die mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden die Interessen der führenden „westlichen" Staaten durchsetzt. Mal wird in einem Teil der Welt militärisch interveniert, dann leisten wieder „westliche" Truppen in einem anderen Teil „zivile Wiederaufbauhilfe". Der Krieg ist zeitlich entgrenzt, er wird zum einem dauerhaften Ausnahmezustand. Es gibt keinen definierten Anfang und erst recht kein Ende, die „neuen" Kriege sind der Normalzustand einer repressiven Politik und Motor einer blühenden Kriegsökonomie aus Think Tanks und Beratungsfirmen, Rüstungsunternehmen, Söldnern und privaten Sicherheitsfirmen.

Kriege sind Instrumente einer kapitalistischen Weltinnenpolitik. Die Anlässe und Orte der Intervention sind keineswegs willkürlich gewählt. Es ist sicherlich kein Zufall, dass die NATO – mit Unterstützung aus Deutschland nicht zuletzt in Form von Munitionsversorgung und mehr als 100 SoldatInnen, die sich an der Zielauswahl beteiligten – in dem ölreichen Libyen auf Seiten der Aufständischen gegen das Regime intervenierte, während sie z.B. die brutale Repression des Regimes in Syrien gegen den massiven Protest dort nicht auf den Plan ruft. Am Beispiel Libyen wird auch deutlich, dass es um mehr als ökonomische Motive geht - und wie schnell sich die Haltung der politischen Eliten in den europäischen Staaten gegenüber einem autoritären Regime verändern kann.

Nachdem Gaddafi im Zuge des Kalten Kriegs jahrelange zur Ikone „des Bösen" stilisiert wurde, war er in den letzten zehn Jahren ein willkommener Kooperationspartner der europäischen Staaten. Libyen galt als wichtiger Handelspartner und Empfänger von Rüstungsgütern, libysche Spezialeinheiten wurden durch europäische Polizisten und Soldaten ausgebildet und in jüngster Zeit war Libyen ein wichtiger Vorposten bei der Abwehr von Flüchtlingen aus afrikanischen Ländern.
Nachdem im Zuge der Revolten in vielen arabischen Ländern sich auch in Libyen ein bewaffneter Aufstand entwickelte und die Machtposition von Gaddafi in Frage stellte, setzte die „westliche" Politik schnell auf die neuen AkteurInnen – galt das Gaddafi-Regime trotz

der intensiven Zusammenarbeit doch immer noch als tendenziell unberechenbarer Verbündeter.

Die „westlichen" Interessen bleiben im „neuen" Libyen die gleichen. Nicht nur deutsche Unternehmen wollen schnellstmöglich an ihre guten Beziehungen nach Libyen anknüpfen und beim Wiederaufbau Geschäfte im großen Stil machen. Auch mit den neuen Regierungen in Nordafrika verhandelt die Europäische Union zuerst über Abkommen zur Flüchtlingsabwehr. In Tunesien hat die italienische Regierung beispielsweise unmittelbar nach dem Sturz Ben Alis mit dem Übergangsrat ein Rücknahme-Abkommen abgeschlossen.
Wir lehnen die weltweit herrschenden, gewalttätigen kapitalistischen Verhältnisse ab, die den Krieg immer wieder aufs Neue hervorbringen. Wir sind gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung eines Großteils der Menschheit durch eine privilegierte Minderheit, die weltweit kriegerisch durchgesetzt wird.

**+++ Der Krieg beginnt hier - mit der Bundeswehr und der Militarisierung des Sozialen +++**

Der Krieg militarisiert die Gesellschaft nach „Innen": Am sichtbarsten wird das in Form von öffentlichen Gelöbnissen und Zapfenstreichen. Diese militärischen Propagandaspektakel dienen in erster Linie der Verankerung der Bundeswehr in der Bevölkerung und somit der Normalisierung des „Soldatentums". In den Schulen, auf den Arbeitsämtern und selbst in der Fernsehwerbung tritt die Bundeswehr als „attraktiver Arbeitgeber" auf, um junge Leute für einen Kriegseinsatz zu rekrutieren. Doch es gibt noch eine Dimension der Militarisierung, die weniger offensichtlich ist: Die auffallende Gleichzeitigkeit zwischen der Ausweitung des Krieges und der Aufrüstung nach „Innen".
Der kriegführende Staat weitet die Möglichkeiten, seine Bevölkerung zu kontrollieren und zu überwachen aus, nicht zuletzt um sich im Zweifelsfall schnell Ruhe an der „Heimatfront" verschaffen zu können. Die massiv zunehmende Internet- und Video-Überwachung sind ebenso wie der Einsatz der Bundeswehr im „Inneren", u.a. in Form von Spähpanzern bei den Protesten gegen den G8 in Heiligendamm wie auch durch „Amtshilfe" für die Polizei beim Castor-Transport, Ausdruck dieser Entwicklung. Was ein kriegführender Staat am wenigsten brauchen kann, ist eine mündige Bevölkerung, die den Krieg kritisch hinterfragt. Dies wird auch an dem immer wiederkehrenden, medienwirksamen Gejammer der Bundeswehr deutlich, dass sie so wenig Unterstützung von Seiten der Zivilgesellschaft genieße.

Die Militarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse trifft grundsätzlich einmal jede_n von uns. Doch sind nicht zuletzt durch die materiellen Auswirkungen vor allem die Prekarisierten und Marginalisierten betroffen. Mit dem Schlagwort „Sicherheit", das für Repression und Ausgrenzung steht, wird ein umfassender Abbau politischer Rechte legitimiert. Die vermeintlich dringend notwendig gewordenen Sparmaßnahmen im Zuge der Krise setzen sich zuerst als massive Kürzungen im sozialen Bereich um, während die Milliardenausgaben für den Krieg nicht mal ernsthaft in die Spar-Debatte eingebracht werden. Soziale Unzufriedenheit und sozialer Protest – der sich an vielen Orten regt - werden als „Sicherheitsproblem" verhandelt und entsprechend repressiv beantwortet.
Die Militarisierung der Gesellschaft hat unmittelbare politische Folgen. Sie engt den Spielraum für emanzipatorische Politik ein – auch in den „friedlichen" Metropolen.

**+++ Der Krieg beginnt hier – direkt vor deiner Haustür +++**

Vielen ist bekannt, dass Deutschland weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur ist, München ist zudem ein zentraler Rüstungsstandort. Daneben gibt es in dieser Stadt ein Wochenende, wo wichtige Absprachen zwischen den Kriegstreibern im Rahmen der „Sicherheitskonferenz" stattfinden.

Seit über 40 Jahren findet jedes Jahr das Treffen hochrangiger Politiker, Generäle und Rüstungsmanager der NATO-Staaten, ihrer Verbündeten und ein paar ihrer Gegenspieler statt. Die Siko ist kein homogener Planungsstab, manchmal stehen handfeste Konkurrenz oder Streitigkeiten im Mittelpunkt. Was die Herren und wenigen Damen, mögen Sie nun die Bundeswehr, das US-Kriegsministerium oder die Öldiktatur in Quatar vertreten, eint, ist das Setzen auf Rüstung, Krieg und Repression als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. Gemeinsam ist ihnen die Sorge um die Sicherheit von Investitionen, um geostrategische Einflussnahme und die Überwachung von Grenzen.

Durch sicherheitspolitische Veranstaltungen wie die Siko wird das Bild einer unsicheren, bedrohlichen Welt gezeichnet, in der Militär, Polizei, Geheimdienste und Rüstungsindustrien weniger demokratische Kontrolle, dafür aber mehr Mittel für ihre repressive Politik und mehr Unterstützung für ihre kriegerischen Geschäfte brauchen.

Seit zehn Jahren gibt es deshalb sichtbaren Widerstand gegen diese NATO-Kriegstagung. Angefangen hat die Kampagne im Herbst 2001, nach dem G8 in Genua. Einerseits waren damals viele Aktivist_innen begeistert von der Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung, davon dass sich verschiedene Spektren offen aufeinander bezogen und gemeinsam kraftvolle Aktionen vorbereiteten. Anderseits war die Mobilisierung auch eine Ergänzung oder konstruktive Kritik an der globalisierungskritischen Bewegung, die die militärische Seite der kapitalistischen Zurichtung nur wenig beachtete.

Die Aktionen gegen die Siko waren vor allem in den ersten Jahren sehr groß und vielfältig. Die Siko war ein festes Datum nicht nur im linksradikalen Kalender Münchens und ein Protestevent, im Zuge dessen sich viele junge Leute politisiert haben. Die radikale Linke trat dabei als ein selbstbewusster Teil des breiteren Bündnisses auf und es gab eine klare spektrenübergreifende Solidarität. Neben Blockadeversuchen, Jubel- und Fahrraddemos und drei größeren Antikriegskongressen, waren auch direkte Interventionen gegen die Bundeswehr oder Kriegsdenkmäler Teil der Kampagne. Es gelang inhaltlich wie praktisch eine gute Verbindung mit anderen Gipfelmobilisierungen herzustellen, wie gegen den G8 in Heiligendamm oder das NATO-Jubiläum in Straßbourg.
Doch über die letzten Jahre wurde die Siko-Mobilisierung schwächer. Die Zusammenarbeit im breiten Bündnis wurde zu einer routinierten Organisation der technischen Umsetzung, doch der politische Prozess, in Form einer tiefergehenden inhaltlichen Auseinandersetzung, wie er in den ersten Jahren der Mobilisierung stattfand, fehlte zunehmend. Der Bruch im Bündnis ist am deutlichsten im Sommer 2009 in der folgenreichen Kontroverse um die Einladung Wolfgang Ischingers, aktueller Organisator der Siko, durch attac und Teile des Friedensbündnisses zu einer Podiumsdiskussion in das Eine-Welt-Haus zu sehen. Von autonomer Seite wurde die Veranstaltung blockiert und durch lautes Rufen verhindert. Die Tatsache, dass sich attac und einzelne Personen des Friedensbündnisses über den Bündniskonsens, nicht mit Kriegstreibern in den Dialog zu treten, hinweggesetzt und somit versucht hatten, die Mobilisierung zu dominieren, markierte einen Bruch in der Zusammenarbeit.
Auch bundesweit hat die Beteiligung an den Protesten gegen die Siko abgenommen, dafür wären sicher zahlreiche Gründe zu nennen – viele linksradikale Zusammenhänge, die für eine emanzipatorische Politik gegen Militarismus stehen, kommen leider nicht mehr nach München. Neben dem repressiven Klima in Bayern und dem martialischen Auftreten der Polizei liegt dies sicherlich auch an den politischen Schwächen der Kampagne und fehlenden Ideen für eine neue aktionistische Dynamik.

Trotzdem ist die Mobilisierung gegen die Siko lokal nach wie vor bedeutsam. Es gibt nicht sehr viele andere Tage, wo die radikale Linke in Bayern von vielen Menschen außerhalb der engeren Szene mit ihren Inhalten wahrgenommen wird. Wir sehen die Problematik einer abflauenden Mobilisierungskraft sowie die Notwendigkeit, bestimmte ritualisierte Protestmuster zu hinterfragen – gleichzeitig aber liegen uns die Proteste gegen diese Konferenz und die Verhältnisse, für die sie steht, nach wie vor am Herzen!! Es geht uns nicht darum, alle antimilitaristischen Aktionen auf dieses Ereignis zu fokussieren, wir wollen jedoch Ideen für einen „Ganzjahres-Antimilitarismus" entwickeln, in dem die Proteste gegen die Siko auch eine Rolle spielen.

**+++ War starts here – let's stop it here! +++**

Es gab und gibt in München und um München noch viele weitere Proteste, die wir als antimilitaristische Proteste begreifen:

→ Dazu gehören die Kampagnen gegen die Tradition der Gebirgsjäger in Mittenwald und Bad Reichenhall, die erfolgreich Täter-Gedenken und Kriegsverherrlichung angegriffen haben, und die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer der geschichtsrevisionistischen Erzählung der Bundeswehr entgegengesetzt haben. Im Jahre 2011 hat die Veröffentlichung von Kinder-Kriegsspiel-Fotos durch das RABATZ-Bündnisse einen bundesweiten Skandal hervorgerufen, der international Erwähnung in der Presse fand.

→ Die rechte Traditionspflege der Bundeswehr ist keine Schrulle dummer Of-

fiziere: Eine Armee, die Krieg führt, muss Ihren Soldat_innen auch über Vorbilder und Traditionen ein soldatisches Selbstbild und eine dazu passende Identität vermitteln. Die entsprechenden Rituale ebenso wie die Gelöbnisse und andere nationalistische Inszenierungen finden häufig in der Öffentlichkeit statt – hier lassen sie sich markieren, skandalisieren, übertönen und stören!

→ Doch auch die wachsenden Proteste gegen die alltäglichen Auftritte der Bundeswehr sind Beispiele antimilitaristischer Intervention. In unseren Augen bekommt die Bundeswehr noch viel zu selten Stress, wenn sie in Schulen und Arbeitsämtern auftaucht! Die Präsenz der Bundeswehr mit Personal und Geldern in den verschiedensten Forschungsbereichen an Universitäten ist ein Thema, das Linke noch viel mehr zum Fokus ihrer Kritik machen könnten.

→ Ein gelungenes Beispiel antimilitaristischer Praxis war für uns auch die Pink-Silver-Demo gegen den Burschenschaftskommerz, bei der heteronormative Muster als Voraussetzung für militaristische Männerbünde entlarvt wurden.

→ Ein unserer Meinung nach zentraler Aspekt antimilitaristischer Politik ist der Kampf gegen die Migrationsregimes und die Flüchtlingsabwehr, wie sie z.B. durch FRONTEX an den EU-Außengrenzen exekutiert wird. Zahlreiche antirassistische Proteste und No-border-Camps haben auf die schockierenden Verhältnisse und tausende Tote im Mittelmeerraum aufmerksam gemacht. Gerade antirassistische Gruppen setzen internationale Solidarität in die Praxis um, in dem sie sich z.B mit Gruppen in Tunesien vernetzen, um gemeinsam gegen das rassistische Migrationsregime und dessen militärische Absicherung zu kämpfen!

→ Last but not least: Vor wenigen Wochen war eine Radldemo unterwegs, die viele Orte in München markierte, wo Krieg beginnt. Unter anderem wurden Münchner Rüstungskonzerne angefahren, die mit Waffengeschäften in aller Welt riesige Gewinne einstreichen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Gleich neben der S-Bahn Linie in Allach hat Krauss-Maffei seinen zentralen Produktionsstandort: Hier werden u.a. die Leopardpanzer produziert, die nach Saudi-Arabien verkauft wurden und bei der brutalen Niederschlagung der Aufstände in Bahrain gegen das dortige autoritäre Regime zum Einsatz kamen.

Alle diese Beispiele zeigen einerseits, dass antimilitaristische Politik in München durchaus noch eine Rolle spielt. Andererseits wird im Hinblick auf diese Mobilisierungen und Kampagnen auch deutlich, dass jede für sich isoliert steht, und sich von den jeweiligen Akteur_innen nur selten aufeinander bezogen wird.

Wir denken: Es lohnt sich für uns als radikale Linke, sich über Widersprüche in unserer antimilitaristischen Sichtweise bzw. Praxis zu streiten, szeneinterne Polarisierungen zu hinterfragen und unsere Bemühungen um eine antimilitaristische Gesellschaft zu bündeln.
Eine europaweite Kampagne wie „War starts here" könnte dabei ein guter Ausgangspunkt sein.

Wenn wir die Kriegsmaschinerie wirklich lahmlegen wollen, wenn das alles keine Floskel bleiben soll, wird es notwendig sein, antimilitaristische Politik neu zu bestimmen, indem wir Militarisierung und globalen Krieg gemeinsam, solidarisch und aus unterschiedlichen Kontexten heraus angreifen. Wir denken eine emanzipatorische linksradikale Politik ist ohne eine grundlegende antimilitaristische Ausrichtung nicht möglich!

Dies alles ist ein Zwischenresümée, erste Thesen und Ideen - aber sicherlich keine fertige Welterklärung und noch viel weniger „der Weisheit letzter Schluss"! Wir würden gerne mit möglichst vielen Leuten in München und darüber hinaus eine Diskussion über unsere Vorschläge beginnen und hoffen auf euer Interesse. Achtet auf weitere Ankündigungen! Aktionen vor und während der NATO-Kriegskonferenz sind bereits in Planung!!

Solidarische Grüße,
***Gruppe 11***

# Freiheit für Sonja und Christian!

***Die lange Tradition des Anti-AKW-Widerstands***

*(Ein Flugblatt mit diesem Text wurde zum Castor-2011-Transport verteilt.)*

Ausgeliefert werden heißt nicht ausgeliefert sein! Solidarität mit Sonja und Christian!
Am 14. September wurden Sonja Suder (78) und Christian Gauger (70) nach 33 Jahren im Exil von Frankreich an Deutschland ausgeliefert und in Frankfurt-Preungesheim und im Knastkrankenhaus Kassel inhaftiert. Christian kam in Untersuchungshaft, obwohl er nach einem Herzstillstand im Oktober 1997 gesundheitlich extrem angeschlagen ist. Erst am 20. Oktober entkam er nach mehreren Interventionen seiner Anwälte dieser für ihn lebensgefährlichen Situation. Gegen Auflagen wurde er von der Haft verschont. Sonja sitzt weiter in Untersuchungshaft.

**Um was geht es?**
Als Geburtsstunde der Widerstandsbewegung gegen das Atomprogramm der BRD gilt die Auseinandersetzung um das geplante AKW in Wyhl. Massenproteste konnten 1974/75 den Bau verhindern. Als Teil der Bewegung setzten sich auch Revolutionäre Zellen (RZ) mit der Perspektive der Anti-AKW-Arbeit auseinander und suchten neue Formen und militante Praxen für den Widerstand. RZ griffen z. B. im Mai 1978 den Wach- und Kontrolldienst Nord und Niedersachsen an, der an den Atom-Standorten Gorleben, Brokdorf und Grohnde „aufgefallen war". Im November 1982 verübten sie einen Anschlag gegen die Gesellschaft für Reaktorsicherheit in Köln und fällten einen Strommast in Kalkar, dessen Trasse direkt zum geplanten Schnellen Brüter führte.
Sonja und Christian werden konkret zwei Anti-Atom-Anschläge der RZ vorgeworfen: Der vom 22. August 1977 richtete sich gegen MAN wegen des Beitrags dieser Firma zur Herstellung südafrikanischer Atombomben. Schon damals kamen durch den Druck der Anti-AKW-Bewegung Atomgeschäfte in Deutschland nicht mehr so richtig voran und Firmen suchten sich deshalb neue Absatzmärkte. MAN exportierte Verdichter für eine Urananreicherungsanlage an das rassistische Apartheidregime. MAN ist bis heute im Rüstungsgeschäft aktiv. Der zweite Anschlag richtete sich gegen die Firma KSB. RZ schrieben dazu im August 1977: „Nach unserer Aktion gegen den international geachteten Konzern MAN möchten wir mit der Aktion bei KSB in Frankenthal einen Kandidaten vorstellen, der ganz im Stillen, aber dort im großen Rahmen wirkt." Die KSB AG war der weltweit größte Pumpenhersteller und wichtig für den Bau von Kernkraftwerken in aller Welt. Heute schreibt das Unternehmen: „40 Jahre Erfahrung in der Entwicklung von Pumpen und Armaturen für Kernkraftwerke haben KSB zu einem der Weltmarktführer gemacht."
Des Weiteren sollen Sonja und Christian wegen dieser Aktion nach dem Willen der Frankfurter Staatsanwaltschaft der Prozess gemacht werden: Am 18. Mai 1978 wurde auf das Heidelberger Schloss ein Brandanschlag verübt. In einem angeblichen Schreiben des Oberbürgermeisters Zundel (!) unter dem Briefkopf der Stadt Heidelberg hieß es: „Als Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg erkläre ich, dass irgend welche Behauptungen, ich hätte gestern Nacht im Königssaal des Heidelberger Schlosses Feuer gelegt, jeglicher Grundlage entbehren. Richtig ist vielmehr: Ich zerstörte und zerstöre Gebäude, die mir bei der Sanierung Heidelbergs im Wege stehen." Diese Aktion soll tatsächlich von einer RZ gemacht worden sein. Heute ist Gentrifizierung erneut und immer noch Anlass für Protest und Widerstand. Bei allen drei Vorwürfen stützt sich die Anklage auf angebliche Aussagen von Hermann F. Angeblich, weil sie unter folterähnlichen Bedingungen fabriziert wurden: In Hermanns Schoß explodiert im Sommer 1978 ein Sprengsatz – angeblich für eine RZ-Aktion gegen das Konsulat der damals in Argentinien herrschenden Folterdiktatur bestimmt. Hermann überlebt, verliert aber beide Augen und seine Beine werden amputiert. Er bekommt ständig starke Schmerz- und Beruhigungsmittel. Seine einzigen „Bezugspersonen" im Krankenhaus und einer Polizeikaserne sind LKA'ler, Staatsanwälte und Richter – Hermann bleibt viereinhalb Monate in dieser Lage absoluter Hilflosigkeit, der Schmerzen und eingeschränkter Wahrnehmungsfähigkeit. Kontakte zu FreundInnen und einem Anwalt seiner Wahl werden verhindert.

Im August 1978, also kurz nach dem „Deutschen Herbst“ und inmitten der staatlichen Jagd auf Linksradikale, bemerken Sonja und Christian, dass sie observiert werden, und verreisen erst einmal mit unbekanntem Ziel. Erst später erfahren sie von den Tatvorwürfen gegen sie.
22 Jahre nach ihrem Verschwinden, im Jahr 2000, werden Sonja und Christian in Paris festgenommen. Inzwischen ist eine weitere Beschuldigung hinzugekommen: Sonja wird nach fast 25 Jahren auf einmal von einem ehemaligen Mitglied der Carlos-Gruppe, dem Kronzeugen Hans Joachim Klein, beschuldigt, 1975 Waffen für die Aktion gegen die Opec-Konferenz nach Wien gebracht zu haben. Sogar das Landgericht Frankfurt hat diese Beschuldigung in einem anderen Verfahren als unglaubwürdig abgewiesen, aber im Haftbefehl gegen Sonja wurde und wird sie nach wie vor aufgeführt. Dennoch lehnt ein französisches Gericht im Jahr 2000 den deutschen Auslieferungsantrag ab und entscheidet, dass die beiden gegen eine Kaution von 300 (!) Euro in Frankreich bleiben können. 2007 beantragt die deutsche Justiz allerdings einen formal neuen, „europäischen“, Haftbefehl. Nun stimmt die französische Justiz zu, obwohl der Haftbefehl inhaltlich überhaupt nichts Neues enthält.
Während der deutsche Staat Atomgeschäfte bis heute durch Hermesbürgschaften absichert wie im Fall des brasilianischen Atomkraftwerks „Angra 3“ und Konzerne weiter Atomtechnologie exportieren und nie ein Konzern für die Unterstützung der Apartheid in Südafrika zur Verantwortung gezogen wurde, soll Sonja und Christian auf Grundlage von skandalösen, erfolterten „Aussagen“ und Kronzeugenangaben nach drei Jahrzehnten der Prozess gemacht werden. Die Anklageschrift kam Anfang November, weshalb für Februar oder März 2012 mit Prozessbeginn gerechnet werden muss.
Beide haben sich geweigert, einen Deal mit der Staatsanwaltschaft zu machen, beide wollen jede Aussage verweigern. Mit dieser Haltung sollten sie beim kommenden Prozess internationale Unterstützung erfahren – sorgen wir dafür, dass sie sich nicht ausgeliefert fühlen!
Kein Prozess gegen Sonja und Christian! Sonja muss sofort raus!
Weitere und aktualisierte Infos:

***www.verdammtlangquer.org***

# Von unabhängiger Wissenschaft und ungewöhnlichem Widerstand

*[Wir dokumentieren hier einen Redebeitrag, der auf der Anti-Atom-Demonstration am 26.3.2011 in Köln, zwei Wochen nach dem GAU in Fukushima, gehalten wurde. 15.000 Demonstrant_innen ziehen in Köln durch die Innenstadt, wollen mehr als nur Masse auf der anschließenden Großkundgebung von Bewegungsmanagern sein, Farbe fliegt auf den Sitz der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, ein Großtransparent fordert zur Blockade und Sabotage auf.]*

Wir stehen hier vor dem Hauptsitz der GRS , der Gesellschaft für Reaktor Sicherheit in der Schwertnergasse 1 in Köln. 400 MitarbeiterInnen haben hier den Job, zu beschwichtigen und zu verharmlosen. Hier wird weich abgefedert, was an harten Fakten, und Beunruhigendem die Glaubwürdigkeit der Atomlobby gefährden könnte.

Unter dem Vorstand von Funktionären der Kraftwerksbauer und Energieversorger wird hier Embedded Science betrieben - Eingebettete Wissenschaft, die ABSOLUT UNABHÄNGIG den Atomstrategen die gewünschten wissenschaftlichen Resultate liefern soll.

Ähnlich dem embedded journalist, dem Journalisten, der in Afghanistan eng an die Hand genommen wird, damit er ja keine unerwünschten Abbilder der bitteren Realität des Krieges liefert.

Wie sieht es aktuell bei der GRS aus, die ja das Lagezentrum der Bundesregierung bei allen atomaren Störfällen ist?

Bis einschließlich gestern ging die GRS davon aus, dass es in Fukushima bislang nicht zu Kernschmelzen gekommen sei. Als Physiker finde ich es vollkommen unglaubwürdig, wenn 300 WissenschaftlerInnen der GRS, die rauchenden Reaktorblöcke nicht als das interpretieren was sie sind: nämlich in Auflösung befindliche Brennstäbe - also Schmelzen, die sich mit fast 3000 Grad nach und nach durch verschiedenen Schichten des Reaktorbehälters und Containments fressen.

Bei der GRS hält man sich an die sprachlichen Vorgaben der japanischen KollegInnen von Tepco und Aufsichtsbehörde, zu denen es engen wissenschaftlichen Kontakt gibt: „Man müsse von Beschädigungen der Brennstäbe ausgehen ...“ Das Reizwort Kernschmelze und der damit eingeleitete GAU, der die logische Konsequenz ungekühlten Brennmaterials ist, wird vermieden.
Das maximale Scheitern aller Sicher-

heits-Bemühungen und damit der Glaubwürdigkeit der Atomenergie weltweit wird solange wie möglich herausgezögert - Zur Beruhigung aller !

Weniger beschwichtigend wirkte da die ehrliche Äußerung von Störfall Brüderle beim Industriellen-Treffen des BDI. Wir müssen also nach Ablauf von Moratorien und herbeigeheuchelten Stresstestüberprüfungen der abgeschalteten AKW von einem unbeirrten WEITER WIE BISHER seitens der Regierung ausgehen.

Die GRS wird dafür das wissenschaftliche Fundament liefern – natürlich ABSOLUT UNABHÄNGIG !

Denn hier bei der GRS liegt nicht nur das Lagezentrum der Bundesregierung für atomare Katastrophen, hier wird ebenfalls die Überprüfung der deutschen Reaktoren während der Zeit des Moratoriums koordiniert!

Für deutsche Atomkraftwerke berechnet die GRS statistisch alle 1600 Jahre eine Kernschmelze. Statt daraus eine gesellschaftlich verantwortliche Empfehlung für das Bundesumweltministerium abzuleiten – nämlich sofortige Abschaltung aller Reaktoren, bescheinigt man lediglich, dass das Risiko kleiner ist als selbst festgelegte Grenzwert – also alles im grünen Bereich.
Geschäftsgemäßer Lobbyisten-Zynismus, den sich zumindest alle wissenschaftlichen Mitarbeiter der GRS vorhalten lassen müssen.

So, liebe GRS und jetzt wird's spannend für Euch – zumindest für die Dienst-älteren.

**1979 ist bei Euch eingebrochen worden** – bislang ungeklärt. Weg gekommen sind damals sämtliche Protokollunterlagen und Tonbandaufzeichnungen der Sitzungen der Reaktorsicherheitskomission.

Aus denen hervorging, dass diese Kommission 1977 eine Weisung des Bundesinnenministeriums erhalten hat, die forderte, dass im Herbst 77 „eine positive Empfehlung zur technischen Realisierbarkeit der damals geplanten atomaren Wiederaufbereitungsanlage" abzugeben sei.

Also, man hat eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnis man im Vorfeld per Weisung angeordnet hat.

Und weil Euer Club wissenschaftlich ABSOLUT UNABHÄNGIG ist, kam dann im Oktober 77 (huch) exakt das gewünschte Ergebnis raus.

Wir haben eigentlich gar keinen Bock mehr, uns noch an den Doktor der Reserve Guttenberg zu erinnern, aber offenbar haben auch die Leute in Eurem Haus mit den elementaren Gepflogenheiten einer kritischen und unabhängigen Wissenschaft nix am Hut. Nicht nur ein Schönheitsfehler (Doktor ja oder nein) sondern hier von enormer gesellschaftlicher, sogar existenzieller Tragweite.

Denn ein Haufen Leute gehen drauf wegen Eurer pseudo-wissenschaftlichen Resultate, die ABSOLUT UNABHÄNGIG immer wieder aufs Neue ergeben, dass die Messwerte der von Euch eingeführten Risikoparameter immer unterhalb der ebenfalls von Euch eingeführten Grenzwerte liegen. Dazu braucht es noch nicht einmal einen GAU, nein auch der -ebenfalls von Euch- definierte „AKW-Normalbetrieb" fordert im nahen Umfeld der Atomkraftwerke seine Krebstoten.
Die habt IHR mit Eurem Verständnis von Wissenschaft mitzuverantworten!

So, liebe GRS wir ziehen weiter!

*(Farbe fliegt gegen die Fassade)*

Atomausstieg ist Handarbeit und keine Quatschbude!
Uns ist nach Richtig Abschalten: nach Demonstrieren, Blockieren und Sabotieren!

**Wir lassen Euch zur Erinnerung die entscheidende Kopie der 1979 geklauten Unterlagen zurück.**

Wir widmen diesen Beitrag dem damaligen „Einbrecher" und Anti-Atom-Aktivisten EBERHARD TRESSELT, der leider 2008 verstorben ist. Mit seinem für die GRS folgenschweren Bruch bleibt er uns in angenehmer Erinnerung!

***Rede X***

# Plünderer geben selten Pressekonferenzen

Dieser Fakt machte die Diskussion in der BBC Morning Show heute morgen etwas einseitig.

„Was ist das Verbrechen einen Laden einer Firmenkette zu plündern gegenüber dem Verbrechen eine zu besitzen?" -Luther Brecht

Da ich gestern Nacht in London-Brixton unterwegs war, fühle ich mich als Anarchist, der seit sechs Jahren in der Gegend lebt, genauso qualifiziert, ein wenig meine Perspektive wiederzugeben, wie all die anderen.

Das Wichtigste zuerst. Keine(r) derjenigen die gestern Beute aus Currys (Ladenkette wie Media-Markt) geholt haben, wird jemals 9000 Pound jährliche Studiengebühren an David Camerons glitzerndes, neo-liberales Universitätssystem bezahlen, das von den jungen Leuten in London so geliebt wird. Obwohl Großbritannien inzwischen eine größere soziale Mobilität (die Fähigkeit seinen sozialen Hintergrund zu verlassen und aufzusteigen, trotz sozial schwacher Stellung) aufweist als in der Viktorianischen Ära, der Cameron nachzueifern scheint, sind die rassistischen Untertöne in der britischen Sozial-Symphonie immer noch ziemlich laut. Die meisten Schwarzen, die gestern Nacht an der Plünderung von Currys, drüben an der Effra Road, teilgenommen haben, werden es nie aus ihrer Sozialbau-Siedlung heraus in die Big-Society schaffen. Sie haben einfach nichts zu verlieren.

Trotzdem war die für Brixtoner Verhältnisse relativ durchmischte Menge von mehreren hundert Menschen gestern Nacht in festlicher Stimmung, als sich Autos auf beiden Seiten der Straße bis zur Brixton Water Lane stauten. Dies sind keine Leute, die es gewohnt sind, zu gewinnen. Die Chance, Elektronik im Wert von mehreren tausend Pfund zu erbeuten, direkt unter den Augen der hilflosen Polizei, die sie regelmäßig belästigt, verprügelt und umbringt, machte es zu einer großartigen Nacht. Die 14-jährigen Mädchen, unterwegs zu dem 60inch Plasma-TV ihrer Träume, waren höflich genug, ehrlich um Verzeihung zu bitten, als sie mich beim Eindringen in Currys Parkplatz anrempelten. Gestern Nacht hatte jeder in der Effra Road gute Laune.
Heute morgen widersprachen die etablierten Medien mordlustig.
Viele Kommentator_innen beklagten das Fehlen eines klaren politischen Motivs der Aufstände und schienen besorgt darüber zu sein, wie respektlos das Plündern sei. Dieser Denkweise nach, ist Armut nicht politisch.
Im Radio, im Netz und in den Zeitungen wird zur Zeit viel über die „Blödheit" der Krawallmacher_innen und Aufständischen geredet, die ihre eigenen Viertel niederbrennen. Alle Kommentator_innen die dieser Argumentation folgen, haben einige, ziemlich einfache, Fakten nicht bedacht.
Aufgebrachte Guardian-Leser_innen, ich sage euch: ihr liegt nur teilweise richtig. Es ist wahr, dass der Typ, der gestern Nacht die Kassenschublade an der Brixton Akademie vorbeitrug, wohl seine Handlungen nicht nach rationellen ökonomischen Beweggründen konzeptioniert hatte. Jedoch, im Vergleich zu den vier Jahren staatlich-kapitalistischer Versuche, uns aus der Wirtschaftskrise herauszukatapultieren, waren seine Manöver die Krone der Rationalität. Beweismittel vernichten, indem man die Gas-Kocher voll aufdreht und die Stockwell Road-NANDOS abfackelt, ist ziemlich verrückt, aber es macht, wirtschaftlich gesehen, für Brixton sehr viel mehr Sinn, als alles, was bisher von Labour, den Conservatives oder den Zauberhirnen der City of London versucht wurde.
Fenster in Brixton einschmeißen ist wahrscheinlich der sicherere Weg zu Wohlstand für die Mehrheit, als all die respektableren Pfade, die vergeblich begangen wurden.

Der Typ der heute auftauchte, um die Fensterscheiben in der Brixton Road zu reparieren, lebt wahrscheinlich nur ein paar Ecken weiter von der Stelle weg, an der das zerschmetterte Glas auf dem Gehsteig liegt. Es ist unwahrscheinlich, dass er nebenberuflich ein Währungsspekulant oder Hedge-Fonds Manager ist, das Geld, das er mit dem Reparieren der Fenster verdient, wird zum großen Teil wieder in der Community ausgegeben.

Die Vorteile, unaufhörlich Geld aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung in die Rücklagenkonten der überladenen Hasardeure in Canary Wharf zu verschieben, sind mir, zur Zeit etwas weniger deutlich. Die Krise geht ins fünfte Jahr.
Hunderte Milliarden in die unendlichen Bankenrettungen, Unternehmenssteuervergünstigungen und andere Requisiten

für die Weltwirtschaft, welche zunehmend der der UdSSR im Jahre 1987 gleicht, zu werfen, ist eindeutig keine lohnende Strategie.

Der Ausbruch des ökonomischen Chaos in der Eurozone und die Polizeikugeln die Mark Duggan trafen und sein Leben beendeten sind jetzt zwei Ereignisse die verbunden sind, durch die massiven Riots in London, der größten Finanzmetropole Europas.
Diese Riots sind außergewöhnlich - hauptsächlich wegen des Rollentausches, den sie hervorbringen, und der größte Teil der Empörung in den etablierten Medien bezieht sich auf ihn. Die Empörung ist äußerst interessant, wenn man einmal darüber nachdenkt.
Zum Beispiel: Einzelhandelsgewinn ist eine Art Diebstahl. Er ist wirtschaftlicher Wert, der aus der Community durch Firmenkassen heraus gesogen wird. Die Entscheidung, an welcher Stelle der Gewinn re-investiert wird, liegt bei den Managern und Aktionären. Sie ist nicht die Entscheidung der Menschen, von denen die Wertschöpfung stammt. Der ganze Prozess ist grundlegend anti-demokratisch.
Das Verweigern selbst fundamentaler demokratischer, politischer Rechte geschieht täglich, es ist normal und wird Jahre, Jahrzehnte, Jahrhunderte andauern. Firmen dürfen von Armen stehlen, aber jeder Versuch der Armen von den Reichen zu stehlen, muss aufs Schärfste verurteilt werden.
Ebenso habe ich mich heute mehrmals über die Riots in Tottenham, am Samstagabend, unterhalten. Sämtliche Unterhaltungen nahmen Bezug auf den Fall von Keith Blakelock, den Polizisten der während der Broadwater Farm Riots 1985 getötet wurde. Nicht einer von meinen Gesprächspartner_innen nahm Bezug auf Cynthia Jarett, die Frau, die während der Durchsuchung ihrer Wohnung getötet wurde und deren Tod die Riots erst auslöste.
Gleichfalls bezweifle ich, dass nur einer der aufgebrachten middle-class Kommentatoren auf BBC4 heute morgen viele Gedanken an die vielen Menschen verschwendet hat, die von der Polizei in Gewahrsam getötet wurden oder an die fast tägliche Erniedrigung schwarzer Jugendlicher, die vor meinem Haus angehalten und durchsucht werden. Die Botschaft, die dadurch verbreitet, wird ist relativ eindeutig: Polizeiübergriffe auf Arme, die sich nicht wehren können (insbesondere Schwarze), sind normal. Im Gegenzug sind Angriffe auf die Polizei ein Skandal, insbesondere, wenn diese erfolgreich sind. Und fragt nie den Typen der die Kasse geklaut hat, nach seiner Meinung dazu.

Nichts hiervon bedeutet, dass das Feuerwehrauto das gerade an meinem Haus vorbei raste, eine gute Sache ist. Die politischen und ökonomischen Probleme von Brixton sind komplex. Es ist zu einfach, Plattitüden darüber herauszuhauen, dass „nichts jemals so sein wird, wie zuvor", aber für ein paar Stunden in der letzten Nacht waren mal die Verlierer die Gewinner, als sie mit Plasma-TVs und Macs unterm Arm die Effra Road herunter spazierten. Und das könnte eine mächtige Wirkung haben.

***Max von Sudo*** *9. August 2011*

*london.indymedia.org/articles/9828*
*Übersetzung für AB*

## Strafbefehle verweigern – Staatsanwalt ins Klo

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass Staatsanwaltschaft und Gerichte bezüglich Strafverfahren, die die linke Szene betreffen, immer häufiger zum Mittel des Strafbefehls greifen. In der Logik der Herrschenden dienen Strafbefehle der ressourcensparenden und diskreten Abwicklung von Strafverfahren und können nach diversen Delikten „leichter Kriminalität" Anwendung finden. Hauptsächlich dienen sie der schnelleren Abwicklung von Verfahren in der sogenannten „Massenkriminalität", also bei häufig begangenen, niedrigschwelligen Vergehen wie beispielsweise „Leistungserschleichung" (hierbei vor allem „Schwarzfahren"), Diebstahl, Beleidigung, diverse Verkehrsdelikte, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte oder Sachbeschädigung. Bei den erlassenen Strafen handelt es sich zumeist um Geldbußen, den Entzug der Fahrerlaubnis u.ä.

**Zum Ablauf:** Die Staatsanwaltschaft beantragt den Erlass eines Strafbefehls bei dem*der zuständigen Richter*in. Erscheint dem Gericht die Täter*innenschaft der*des Angeklagten als wahrscheinlich und das vorgeschlagene Strafmaß angemessen, wird der Strafbefehl bewilligt und der*dem Betroffenen zugestellt. Wenn diese*r

nicht innerhalb von zwei Wochen Einspruch gegen den Strafbefehl einlegt, ist er ein rechtskräftiges Urteil.

**Was ist das Problem an der Sache?**
Zum einen zeigt diese Verfahrensweise das geltende Rechtsverständnis, in dem die Unschuldsvermutung schon lange nicht mehr gilt und immer häufiger die Beweislast zu Gunsten der Staatsanwaltschaft umgekehrt wird. Die Bewilligung des Strafbefehls durch das Gericht kommt einer Vorverurteilung gleich; die Grundregel eines Prozesses – das Recht auf eine angemessene und selbst gewählte Verteidigung – wird untergraben. Dadurch, dass das Akzeptieren eines Strafbefehls als Win-Win-Situation sowohl für die*den Angeklagte*n als auch für Gericht und Staatsanwaltschaft dargestellt wird, erhöht sich für die*den Beschuldigte*n der Druck darauf einzugehen, um drohende weitere Verfahrenskosten (Anwaltskosten, Gerichtskosten...) und eine eventuell höhere Strafe zu vermeiden.
Zum anderen ziehen Strafbefehle – auch wenn in ihnen keine Freiheitsstrafe festgesetzt wird – häufig trotzdem Haftstrafen nach sich; Viele Menschen können das angesetzte Bußgeld nicht bezahlen und sind deshalb dazu gezwungen, ersatzweise in Haft zu gehen. Darüber hinaus ist es ihnen, wenn sie sich aus irgendeinem Grunde zu Unrecht des jeweiligen Vergehens beschuldigt fühlen, finanziell kaum möglich, juristisch gegen den Strafbefehl vorzugehen.

**Und was hat das alles mit uns zu tun?**
Wie wir versucht haben zu verdeutlichen, kommt die Möglichkeit, Strafbefehle zahlen zu können, Privileg gleich und zementiert diese Form von Klassenjustiz, indem Akzeptanz geschaffen wird, wo Kritik und Widerstand nötig wären. Auf Grund unserer Soli-Struktur stellen Strafbefehle für uns als radikale Linke in den seltensten Fällen finanziell ein unüberwindbares Hindernis dar. Mal davon abgesehen, dass wir uns mit all unseren Soli-Partys, -T-Shirts, -Cocktails und der Roten Hilfe nur unsere eigene Kohle aus der Tasche ziehen, unterstützen wir durch unser widerspruchsloses Zahlen der Bußgelder die Repressionsorgane, gegen die wir doch vermeintlich kämpfen. Die „Vergehen", die uns zur Last gelegt werden, sind immer absurder, die Geldstrafen immer höher, die Anwendung wird immer häufiger etc. Und der Repressionsapparat klatscht in die Hände und freut sich, dass wir so eifrig zahlen und ihre Ressourcen sparen, anstatt Kosten und Ärger zu verursachen. Natürlich muss von Fall zu Fall immer wieder individuell entschieden werden, ob ein Einspruch gegen einen Strafbefehl Sinn macht. Dabei sollte allerdings nicht ausschließlich auf den Geldbeutel geschielt werden. Auch wenn es sich abzeichnet, dass ein Prozess nicht zu gewinnen ist, oder die Geldbuße im Prozess vermutlich niedriger ausfallen würde, dafür aber höhere Kosten für einen Rechtsbeistand anfallen würden, raten wir dringend zu einem Blick über den eigenen Tellerrand. Einen Strafbefehl akzeptieren ist in keinem Fall eine Win-Win-Situation, sondern ein Akzeptieren und Einknicken vor staatlicher Herrschaft. Wir wollen unsere Prozesse weder diskret, noch nach ihren Regeln führen. Wir wollen Kosten verursachen, statt zu ersparen. Wenn wir es jedes Mal auf einen Prozess ankommen lassen, wird sie das im wahrsten Sinne des Wortes teuer zu stehen kommen und auf längere Sicht vielleicht davon abrücken lassen, für jeden Scheiß einen Strafbefehl rauszuhauen.

**Was also tun?**
Schon klar, Strafbefehle nicht zu bezahlen und es stattdessen auf einen Prozess ankommen zu lassen, wird uns auch auf längere Sicht wahrscheinlich nicht die Revolution bringen. Mit diesem Text wollen wir primär dazu anregen, sich mal wieder verstärkt über einen sinnvollen Umgang mit Repression auseinanderzusetzen. Anstatt Vereinzelung und Individualisierung wünschen wir uns, dass vermehrt die Diskussion mit anderen gesucht wird, sich kollektive und solidarische Handlungsmöglichkeiten überlegt werden (z.B. Prozesse gemeinsam politisch zu planen und zu führen). Bei der derzeitigen überwiegend finanziellen Soli-Arbeit gehen oftmals die Inhalte, die wir vermitteln wollen, verloren.
Ihrer Repression stellen wir unsere Solidarität entgegen. Diese Solidarität, die Möglichkeit, unsere (Straf-) Taten politisch zu erklären, statt sie kriminalistisch deuten zu lassen, unsere Prozesse gemeinsam zu planen und zu führen, wird zunichte gemacht, indem Strafbefehle angenommen werden. Einen Strafbefehl anzunehmen bedeutet letztlich, ein Rechtssystem anzuerkennen, das der Sicherung bestehender Kapitalverhältnisse und rassistischer und sexistischer Sondergesetze dient. Drastisch gesagt: Strafbefehle zu akzeptieren kommt einer Kollaboration gleich.

Wir sagen:
Gegen jede Kollaboration mit den Repressionsorganen! Für ein solidarisches Miteinander! Mit unversöhnlichem Hass die herrschende Ordnung bekämpfen! Gegen jede Herrschaft!

***Die autonomen Parolendrescher*innen vom Dienst***

# Ausstieg in Fahrtrichtung Links!

Seit Anfang Oktober 2011 existiert das „Aussteigerprogramm für Linksextremisten" des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Wir finden es ist höchste Zeit für eine kurze Warnung vor dieser Massnahme durch die Zielgruppe.
Also erstmal kurz erklärt, was der BfV sich da eigentlich ausgedacht hat. Ausgehend von der Extremismus-"These" haben sich die Verantwortlichen gedacht: ‚Was gegen Nazis hilft, das kann auch gegen Autonome nicht schaden'. Also schnell eine E-Mailaddresse eingerichtet und eine rund um die Uhr erreichbare Hotline geschaltet und schon können endlich alle aus die, aus der Szene aussteigen, die sich den Rückzug ins Private bis heute nicht getraut haben. Der Verfassungsschutz bietet dabei Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche, Wohnungssuche und bei der Vermittlung von schulischen oder beruflichen Qualifizierungsmassnahmen, sowie Beratung und Hilfe beim Knüpfen von Kontakten zu Justiz, Behörden und Arbeitgebern an. Wir glauben nicht, dass auch nur eine Person aus der radikalen Linken eine Teilnahme an diesem Programm ernsthaft in Betracht zieht. Alleine schon, weil wir keine_n verprügeln der_die uns und unseren Kämpfen den Rücken zukehrt und sich widerspruchslos mit den Regeln dieser „demokratischen Gesellschaft" arrangiert. Ausgehend von der Extremismus-"Theorie" macht das BfV Folgefehler. Damit so eine Hotline auch bei uns Wirkung entfalten könnte, müsste unsere Szene offen hierarchisch strukturiert sein. Da Leuten, die mit linksradikaler Politik aufhören, schlimmstenfalls der Verlust von ein paar Freundschaften droht, braucht keine_r so eine Hotline und erst recht nicht den Schutz der Behörden vor Racheakten. Bei den Nazis sieht das anders aus. Wer aussteigen will wird bedroht, zusammengeschlagen und manchmal auch umgebracht. In jedem Fall, aber als Verräter oder Verräterin an der „Nationalen Sache" gebrandmarkt. Bei uns können die Leute einfach gehen und machen das ja leider auch oft genug.
Kommen wir nun aber zu der Gefahr für unsere Strukturen, die in dieser Ausstiegshotline unserer Meinung nach steckt. Das Angebot richtet sich nicht nur an Ausstiegswillige, sondern auch an Familienangehörige und Freund_innen von Linksradikalen.
Der Verfassungsschutz ruft hier also unsere Eltern, Mitschüler_innen und Kolleg_innen zur Denunziation auf. Wir fürchten, dass gerade die Eltern jüngerer Genoss_innen, die gerade zum ersten Mal Stress mit den Bullen haben, sich Hilfe suchend an diese Hotline wenden und damit ihre Kinder und deren Genoss_innen und Mitstreiter_innen einer nicht unerheblichen Gefahr aussetzen. Also seid wachsam, auch bei dem was ihr euren Eltern, Freund_innen (innerhalb und außerhalb der Szene) und Mitschüler_innen bzw. Kolleg_innen über die Zusammenhänge erzählt, in denen ihr euch bewegt und organisiert seid. Und natürlich kein Wort zu irgendwem über repressionsanfällige Aktionen die ihr durchgeführt habt oder an denen ihr beteiligt wart. Mensch kann nur schwer berüchtigt sein und dabei unerkannt bleiben!

***Auch Tiffi und Samson halten das Maul!***

**Ganz aktuell und exklusiv gibt auf pantoffelpunk.de ein Blitzinterview mit dem Aussteiger F.:**

**pantoffelpunk.de: "Herr F., sie sind aus der linksextremen Szene ausgestiegen. Wie haben Sie das geschafft?"**
Herr F.: *"Ich bin sonst jeden Dienstag zum Treffen der Autonomen Antifa meiner Stadt gegangen, an einem Dienstag im November des letzten Jahres allerdings bin ich von einem alten Bekannten, der mit der Szene nichts zu tun hat, zum Spieleabend eingeladen worden. Wir haben nett geklönt, ein paar Bier getrunken und witzige Gesellschaftsspiele gespielt. Das war ein sehr netter Abend."*
**pp: "Wie ging es weiter?"**
F.: *"Am Ende des Abends fragten die mich, ob ich am nächsten Dienstag wieder kommen wolle, einer würde auch eine WII mitnehmen. Ich sagte zu und hielt mei ne Verabredung ein."*
**pp: "Sie fehlten also wieder bei dem Treffen der Antifa? Wie haben ihre Kamer… Mitstreiter reagiert?"**
F.: *"Ich habe irgendwann S. von der Antifa angerufen und gesagt, dass ich Dienstags jetzt etwas anderes vorhätte und nicht mehr an den Treffen teilnehmen würde. Er war natürlich etwas enttäuscht, schließlich hatten wir davor Jahre lang gemeinsam im rechtsextremen Millieu recherchiert und Daten veröffentlicht, wir haben Aktionen geplant, Demos organisiert und Migranten bei der Suche nach Hilfen unterstützt."*
**pp: "Wurden Sie in der Folgezeit unter Druck gesetzt und bedroht?"**
F.: *"Ja. Man hatte mir massiv damit gedroht, den Termin auf Mittwoch zu verlegen, ich solle doch bitte wieder dabei sein."*
**pp: "Aber Sie sind hart geblieben?"**
F.: *"Ja, ich hatte schon länger keine Lust mehr, wollte das Feld den Jüngeren überlassen und auch wieder mehr Zeit für meine Freundin haben."*
**pp: "Mussten Sie untertauchen?"**
F.: *"Ja, ich habe ein paar Antifas wiedergetroffen, als ich im letzten Monat im Freibad war. S. hat mich lachend untergeduckert. Einer hatte auch einen Ball mit. Wir haben dann eine Stunde lang "Schweinchen in der Mitte" gespielt und meistens war ich das Schweinchen. Dann musste ich Gott sei Dank raus, ich hatte nur ein Zweistundenticket und wollte nicht nachbezahlen."*
**pp: "Herr F., wir danken für das Gespräch."**

# Achtung Staatsschutz Hannover

***Fotos und Text***

Anfang Oktober wurden hannoveraner Staatsschützer und Schützerinnen mit Fotos auf indymedia.linksunten.org geoutet.
Die verantwortliche Recherchegruppe schrieb dazu (gekürzt):
„Der Staatsschutz der Polizei ist für die Verfolgung „politisch motivierter Straftaten" zuständig. Er führt die Ermittlungen durch, lädt Zeug_innen und Beschuldigte vor, macht Hausdurchsuchungen usw. Dies alleine sollte für jede_n linke_n Aktivist_in Grund genug sein, eine Unterhaltung oder gar Zusammenarbeit mit Staatschützern und Staatsschützerinnen auszuschließen.
Doch der Staatsschutz hat neben der Strafverfolgung noch weitergehende Interessen. So werden, auch außerhalb von konkreten Ermittlungen, Aktivist_innen zu Hause belästigt. Der Staatsschutz sammelt dabei Informationen, über linke Zusammenhänge und Personen. Diese verwendet er bei Bedarf zur Einschüchterung und zur Konstruktion von Straftaten. Kriminalfachinspektion 4 (KFI 4) 4.2 K ist in Hannover für „links motivierte Straftaten" zuständig.
Alle, die widerständig und linksradikal Politik machen, sind mit der Repression des Staatsschutzes konfrontiert. In Anbetracht dessen wollen wir einen praktischen Umgang damit und spektrenübergreifende Solidarität stärken. Um mehr Klarheit über die Strukturen des Staatsschutzes zu schaffen, fangen damit an Allen unsere Gegenrechercheergebnisse zu Verfügung zu stellen.
Da wir aber schon zweimal teure, farbige Kopien verteilt haben und trotz Bitte um Spenden so gut wie nix erhalten haben, sind wir ziemlich klamm. Wir bitten deshalb nochmal um Spenden!
Außerdem verstehen wir uns nicht als eure Dienstleistungsrecherchegruppe, sondern als ein Projekt, dass Infos über den Staatsschutz (und andere Repressionsorgane) sammelt und möglichst allen zur Verfügung stellt. Also behaltet eure Infos und Fotos nicht für euch oder eure Gruppe. Sie gehen alle etwas an.
Wir stellen eine Infrastruktur, die allen linken/linksradikalen Strukturen nutzen soll – dazu brauchen wir aber eure Unterstützung.
Wenn ihr Infos oder Bilder (am besten digital z.B. auf CD) habt, die auch andere betreffen,
meldet euch bei uns. Wir werden die Sachen, die wir überprüfen können und für geeignet halten, veröffentlichen.
Da derartige Veröffentlichungen, strafrechtlich zumindest ein Verstoß gegen das Recht am eigenen Bild darstellen und den Staatschutz darüber hinaus zu angepissten (Über-) Reaktionen veranlassen könnten, achtet dabei bitte auf eure Sicherheit, z.B. Fingerabdrücke / DNA, wenn ihr Sachen per Post schickt.

Postadresse für Kritik, Ergänzungen, Spenden:
Hilde Anders;
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1;
30167 Hannover

Passt auf euch auf!
Lasst euch nicht erwischen!
Macht jeden Anquatschversuch öffentlich!

***Hilde Anders und die Anderen"***

Die 17 Fotos und den ganzen Text findet ihr bei:

***linksunten.indymedia.org/de/node/48535***

# Rosenpavillon/Raubkopien Verfahren eingestellt

Wie in der letzten Ausgabe berichtet, hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen versuchter Brandstiftung am Rosenpavillion gegen den von uns unterstützten Genossen eingestellt. Bei der Hausdurchsuchung im Zuge der Ermittlungen, wegen der versuchten Inbrandsetzung des Rosenpavillions wurde der Computers unseres Genossen beschlagnahmt. Durch die Beschlagnahme des PC und Sichtung der Daten war noch ein Verfahren, wegen der ‚unerlaubten Verwendung urheberrechtlich geschützter Werke' oder umganssprachlich auch Softwarepiraterie genannt, anhängig. Dieses Verfahren hat die Staatsanwaltschaft nun auch eingestellt, nachdem unser Genosse sich mit der Zahlung von 200 €, dem Einbehalt seines Rechners und einer Einlassung (also einem Geständnis ohne eine Aussage zu machen) zu dem Vorwurf der unerlaubten Verwendung von Windows XP, Adobe Photoshop und 7 PC-Spielen widerwillig einverstanden erklärt hat. Zu dem Tatvorwurf hat er sich eingelassen, weil die Beweislast, durch den beschlagnahmten Computer eindeutig war und so die Kosten für die Prozesstage eingespart werden konnten und weil ein Prozess höchstwahrscheinlich mit einer Verurteilung, und damit mit einem Eintrag ins Führungszeugnis geendet wäre. Diese Einstellung findet im Gegensatz dazu offiziell nirgends Erwähnung. Ob die betroffenen Softwarefirmen noch zivilrechtliche Ansprüche geltendmachen lässt sich zur Zeit nicht absehen. Es gibt für uns also pümktlich zum neuen Jahr wieder etwas zu feiern. Falls sich noch überraschendes in diesem Verfahren ergibt halten wir euch auf dem Laufenden. Wir stoßen mit Sekt an und wünschen auch euch ein frohes neues Jahr.

***Die Soligruppe Rosenpavillion***

# Ungarn auf dem Weg zum „wahren Ungarntum“

Die Bahn fährt durch malerische Landschaften, vorbei an Wäldern, Dörfern und der sanft geschwungenen Donau auf die ungarische Hauptstadt Budapest zu. Im Hintergrund geht langsam die Sonne auf. Das Ganze wirkt schon fast ein bisschen kitschig. Wer Kitsch mag, braucht in Budapest auch sonst nicht lange suchen. Die Innenstadt ist herausgeputzt, die imposanten Gebäude aus der Zeit der k.u.k. Monarchie in den Nachtstunden umfangreich illuminiert. Doch bei all der scheinbaren Idylle bleibt ein mulmiges Gefühl nicht aus. Ungarn hat wie die meisten postsowjetischen Staaten nach dem „Aufbruch in den Kapitalismus“ große Probleme mit Armut und Verelendung. Besonders hart trifft es die Angehörigen der Roma-Minderheit, die in Ungarn zusätzlich unter einer massiven gesellschaftlichen Diskriminierung zu leiden haben. Wie in vielen postsowjetischen Staaten ist aktuell ein Erstarken nationalistischer Bewegungen und Tendenzen zu beobachten. Dabei stechen äußerst gewaltbereit agierende neofaschistische Organisationen, wie etwa mordende Neonazis in Russland oder florierende Blood & Honour-Strukturen in Kroatien besonders hervor. Doch bei den wiederholten Pogromen gegen Roma in Tschechien und Ungarn nahmen nicht nur organisierte Neonazis teil. An den Angriffen auf Menschen und Siedlungen beteiligten sich Bürger_innen oder flankierten die Ausschreitungen als jubelnde Zuschauer_innen. Gerade in Ungarn ist die Etablierung nationalistisch-revisionistischer Positionen in der Gesellschaft zu beobachten.

Seit der Wahl im April 2010 regiert ein Wahlbündnis unter der ultrokonservativen „Fidesz“ Ungarn mit einer Zweidrittel-Mehrheit. Mit knapp 13 % zog außerdem die Partei „Jobbik“ in das Parlament ein. Diese vertritt nationalistisch-völkische Positionen und hetzt gegen die Roma-Minderheit, Jued_innen, Linke, Schwule/Lesben und tritt darüber hinaus für ein „Großungarn“ ein. Die „Jobbik“ ist der politische Arm, der inzwischen verbotenen „Magyar Garda“ (Ungarische Garde), einer paramilitärisch und uniformiert auftretenden Gruppierung. Das Auftreten der „Magyar Garda“ ähnelt dem Auftreten der sogenannten Pfeilkreuzler. Unter dem Ministerpräsidenten Viktor Orban (Fidesz) wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Die Umbenennung der „Republik Ungarn“ in ausschließlich „Ungarn“ mag hierbei noch harmlos wirken, gibt aber die allgemeine Marschrichtung der neuen Verfassung wieder. Deutlich stärker als zuvor treten nationalistisch-konservative Elemente - wie etwa die Konstruktion Ungarns als „Kulturnation“ und hier enthalten das Primat der ungarischen Kultur, Identität und Sprache - als elementare Grundwerte der Verfassung in den Vordergrund. Dabei erhalten konservative Lieblingsdomänen wie Gott, Familie und Nation als Stützen der Gesellschaft zu Ungunsten individueller Freiheiten eine besonders herausgehobene Position. Daneben wurden zum Beispiel die Rechte des Verfassungsgerichtes und die Pressefreiheit stark eingeschränkt, was zu Protesten im In- und Ausland führte. Kritiker_innen fürchten durch die neue Verfassung die Etablierung eines autoritären politischen Systems. Gänzlich unbegründet scheinen diese Sorgen nicht zu sein, schaut man sich die Anklagen gegen kritische Journalist_innen auf der Grundlage des neuen Mediengesetzes an oder die Absichten der „Fidesz“-Mehrheit die Sozialdemokratische Partei mit Hilfe sogenannter „Sozialistengesetze“ für das Tun ihrer Vorgängerpartei in der Sowjetunion verantwortlich zu machen.

Wer durch die ungarische Hauptstadt läuft, kommt nicht umhin die jungen Männer in Jobbik-Kaputzenpullovern zu bemerken und muss schon sehr genau wegschauen, um die unzähligen antisemitischen Graffities im jüdischen Viertel Budapests zu übersehen. Jüdische Einrichtungen wie Schulen oder die Synagoge werden von privaten Wachleuten und Polizist_innen bewacht. Eine lakonische Antwort auf die Frage, wie denn die aktuelle Situation mit der Jobbik und der ungarischen Regierung eingeschätzt wird lautete: „Es gab hier noch keine Toten“. Der zu verzeichnende Rechtsruck in Ungarn braucht eine ideologisch Begleitung, einen Moment der sich zum propagandistisch ausschlachtbaren Ideal herauf stilisieren lässt.

Ungarn war als Teil der k.u.k.-Monarchie, einer Doppelmonarchie bestehend aus dem Österreichischen Kaisertitel und dem ungarischen Königstitel, als einer der Verlierer aus dem ersten Weltkrieg hervorgegangen und musste in diesem Zuge massive Gebietsabtrennungen akzeptieren. Einem kurzen räterepublikanischen Sommer folgte im Jahr 1919 die Machtübernahme durch den Offizier Miklos Horthy und das Ausrufen des Königreiches Ungarn. Horthy übernahm hier die Funktion des Reichsverwesers und hatte diese bis zum Oktober 1944 inne. Die ungarische Regierung verfolgte eine enge Anbindung an Nazideutschland, um in diesem Zuge die abgetretenen Gebiete zurückzuerhalten. Antikommunistische und antisemitische Einstellungen waren tief in der ungarischen Gesellschaft verwurzelt. Ungarische Truppen beteiligten sich ab 1941 an den Überfällen auf Jugoslawien und

die Sowjetunion. Durch massive Verluste und das offensichtlich werdende Scheitern des Angriffs auf die Sowjetunion versuchte Horthy in Verhandlungen mit den Alliierten zu treten. Als Folge marschierten deutsche Truppen im März 1944 in Ungarn ein und installierten eine Kollaborationsregierung unter Döme Sztojay. Sztojay wurde im Oktober 1944 von Horthy entlassen, was wiederum zur Absetzung und Verhaftung von Horthy selbst durch deutsche Truppen führte. Die neue Regierung wurde unter Führung der nationalsozialistischen Pfeilkreuzlerbewegung um Ferenc Szalasi gebildet.

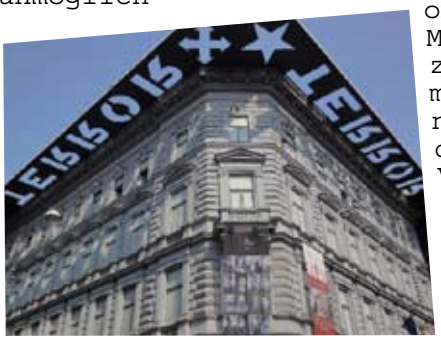
In der kurzen Phase der Räterepublik nach 1919 waren viele Jüd_innen in führende Positionen eingebunden und gesellschaftlich weitgehend gleichgestellt. Nach der Machtübernahme Horthys wurden diverse antijüdische Gesetze eingeführt, die etwa die Anzahl der Jued_innen an der Hochschule, in der Verwaltung und in der Wirtschaft regelten. Diese Gesetze waren die ersten antijüdischen Gesetze im Europa neuerer Prägung und wurden in den 1930er Jahren noch weiter verschärft. Auch beteiligte sich die ungarische Armee unter anderem an Vertreibungen von Jued_innen aus den annektierten Gebieten und lieferten sie so deutschen SS-Verbänden aus. Doch trotz der antisemitischen Gesetze und der Zwangsarbeit für jüdische Menschen weigerte sich das Horthy-Regime bis zum Einmarsch der deutschen Truppen Anfang 1944, sich an der „Endlösung" zu beteiligen. Erst im Zeitraum Mitte Mai bis Anfang Juli 1944 begann eine massive Deportationswelle ungarischer jüdischer Menschen in die Vernichtungslager. In diesem kurzen Zeitraum wurden über 430 000 Menschen deportiert und ermordet. Horthy stoppte diese Deportationen Anfang Juli. Nach der Machtergreifung der Pfeilkreuzler im Oktober 1944 begann eine weitere massive Terrorwelle gegen die noch verbleibenden jüdischen Menschen, wie etwa die Ermordung von über 7000 Menschen im Budapester Ghetto. Hinzu kommen antiziganistische Gesetzte, die bereits unter Horthy erwogen wurden, aber letztendlich vor allem unter den Pfeilkreuzlern durchgesetzt wurden. Es wurden vermutlich über 6000 Roma ermordet. Seit September 1944 rückte die Rote Armee massiv auf ungarisches Gebiet vor, allerdings zogen sich die Kämpfe aufgrund des Widerstandes der deutschen Truppen und ungarischer Kollaborateur_innen sehr lange hin. Erst am 18. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Budapester Ghetto. Nach der Befreiung vom Faschismus wurde in Ungarn eine Regierung nach dem Vorbild der Sowjetunion installiert. Diese orientierte sich in der Hochphase des Stalinismus auch an dessen Vorgehensweise und brachte u.a. diverse Schauprozesse und einen Personenkult um Matyas Rakosi hervor. Erst nach dem Tod Josef Stalins begann eine Phase der vorsichtigen Liberalisierung unter Imre Nagy.

Am 23. Oktober 1956 begann ein Volksaufstand in Ungarn, der von einer Großdemonstration Budapester Studierender ausgelöst wurde, die demokratische Reformen und u.a. auch die Wiedereinführung ungarischer Nationalfeiertage und der Nationalfahne forderten. Die Demonstrationen breiteten sich rasch aus. Als Reaktion schossen sowjetische Truppen auf die Demonstrationen. Imre Nagy, jetzt mit Unterstützung einer Mehrparteienregierung, rief die Unabhängigkeit Ungarns aus, trat offiziell aus dem Warschauer Pakt aus und forderte die sowjetischen Truppen zum Abzug auf. Ab dem 4. November begannen sowjetische Truppen gegen die Aufständischen vorzugehen, wobei sich in Budapest und einigen anderen Teilen des Landes die Kämpfe zum Teil noch wochenlang hinzogen. Während der Kämpfe starben 2500 Ungar_innen und 750 Soldat_innen der Roten Armee. Nach der Zerschlagung des Aufstands wurden 350 Menschen, unter ihnen Imre Nagy, wegen der Teilnahme am Aufstand hingerichtet und weitere Menschen inhaftiert.

Der Aufstand von 1956 ist in Ungarn heute so präsent wie nie zuvor. Neben den unzähligen Einschusslöchern, die überall in den Häuserwänden zu sehen sind, lassen sich in fast allen Straßenzügen in der Innenstadt Gedenkplaketten finden. Auch an den öffentlichen Plätzen der Stadt stehen Statuen, Denkmäler und Plaketten. Der Aufstand ist zum zentralen Moment des aktuellen ungarischen Nationalismus geworden und nimmt in der Rezeption den Moment des Aufbäumens des „wahren Ungarntums" in einer Geschichte der fortwährenden Unterdrückung ein. An kaum einer Stelle in der Hauptstadt tritt diese Konstruktion so deutlich zu Tage, wie im sogenannten „House of Terror" - der propagandistisch in Stein gegossenen Extremismustheorie oder wie es die FAZ ausdrückt: „Wie das große „Museum der Okkupation" in Riga hat es [das House of Terror] sich zur Aufgabe gemacht, die totalitäre Epoche des zwanzigsten Jahrhunderts aus der Perspektive eines unterworfenen Volkes aufzuarbeiten und in ein neues Geschichtsbild einzufügen." Unkritisch und aus konservativer Warte lässt sich wohl auch so charakterisieren, was das Wesen dieser Ausstellung ist. Kritischer gesagt handelt es sich bei der Ausstellung um ein propagandistisches Zurechtbiegen der ungarischen Geschichte unter der Leitthese: „Ungarn wurde von ausländischen Mächten fremdbestimmt und unterdrückt – einzige Ausnahme ist der Aufstand von 1956." Um diese These nicht wissenschaftlich sondern in erster Linie emotional zu untermauern, wird in der Ausstellung tief in die mediale Trickkiste gegriffen.

Der Weg durch die Eingangstür führt direkt auf zwei Marmorsteelen zu: die eine rot, die andere schwarz. In der einen Steele ist ein halber Stern und in der anderen die Hälfte des Pfeilkreuzlersymbols zu sehen. Zusammen erwecken die beiden Steelen den Eindruck Teil ein und

der selben Sache zu sein. Der Weg durch die Ausstellung führt weiter an einem sowjetischen Panzer vorbei, der in einer Wanne steht, durch die beständig Öle gepumpt wird, durch Räume die schwarz-rot gestrichen sind und in der zu dramatischer Musik sowjetische und deutsche Truppen durch ungarische Landschaften marschieren. Nach einem recht inhaltsleeren Raum in dem einige Pfeilkreuzleruniformen an einer mit Nazitellern gedeckten Tafel aufgereiht sind, bricht die „Thematisierung" der faschistischen Pfeilkreuzlerbewegung gänzlich ab. Die Besucher_in befindet sich unversehens in einem Raum, in dem die Musik nochmals an Dramatik zulegt, auf dem Teppich eine Karte mit sowjetichen Gulags. In den folgenden Räumen werden sowjetische Plakate - unter den Ausstellungstücken auch Werbung für Waschmittel und Sowjet-Cola -, Götzenbilder sowjetischer Führer, riesige Blöcke Kautschuk, Gerätschaften aus Aluminium, Akten des ungarischen Geheimdienstes, Galgen und Fotos von Hinrichtungsopfern wild durcheinander ausgestellt. Spätestens nach dem sechsten Raum dieses Unfugs fällt einem die chronisch dramatische Musik auf die Nerven und die traurigen Einzelschicksale, die von den omnipräsenten Bildschirmen flimmern, verschwimmen völlig zu Brei. Die komplette Darstellung und Konzeption der Ausstellung ist derart undifferenziert, überemotionalisiert und geradezu bösartig propagandistisch, dass ein Zugang zu menschlichen und individuellen Schicksalsschlägen geradezu unmöglich wird. Wer mag, kann durch die Ausstellung gehen, ohne auch nur einen einzigen Text zu lesen. Die Begleittexte zu den emotionalen Bildern befinden sich an den Eingängen der Räume in kleinen Ständern, machen das Desaster aber keineswegs erträglicher: Horthy und seine antisemitischen Gesetzgebungen finden keine Erwähnung, der Holocaust ist kein Thema, Teilnahme am Angriffskrieg auf die Sowjetunion wird quasi unter die Naziteller auf der Tafel gekehrt, das Wort Roma fällt kein einziges Mal im Kontext der Ausstellung, eine Befreiung vom Faschismus gibt es nicht - nur das Austauschen der diktatorischen Okkupant_innen. Die Gewichtung und Ausrichtung der Ausstellung macht klar, es geht hier nicht in erster Linie um „totalitäre Regime", es geht um die Beweisführung, dass der Sowjetkommunismus ein Verbrechen war. Der Faschismus dient hier nur als Blaupause des ultimativ Bösen. Am Ende der Ausstellung erscheint dann auf einmal, wie das Licht am Ende des Tunnels, das wahre Gute in Form des ungarischen Volksaufstandes von 1956 und bildet den Kontrast zu den vorher gezeigten Bildern und Ausstellungsstücken. Zwar muss auch dieser Aufstand an den bösen Mächten scheitern, aber nur um als besonders mahnende Lehre für die Gegenwart da zu stehen und als Lehrstück des „wahren Ungarntums" herzuhalten. Im Kontext des aktuellen Rechtsrucks in Ungarn scheint es zwingend notwendig zu sein, einen positiven Fixpunkt in der ungarischen Geschichte zu finden und auszuschlachten. Sowohl der Faschismus, als auch der Sowjetkommunismus eignen sich dafür denkbar schlecht. Also muss die Beweisführung gelingen, dass Ungarn völlig unverschuldet jahrzehntelang unter fremder Herrschaft gehalten wurde. Eigenverantwortung wird dabei nicht übernommen. Verantwortlich waren höchstens einige wenige Kollaborateur_innen.




Wer aus dem „House of Terror" tritt und vor der Tür zwischen einer Installation Namens „Eisernem Vorhang" und einem Stück Berliner Mauer auf das „Biermobil" mit saufenden jungen Männern trifft, kann auch das nicht wirklich absurder finden als die Ausstellung selbst. Nachdenklich stimmt allerdings der Umstand, dass die Ausstellung der derzeitige Staatsdoktrin entspricht und Teil des Versuches ist ein neues ungarisches Nationalbewusstsein zu kreieren. Die Ultrakonservativen um die „Fidezs" arbeiten an einem grundlegenden gesellschaftlichen und staatlichen Umbau Ungarns. Dabei gehen Reformen, wie etwa die des Pressegesetzes Hand in Hand mit der Inszenierung eines neuen Geschichtsbildes. Der Fall des ehemaligen Direktors des ungarischen Holocaustmuseums, der wegen inhaltlichen Streitigkeiten hinsichtlich die Rolle Horthys bei der Organisation der Vernichtung jüdischer Menschen zurücktreten musste, zeigt was derzeit in Ungarn mit Personen passiert die nicht der gewünschten Linie der Fidezs entsprechen. Das Verdrängen und Mundtot machen von missliebigen Personen scheint aktuell in Ungarn eine gewisse Systematik zu haben, dies macht auch nicht vor Personen, wie etwa dem ehemaligen, sozialistischen Ministerpräsidenten halt, dem eine Anklage wegen Hochverrats droht. Die jüngsten Entwicklungen in Ungarn lassen Schlimmes befürchten, werden aber außerhalb Ungarns wenig thematisiert. In Ungarn findet derzeit eine Entwicklung statt, die zu einer Marginalisierung oppisitioneller Stimmen führt. In einem Klima in dem es selbst etablierten Parteien wie der „Magyar Szocialista Párt" (Ungarische Sozialistische Partei) schwer fällt gegen die Umstrukturierung vor zu gehen, muss es für revolutionäre und emanzipatorische Stimmen ungleich schwieriger sein.

Eine direkte Kontaktaufnahme mit linksradikalen Menschen aus dem Raum Budapest war uns leider nicht möglich. Auch zu den aktuellen Protesten rund um die Verfassungsänderungen können wir leider nichts sagen. Vielleicht das nächste mal.

***zugeschickt von autonomer Reisegruppe***

# Ein Gespräch mit der Kampagne Ahoi! - für ein autonomes Zentrum in Linden

**Autonomes Blättchen: Warum braucht es eigentlich ein Autonomes Zentrum in Linden, wenn es doch schon Räume in Hannover gibt, in denen man sich organisieren kann. Wäre es nicht sinnvoller, Wohnraum zu besetzen?**

L: Es ist ja durchaus so, dass sich Leute in unserer Kampagne organisieren, die sich bisher nicht in Räumen, wie der Korn, organisiert haben und sich dort beteiligen. Allerdings konnten wir feststellen, dass sich Leute, die sich in der Kampagne organisieren, auch in Strukturen der Korn einbringen und deswegen steht das für uns nicht im Widerspruch zueinander.

T: Es ist ja auch nicht so, dass die Kampagne etwas gegen das Erkämpfen von Wohnraum hätte. Es wird diskutiert, in wie weit Wohnraum mit einem Zentrum kombinierbar wäre. Und es gibt zur Zeit auch schon drei Projekte an denen in einer Kleingruppe, die sich im Plenum gebildet hat, aber außerhalb des Plenums existiert, gearbeitet wird. Die würden alle Wohnraum mit einschließen.

L: Also zur Forderung eines AZ in Linden kann man sagen, dass es die ja schon länger gibt. In Linden gibt es keinen selbstverwalteten Raum. Dass sich diese aber in der Kampagne manifestiert, liegt sicher an der Besetzung der Limmerstraße 98 (L98). Die Besetzung hatte fünf Tage gedauert und es schien für Viele gar nicht so unwahrscheinlich, dass dieses Gebäude weiter genutzt werden kann. Das hat den Leuten auch nochmal einen enormen Schub gegeben, sich da weiter zu organisieren und zu engagieren.

**AB: Was sind das denn für drei Projekte, von denen du gerade gesprochen hast?**

T: Vom Vorgehen ist das eher der legalistische Flügel. Das findet auf Verhandlungsebene statt. Das eine ist auch ein offiziell von der Stadt ausgeschriebenes Projekt. Die Größe der 3 Häuser ist extrem unterschiedlich. Es geht bei allen drei Optionen um den Kauf eines Hauses, um darin Mietwohnraum zu schaffen.

**AB: Da seid ihr doch direkter Teil der Gentrifizierung! Andere Leute können es sich nicht leisten, ein Haus zu kaufen, um da selbst verwaltet zu wohnen.**

T: Die Finanzmittel, die dafür bereitgestellt werden, stehen allen Hannoveraner_innen zur Verfügung: der Interventionsfond der Stadt Hannover. Das ist aber alles noch nicht in trockenen Tüchern.

**AB: Was ist das, ein Interventionsfond?**

T: Der ist im Rahmen der Sanierungsprogramme installiert worden, um es den Bewohner_innen eines Mietshauses relativ unbürokratisch zu ermöglichen, das Haus zu kaufen, wenn der Eigentümer sie z.B. durch Mieterhöhungen vertreiben will.

**AB: Empfehlt ihr das Vorgehen auch Leuten, die zu euch kommen und euch ihr Mieter_innenleid klagen?**

T: Bisher nicht. Bisher kamen Einzelpersonen, denen wir nicht empfehlen wollen, dass sie sich ihre Wohnung kaufen sollen. Wir finden das nur zweckmäßig, wenn ein Haus in großen Teilen gekauft und in eine Genossenschaft oder ähnliches überführt wird.
Aber wenn es schon eine größere Gruppe gäbe, die sich wehren will, würden wir denen das auch ans Herz legen. Zumal dieser Fond auch sehr wenig genutzt wird.

L: Das Kaufen an sich, sehen wir auch nicht als Problemblem. Damit entziehen wir Häuser ja konkret dem Kapitalmarkt, der Spekulation und dem Abriss. Das ist ja eine Strategie, die sich auch anderswo bewährt hat. Es gibt ja z.B. das Freiburger Miethäusersyndikat, das für solche Fälle gegründet wurde – um Häuser zu kaufen und sie in gemeinschaftlichen Besitz zu überführen.

**AB: Ähh, ich hab es nicht ganz verstanden. Sollen 3 Häuser gekauft werden oder eines von dreien?**

T: Eines.

**AB: Ist das dann nicht das Ende des Kampfes für ein autonomes Stadtteilzentrum? Wenn erst mal ein Haus da ist und als Wohnraum und Zentrum genutzt wird, wird doch sicherlich kein Kampf für ein offenes Zentrum weitergeführt werden, oder?**

L: Das sehen wir anders. Diese Hauskaufinitiative ist auch nicht identisch mit der Kampagne Ahoi. Es sind Personen aus dem Umfeld der Kampagne. Ich würde sie nicht den legalistischen Flügel nennen. Es gibt da keine Trennlinie entlang von Aktionsformen, sondern es wird eher geguckt, welche Mittel für das Erreichen eines Zieles die adäquaten sind.
T: Es besteht natürlich immer die Gefahr, dass man sich abspeisen lässt. Ich habe allerdings gerade relativ

große Hoffnung darauf, dass Gentrifizierung der Schwerpunkt der Kampagne wird und das Eingreifen gegen gewisse Prozesse im Vordergrund steht und sich das auch halten kann. Die Verhandlungen über einzelne Objekte und die konzeptionelle Arbeit daran, ist halt für relativ wenig Leute interessant und wird eher „nebenbei" erledigt.

L: Andererseits ist es natürlich so, dass das gemeinsame Wohnen das gemeinsame Arbeiten an einem Projekt auch erleichtert und die Kommunikationswege vereinfachen sich. Auch das Mobilisierungspotential für spontane Aktionen wird größer. Wir sehen ein engeres Zusammenleben durchaus als Vorteil, um unsere politische Arbeit besser organisieren zu können.

**AB: In Köln war es ja gelungen, durch Besetzung an ein Zentrum zu kommen. Da steckte auch eine langjährige Arbeit und eine enge Zusammenarbeit mit Initiativen aus dem Stadtteil hinter. Wäre so ein Weg nicht auch eine Möglichkeit für euch? Ihr würdet dann keine Eigentumswohnungen schaffen?**

T: Wir schaffen ja keine Eigentumswohnungen! Es müsste ein geeigneter Träger installiert werden. Hinter jedem besetzten Haus steckt auch irgendjemand, der es finanziert. Wenn man jetzt einen privaten Investor unter Druck setzen kann, dass er keinen Wert auf sein Gebäude legt, wie es einige Jahre bei der Roten Flora lief, ist das natürlich eine sehr elegante Lösung. Wenn wir jetzt allerdings die Stadt dazu zwingen, ein Haus zu kaufen und uns zur Verfügung zu stellen, hielt ich das für eine indirekte Subvention und die kann man genauso kritisch diskutieren, wie direkte Subventionen; Die ja bei uns in der Szene sehr kritisch gesehen werden.

**AB: Wie bewertet ihr denn die bisher gelaufenen Aktionen? Also die Besetzungen, die es gab, das okkupierte Straßenfest und was noch so gelaufen ist.**

T: Sehr unterschiedlich. Die Besetzung der L98 war ja vor Beginn der Kampagne und eigentlich von ganz anderen Kreisen organisiert. Die wurden ja eher gekapert. Trotzdem sehen wir die Aktion positiv. Die hat auch gerade im Stadtteil viele Menschen erreicht. Es gab Plena mit 30 bis 60 Leuten, von denen der größte Teil sich nicht in unserem Bekanntenkreis bewegt. Mit der L98 waren wir erst mal präsent. Die Aktionen danach konnten meiner Meinung nach nicht daran anknüpfen und wir haben an Bedeutung verloren. Auch mit der Besetzung im Ihmezentrum konnten wir das nicht wenden. Aber die Besetzung in der Gartenallee war dann dank der Polizei so spektakulär, das sich ein enormes Interesse an uns entwickelt hat.

**AB: Haben die Leute, die Interesse an der Besetzung der L98 hatten, denn Bezug genommen auf die Besetzung des Hauses in der Gartenallee, haben die teilgenommen? Hält sich das Interesse im Stadtteil und nehmen die Leute z.B. an den Plena teil?**

L: Also es ist nicht so, dass sich alle Leute, die sich an Besetzungsaktionen beteiligen, regelmäßig die Plena besuchen. Aber es ist schon zu merken, dass sich nach jeder Aktion wieder neue Leute in die Plenumsstrukturen einbringen und unabhängig von konkreten Aktionen mitarbeiten.
Zum Interesse im Stadtteil kann man sagen, dass die Presseberichterstattung schon spektakulär war, dass da eine Sensibilisierung stattfindet und das Thema Gentrifizierung Leuten bewusst wird, die sich noch nicht so lange damit beschäftigt haben.

T: Eine skurrile Anekdote am Rande: Wir haben sogar eine Interviewanfrage bekommen - zur Erhöhung der Vergnügungssteuer. Wir scheinen für die Presse gerade Ansprechpartner für vieles zu sein, was die Menschen berühren könnte. Wobei ich wirklich nicht sagen kann, was ich zur Erhöhung der Vergnügungssteuer zu sagen hätte.

**AB: Ein Zentrum, wenn man es hätte, wäre ja nicht automatisch ein wirksames Mittel gegen die Gentrifizierung des Stadtteils. Es kann auch Teil der Gentrifizierung Lindens sein.**

L: Die Forderung des Zentrums ist ja eng damit verknüpft, sich gegen Gentrifizierung organisieren zu wollen und dieses Zentrum soll für uns ein Ausgangspunkt dieser Kämpfe und Organisierungsprozesse sein. Ein Plenum pro Woche reicht einfach nicht, um sich mit allen Betroffenen gemeinsam organisieren zu können. So ein Zentrum könnte ja noch ganz andere Leute ansprechen.

**AB: Wie soll denn eine Organisierung gegen Gentrifizierung im Rahmen eines**

**Zentrums konkret aussehen?**

L: Zum einen gibt es dann ja eine gewisse Infrastruktur und allein dadurch, dass es dann so was gibt wie Cafés und Vokü, werden ja Leute angesprochen.

**AB: Aber Cafés und Vokü haben auch in der Nordstadt diesen Prozess nicht verhindert!**

L: Das sei dahingestellt. Generell finde ich es aber schwierig... Also es ist eine Verschiebung von Verantwortlichkeiten und natürlich können auch politische Aktivist_innen Teil dieses Gentrifizierungsprozesses sein. Genauso wie junge Kreative, Künstler_innen und Studierende. Die Verantwortlichkeit ist da aber anders. Ich sehe das eher so, dass da eine Form von kulturellem Kapital geschaffen wird, das von anderen Leuten, die den Stadtteil vermarkten, wieder abgeschöpft wird. Es ist so eine Art Mehrwertproduktion. Es ist ja auch nicht so, dass die Arbeiter_innen für den Kapitalismus verantwortlich gemacht werden. Von unserer Arbeit, von diesem kulturellen Kapital, werden halt Sachen abgeschöpft und vermarktet. So was lässt sich nie ganz verhindern. Aber unsere Aktionsformen sind ja auch schon relativ interventionistisch und lassen sich nicht so einfach vereinnahmen, weil ja z.B. die Besetzungsaktionen schon einen offenen Bruch mit der Eigentumslogik darstellen und die lassen sich nicht so leicht von Städteplaner_innen und Marketingbeauftragten vereinnahmen. Unsere Aktionsformen sind ja auch schon ein Teil der Arbeit gegen Gentrifizierung. Wenn Häuser besetzt werden, macht das den Stadtteil für potentielle Investoren unattraktiv.

**AB: Habt ihr denn das Gefühl, dass durch die bisherigen Besetzungen und das, was da passiert ist, deutlich geworden ist, warum es ein Zentrum für Linden braucht?**

T: Gerade die erste Besetzung hat das sehr gut deutlich gemacht. Wenn ich mit 30 bis 60 Leuten auf einem Plenum bin, von denen viele direkt aus dem Umfeld kommen und einfach dabei sind, weil sie mal vorbei gekommen sind, wird da die Notwendigkeit schon sehr klar deutlich. In Bezug auf das Programm, das es bei den Besetzungen gab, würde ich das eher bezweifeln. Das wurde mehr von den übliche Verdächtigen gestaltet und orientierte sich sehr an dem, was in der Korn passiert. Aber ich denke, von Leute die mal bei einer Besetzung dabei sind und sich dann auf dem Plenum wiederfinden, von denen kann man nicht verlangen, dass sie ein Programm auf die Beine stellen.

L: Und die Besetzungen waren auch ein Kommunikationsforum für viele Leute. Viele Leute haben Sachen, wie Mietsteigerungen, eher als individuelles Problem gesehen. Durch den Austausch den es gegeben hat, haben die Leute schon mitbekommen, dass es Strukturen gibt – und dass sie nicht alleine sind.

**AB: Habt ihr denn Kontakt zu den Mieter_innen der Häuser der Limmerstraße, die der „Wohnwert" gehören, und die gerade akut von Kündigungen bedroht sind?**

T: Das Ganze befindet sich zur Zeit eher auf einer informellen Ebene. Also wir stehen mit Leuten, die wir kennen, im Austausch.
Was es bisher nicht gibt, ist eine formelle Vernetzung in Form eines Bündnisses. Die Leute der Limmerstraße sind aber untereinander verknüpft. Es ist auch nicht ganz unser Metier, wenn da mehrere Ladengeschäfte gemeinsam einen Anwalt haben.
L: Demnächst soll es aber eine größe-

re Demo geben, an deren Vorbereitung auch die Ladengeschäfte beteiligt werden. Andererseits ist es so, dass unser offenes Plenum schon jetzt Anlaufpunkt für Menschen ist, die von Verdrängung betroffen sind. Es kommen z.B. Leute, die Probleme mit ihren Vermietern oder ihrer Hausverwaltung haben, die mit Mietsteigerungen zu kämpfen haben.

**AB: Und was sagt ihr den Leuten? Habt ihr denen was zu sagen, seid ihr Teil ihres Kampfes?**

L: Wir versuchen mit ihnen einen gemeinsamen Kampf zu organisieren.

**AB: Kannst du das etwas konkretisieren?**
L: Es gibt schon gemeinsame Aktionen. Seien es Besetzungen...

**AB: Also ich meine mit den Mieter_innen...**

T: Wir sind ja auch Mieter_innen.

L: Auf jeden Fall! Da finden Sachen gemeinsam statt. Zum Teil gibt es unterschiedliche Aktionsformen. Und zum Teil haben wir auch eine beratende Funktion, hören uns Sachen erst mal an und versuchen mit den Betroffenen Lösungen zu finden.

T: Wobei es aber so ist, dass es auch Leute gibt, denen es reicht, einfach mal erzählen zu können, wie es ihnen

geht. Wir hatten auch schon einen Fall aus der Calenberger Neustadt, bei dem jemand extrem von seiner Hausverwaltung bedrängt wurde. Da waren wir verhältnismäßig ratlos. Auf unsere Nachfrage, wie wir denn nun zueinander kämen, meinte er, er würde im Zweifelsfall wieder auf uns zu kommen, aber es würde ihm schon helfen, überhaupt Gehör zu finden.

**AB: Also manche kommen vorbei, weil sie mal ein offenes Ohr brauchen, andere wollen tatsächlich etwas machen. Wie ist denn die Stimmung in Linden allgemein? Gibt es eine eindeutige Stimmung für ein AZ?**

L: Viele Leute können sich unter selbst verwalteten und unkommerziellen Räumen noch gar nicht so viel vorstellen, weil es die in Linden einfach nicht gibt. Mit den Besetzung wollen wir darauf hinarbeiten, solche Räume zu schaffen und sie für die Menschen erlebbar und erfahrbar zu machen. Andererseits arbeiten wir auch daran, das auf einer intellektuellen Ebene zu vermitteln. Nach der Besetzung im Ihmezentrum haben wir zum Beispiel 6000 Postwurfsendungen geschrieben und in die Briefkästen verteilt, um deutlich zu machen, was so ein selbst verwalteter Raum eigentlich ist und was er soll und was das mit der Lebensrealität der Menschen zu tun hat.

T: Ein anderer Marker für die Stimmung im Stadtteil ist auch immer das Gebaren der offiziellen Politik und der Institutionen. Die nehmen wir zur Zeit als sehr sensibel und vorsichtig wahr. Die GBH zum Beispiel, als öffentlicher Wohnungsbauträger, versucht gerade zwei Objekte in Linden zu veräußern. Allerdings machen sie Auflagen, wie Mietpreisbindung, Verbot der Schaffung von Eigentumswohnungen und Unterlassung des Einbaus von Marmorbädern und ähnlichem.

**AB: Wie verhalten sich die Vertreter_innen der Stadtteilpolitik dazu?**

T: Unterschiedlich. Und abhängig davon, wie geschützt der Rahmen ist, in dem man Leuten gegenübertritt, bekommt man da natürlich andere Aussagen.
Also die Grünen sind extrem vorsichtig, weil sie ihr eigenes Klientel nicht verschrecken wollen. Da herrscht eine gewisse Angst vor Spannungen im Stadtteil. Wenn aber offizielle Gespräche mit Grünen und SPD stattfinden, wird der Bezirksbürgermeister der Grünen von der SPD massiv unter Druck gesetzt, sich nicht mit uns abzugeben. Sein Verhältnis zu uns wird kritisiert.

L: Die Vorsicht der Grünen und der GBH kommt aber nicht von ungefähr. Das hängt schon zusammen mit dem Druck, den wir in den letzten Monaten aufgebaut haben.

**AB: Ist dieser Druck etwas, mit dem der Gentrifizierungsprozess in Linden verlangsamt werden soll oder geht es darum, der Stadt einen Vertrag für ein Zentrum abzupressen? Oder geht beides gleichzeitig? Was ist die Strategie hinter den Besetzungen?**

L: Uns gegen Gentrifizierungsprozesse zu organisieren und dieses autonome Stadtteilzentrum erreichen zu wollen, das steht für uns natürlich nicht im Widerspruch zueinander. Die Strategie ist von Objekt zu Objekt unterschiedlich. Die Besetzung im Ihmezentrum war ja eine Soliaktion mit dem geräumten Zentrum im Baskenland. Andere Gebäude eignen sich schon besser für ein autonomes Zentrum. Zum Beispiel das Haus in der Gartenallee.

T: Wir machen uns wenig Illusionen. Als Autonome fehlt uns einfach der Bewegungscharakter, den es in den Stadtteilkämpfen der 80er und 90er gab. Der Stadt etwas abzupressen ist heute ungleich schwieriger und deswegen sind wir strategisch etwas breiter aufgestellt.

**AB: Also heißt das, ihr seid nicht auf Besetzungen festgelegt und für euch käme auch ein Mietkauf oder ein gemietetes AZ in Frage?**

T: Ja. Selbstverständlich. Auch über die Frage des autonomen Charakters eines der Stadt abgepressten Gebäudes sind wir uns sehr uneinig. Das würde ja eine indirekte Subventionierung bedeuten. Es ist noch keine Entscheidung gefallen, in wieweit man Gelder der Stadt und andere Ressourcen in Anspruch nehmen soll.

**AB: Habt ihr denn mal zur Occupy-Bewegung Kontakt aufgenommen?**

[lautes Lachen]

**AB: Nun, da sind ja Leute die sich selbst organisieren und das wollt ihr doch auch. Und ihr wollt eine gesellschaftliche Breite erreichen – deswegen die Frage.**
L: Nur dass Leute sich selbst organisieren, ist ja noch kein Marker für den emanzipatorischen Gehalt ihrer Bewegung. Auch Bürgerwehren können selbst organisiert sein.

**AB: Dann mal konkret: Wofür wollt ihr ein selbst verwaltetes Zentrum? Das ist mir noch nicht klar.**

L: Wir haben da schon einen klar herrschaftskritischen Anspruch.

**AB: Konkret! Na, dann frage ich konkreter. Was soll in dem Zentrum stattfinden? Bisher ging es nur um die Option die aufgemacht wird, wenn selbst verwalteter, unkommerzieller Raum entsteht. Aber habt ihr eine Vorstellung davon, was außer Vokü, Konzert und Filme gucken konkret stattfinden soll?**

L: Ich denke, in dem Zentrum werden auch Sachen laufen, die bis jetzt eher im Gebiet der Sozialarbeit verortet werden. Wir stellen es uns so vor, dass es nicht diesen karitativen Anspruch hat, sondern, die Leute sollen ihre eigene Lage erkennen und daraus eine Perspektive entwickeln, die über das Bestehende hinaus geht. Natürlich können Sachen wie Mietberatung stattfinden. Aber die Perspektive von solchen Organisationsansätzen soll über die bestehende Gesellschaft, über das System hinausweisen.

**AB: Aber lauft ihr mit einem sozialarbeiterischen Ansatz nicht Gefahr, gesellschaftliche Spannungen zu entladen, anstatt sie zuzuspitzen?**

L: Also natürlich sollen Leute kommen, die dann erst mal eine Beratung bekommen. Aber es soll eine Art Transformation stattfinden, dass die Leute von ihrer individuellen Problemlage auf gesellschaftliche Strukturen kommen und auf Widersprüche stoßen, die innerhalb dieses Systems nicht zu überwinden sind.

T: Das ist ja eine generelle Frage revolutionärer Bewegungen, ob man durch das, was man tut, eventuell die Spannung raus nimmt.

**AB: Die Frage war ja, wie den Leuten konkret geholfen werden soll, wenn sie zu euch kommen. Also gibt es noch mehr, als einen progressiven, sozialarbeiterischen Anspruch?**

T: Die Leute sollen über ein Angebot, das mit ihrer Problemlage zu tun hat, angesprochen werden. Also sie kommen z.B. und gehen von einer Rechtsberatung bei Mietfragen oder im gesundheitspolitischen Bereich aus, treffen dort auf andere Leute und sollen darüber angeregt werden, zu erkennen, dass sie kein individuelles Problem haben, das mit einer Beratung zu lösen wäre, sondern, dass sie auf Leute mit ähnlichen Problemen treffen, sich mit denen vernetzen und in ihrem Kampf Perspektiven entwickeln, weil der das Bestehende in Frage stellt. Noch konkreter geht es nicht.

**AB: Wo du gerade das Stichwort Vernetzung gesagt hast - kommen wir vom Kleinen zum Größeren – wie setzt ihr euch in Beziehung zu Kämpfen in anderen Städten? Zum Beispiel zur Roten Flora in Hamburg oder den Wagenplatz Zomia, oder auch zum Kölner AZ?**

T: Wir unterstützen schon diverse Aufrufe und versuchen die weiter zu verbreiten. Konkret stehen wir im Kontakt mit den Leuten aus Altona, die dort auch einen Kampf um ein autonomes Zentrum führen.

**AB: Seht ihr euch denn im Kontext anderer Besetzungsbewegungen oder Zentrumsinitiativen?**

L: Ja, auf jeden Fall. Leute aus dem Umfeld der Kampagne fahren auch in andere Städte und beteiligen sich da an Aktionen. Gleichzeitig beteiligen wir uns auch an Aktionstagen, die in anderen Städten ausgerufen werden. Und mit der Besetzung im Ihmezentrum haben wir uns ja auch direkt auf ein geräumtes Projekt bezogen. Das ist für uns schon selbstverständlicher Teil unserer Arbeit.

T: Jetzt gibt es auch schon erste Kontakte zum Rauchhaus in Berlin, um da ganz praktische Hilfe leisten zu können. [Anm. d.Red.: Das Rauchhaus wurde Ende Dezember durch Brandstiftung schwer beschädigt. Es gab viele Verletzte]

**AB: Was ist denn der aktuelle Stand der Kampagne Ahoi? Ihr habt versucht, ein paar Häuser oder Läden zu besetzen, wurdet immer geräumt, es gab eine Party, es gibt einen Silvesterrave – was ist der Stand eurer politischen Arbeit, wie wollt ihr im Kampf um das Zentrum politisch weiter kommen?**

L: Wir befinden uns in einer intensiven Diskussion darüber...

T: ...ob es eher um den Komplex Gentrifizierung geht oder doch zuerst um ein Zentrum , oder ob das Zentrum eher ein Nebenprodukt des Kampfes gegen Gentrifizierung ist.

L: Und wie der Charakter dieses Zentrums sein soll. Ob da Wohnraum integriert ist oder kollektive Betriebe und wie viel Raum anderen bestehenden Initiativen gegeben wird. Da sind wir gerade in der Diskussion.
Ansonsten haben wir noch einige Aktionen geplant und einige werden vielleicht schon bis zum Erscheinen des Blättchens gelaufen sein. Für nächstes Jahr planen wir eine Demo. Wir planen auch noch einige kleinere Aktionen, die eher in den Bereich der Spaßguerilla fallen.

T: Wir versuchen in unseren Diskussionen auch, die Stimmung im Stadtteil genauer zu erfassen und zu gucken, wie stehen die Leute zu welcher Form der politischen Aktion und in welche Richtung kann man das eventuell zuspitzen oder muss man weiter auf einem Level

der Sensibilisierung arbeiten?

L: Wir beschäftigen uns auch inhaltlich intensiver mit der Gentrifizierung und führen abseits der Schlagwörter Auseinandersetzungen, die wir dann hoffentlich durch unsere Aktionen und Texte nach außen transportieren können.

**AB: Ich hätte da noch eine etwas brisantere Frage. Wie steht denn die Kampagne zu anderen militanten Aktionen außer Besetzungen? Also Angriffe auf Bauprojekte oder ähnliches, die mit der Kampagne in Verbindung gebracht werden könnten.**

T: Einerseits halten wir es für problematisch, dass uns, als relativ offener Zusammenhang, eventuell Sachen von Repressionsorganen angelastet werden könnten. Man hat das ja heute schon: wenn in der Nordstadt ein paar Autos brennen, werden die ersten Stimmen laut, dass die Kampagne damit was zu tun hätte. Andererseits ist die Diskussion ja, wie ist die Stimmung im Stadtteil und wie nehmen Leute das auf? Das ist nicht abschließend besprochen. Aber es ist so, dass große Teile des Plenums da, sagen wir mal, eine große Offenheit an den Tag legen.

**AB: In eurem Text im Autonomen Blättchen Nr. 7 habt ihr geschrieben, dass es durchaus erwünscht sei, dass Leute unter Aufgreifen der Kampagne militante Aktionen durchführen. Ihr würdet es jedoch nicht als Kampagne machen. Ist das nach wie vor der Stand?**

L: Ja, ich denke, es ist immer der Charakter einer Kampagne, dass sich Leute durch diese aufgerufen fühlen, die Thematik mit ihren Aktionsformen und Mitteln zu bearbeiten. Selbstverständlich freuen wir uns über Aktionen, die die Kampagne inhaltlich und praktisch aufgreifen.

T: Ich persönlich bin mir auch nicht sicher, ob die Sichtweise, die wir auf Kampagnenpolitik haben, im szeneinternen Diskurs überhaupt wahrgenommen wird.

**AB: Du meinst, dass in der Szene die Kampagne Ahoi eher als eine politische Gruppe wahrgenommen wird und nicht als ein offener Zusammenhang - dass das Plenum der Kampagne mit dieser gleichgesetzt wird?**

T: Ja, sowohl in der Szene, als auch in den Teilen des Plenums herrscht so eine Deutung vor.

L: Allerdings gab es auch schon einige Aktionen, die nicht von der Kampagne ausgingen, die sich aber solidarisch auf sie und ihre Forderungen bezogen haben. Das gibt es also und ist auch erwünscht.

**AB: Was ist denn der Stand der laufenden Verfahren wegen Hausfriedensbruch, falls es welche gibt. Und wir sieht eure Prozessstrategie aus?**

T: Da muss ich dich enttäuschen. Wir wissen zur Zeit von keinem Hausfriedensbruchverfahren. Es gibt aber ein Verfahren wegen Widerstand, das wir aber nicht so sehr in die Öffentlichkeit rücken wollen, weil sich der Besitzer der L98 nicht als Vorzeigeschurke im Gentrifizierungsprozess darstellen lässt.

L: Der Besitzer der L98 hat es ganz gut geschafft, sich zum Opfer der Besetzungsaktion zu stilisieren. Er, als Migrant ,der da nur gerne mit seinen Kindern wohnen möchte... Dabei hat er schon vor, dort hochwertige Eigentumswohnungen zu bauen. Aber jetzt sind ihm selbst die Abrissunternehmen abgesprungen und es ist ohnehin fraglich, was mit dem Gebäude passieren wird.

T: In der Widerstandssache wird es ein Berufungsverfahren geben. Das werden wir dann etwas öffentlicher handhaben.

L: Wir rechnen uns gute Chancen aus, dann juristisch erfolgreich zu sein.

**AB: Wem gehört eigentlich die ehemalige Bullenwache in der Gartenallee?**

T: Dem Whitehall Found, der von Goldman & Sachs verwaltet wird oder denen gehört. Die sind einer der großen Player auf dem weltweiten Immobilienmarkt. Da erschließt sich den Leuten, denen wir was vermitteln wollen, relativ schnell, wer da auf welcher Seite der Barrikade steht.

L: Das eröffnet für uns einerseits Spielräume, die es uns sehr viel leichter machen, solche Aktionsformen, wie Besetzungen, zu legitimieren. Andererseits ist so eine Denkweise sehr anschlussfähig für eine Logik, die Gentrifizierung als etwas darstellt, was von außen kommt, dass böse Investoren die Alteingesessenen verdrängen. Dabei wird oft vernachlässigt, wie komplex die Prozesse eigentlich sind und wer daran alles beteiligt ist.

**AB: Macht ihr einen Unterschied zwischen einem einfachen Familienvater und einer Firma wie Goldman & Sachs? Oder ist das in Bezug auf die Stadtteilentwicklung nicht eigentlich der gleiche Gegner?**

T: Ja, auf der einen Ebene machen wir einen Unterschied. Nämlich, was die Vorgehensweise angeht. Aber obwohl sie konkret ähnlich vorgehen, haben sie natürlich eine ganz andere Ausstattung an Ressourcen.

L: Und deswegen muss es auch einen unterschiedlichen Umgang geben.

**AB: Also knüpft ihr schon an die Ängste an, dass fremde Investoren die Eingeborenen verdrängen?**

T: Im Grunde ja. Das von der Hand zu weisen, wäre wohl Augenwischerei. Nur halte ich es nicht für verwerflich, das zum Ausgangspunkt zu machen, um mit Leuten in die Diskussion zu kommen.

L: Dabei war Linden schon zu Zeiten der Industrialisierung ein Stadtteil, in den Viele zugezogen sind. Das Lindener Wahrzeichen, der Butjer, ist schon so etwas wie der Fremde, mit Unterschichtenkonotation. Es ist also bei der Geschichte ziemlich absurd, überhaupt von waschechten Lindener_innen zu reden.

**AB: Stehen konkrete Projekte für die Durchsetzung eines Zentrums an? Welche Unterstützung würdet ihr euch dafür wünschen?**

T: Es steht, wie gesagt, ein Projekt im Raum, wo in erster Linie Wohnraum geschaffen werden soll. Weil die Leute aber alle Kontakt zu Kampagne haben, soll dort wahrscheinlich auch eine Zentrumsetage geplant werden. Da kann ich mir gerade keine konkrete Unterstützung vorstellen. Das Ganze ist auch noch in der Planungsphase.

L: Ansonsten freuen wir uns natürlich immer sehr, wenn sich Leute an Besetzungsaktionen oder an der Demo beteiligen.

**AB: Wir danken euch für das Gespräch – auch, wenn wir nicht aus allem schlau geworden sind.**

---

# Prozess gegen hannoveraner Antifaschisten

Am 10.11.2011 ist der Prozess gegen drei hannoveraner Antifaschisten, nach 4 Prozesstagen, zu Ende gegangen. Zwei der Angeklagten wurden von dem Vorwurf der „gemeinschaftlichen, gefährlichen Körperverletzung" freigesprochen. Der vorbestrafte 3. Angeklagte wurde zu 180 Tagessätzen á 10 € verurteilt und seine Bewährung um 1 Jahr verlängert.

Zu dem Prozess war es gekommen nachdem eine Gruppe von 15-20 Nazis, an Himmelfahrt 2010 vor einer Kneipe, angegriffen worden war. Der Staatsschutz legte den Nazis Fotos von Leuten vor, die ihrer Meinung nach als Angreifer_innen in Frage kommen würden. Aus den etwa 30 Fotos behaupteten die Nazis drei Personen wieder zu erkennen. Aufgrund dessen wurden die drei Angeklagten vor Gericht gezerrt.

Die ersten beiden Prozesstage fanden im April und Mai diesen Jahres statt. Damals wurde auf Vorschlag der Richterin ein „Rechtsgespräch" zwischen Richterin, Anwältinnen, Staatsanwaltschaft und den drei Angeklagten geführt. Dabei ging es um eine Einstellung des Verfahrens gegen Auflagen. Ziel dessen war es, eine vorzeitige Einigung zu erwirken und das Verfahren zu verkürzen.
Da die Angeklagten hierfür jedoch ein Geständnis hätten ablegen müssen, wurde das Angebot abgelehnt. Zudem wurde ein besserer Ausgang durch das Führen des Prozesses erwartet.

Am 3. Prozesstag, der nach halbjähriger Pause erst Ende Oktober stattfand, wurden die ersten 3 Zeugen angehört. Dabei handelte es sich um die hannoverschen Neonazis Patrick Heise, Henry Zieseniss und Marc Oliver Matuszewski. Diese wurden von ca. 10 weiteren Neonazis begleitet.
Während einer der Angeklagten von allen drei Zeugen angeblich als „Ausspäher" und Beteiligter des Angriffs wiedererkannt wurde, gab es gegen die anderen beiden keinerlei Hinweise auf Tatbeteiligung. Alle 3 Zeugen widersprachen sich mehrmals im Zuge der Vernehmung vor Gericht.

Am 4. Prozesstag, sollten 2 weitere Nazis und die beiden BesitzerInnen der Gaststätte als Zeugen angehört werden. Aufgrund eines erneuten „Rechtsgespräches" wurden diese jedoch wieder ausgeladen. Die Staatsanwaltschaft erklärte, dass 2 der Angeklagten freizusprechen seien. Bei dem 3. Angeklagten erklärte die Staatsanwaltschaft sich bereit auf eine Widerrufung der Bewährungstrafe zu verzichten und es bei einer Veruteilung zu einer Geldstrafe zu belassen. Dafür dürfe er die Anwesenheit am Geschehenstag nicht bestreiten. Mit einer kurzen Einlassung über die Rechtsanwältin, bestätigte der Angeklagte, nicht zu bestreiten am Geschehenstag vor Ort gewesen zu sein. Nach juristischer Prüfung und der Absprache mit der Ortsgruppe der Roten Hilfe, schien diese Einlassung die beste Entscheidung zu sein um einer möglichen Haftstrafe zu entgehen.

Dieser Prozess ist somit vorbei. Die Angeklagten benötigen allerdings immer noch Kohle für Anwält_innen und die Zahlung der Geldstrafe und freuen sich über Spenden. Weitere Infos und das Spendenkonto, sowie den Prozessbericht in voller Länge findet ihr auf:

***antifasoli.blogsport.de***